

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2004
Verlagsort: Berlin

1.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Franz-Josef Jakobi, Gerd Kuhn,
Heinz Reif, Jürgen Reulecke, Axel Schildt und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Christian Engeli, Stefan Fisch, Antjekathrin Graßmann, Wolfgang Hofmann,
Horst Matzerath, Heinz-Jürgen Priamus, Dieter Rebentisch, Adelheid von Saldern,
Dieter Schott, Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadtraum und Geschlechterperspektiven

Verantwortliche Herausgeberin:
Adelheid von Saldern

EDITORIAL	4
 LEITARTIKEL	
<i>Adelheid von Saldern</i> Die Stadt und ihre Frauen. Ein Beitrag zur <i>Gender-Forschung</i>	6
 BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA	
<i>Belinda Davis</i> Women in the Street in World War I Berlin	17
<i>Ulla Terlinden</i> Frauenbewegung und moderne Stadtplanung	21

Jürgen Reulecke

- Großstadt versus Feldlager.
Männliche Blicke auf die urbane Stadt in der frühen NS-Zeit..... 27

Ulrike Lindner

- Der Verlust von Frauen-Orten. Der Abbau des städtischen
Gesundheits-Versorgungsnetzes in den 1950er Jahren 33

Astrid Kirchhof

- „Gefährdete“ Frauen und „wandernde“ Männer. Fürsorge am Bahnhof
im Berlin der Kaiserzeit..... 38

F O R S C H U N G S B E R I C H T

Sandra Schürmann

- Stadtraum und Geschlecht in der deutschsprachigen
Urbanisierungsforschung 53

R E Z E N S I O N

Susan Zimmermann

- Sarah Deutsch, *Women and the City. Gender, Space, and Power in
Boston, 1870-1940*, Oxford University Press, Oxford etc., 2000.
Nancy A. Hewitt, *Southern Discomfort. Women's Activism in Tampa,
Florida, 1880s-1920s*, University of Illinois Press, Urbana and Chicago,
2001..... 61

F O R U M

Martina Heßler

- Die elektrifizierte Stadt.
Zum Spannungsfeld von Urbanität und Privatisierung der Lebenswelt.... 66

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

Susanne Freund

- Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in
Westfalen und Lippe (Projektbericht)..... 82

<i>Petra Behrens</i>	
Städte im Sozialismus (Tagungsbericht)	84
<i>Georg Wagner-Kyora</i>	
Wiederaufbau-Politik und ihre Sinndeutungen (Projektbericht)	89
<i>Matthias Noell</i>	
„Stadtformen. Bedingungen und Folgen“.	
Graduiertenkolleg am Institut für Geschichte und Theorie der	
Architektur der ETH Zürich (Projektbericht)	93
<i>Heinz Reif</i>	
Transatlantisches Graduiertenkolleg an der TU-Berlin „Geschichte	
und Kultur der Metropolen im 20. Jahrhundert“ (Projektbericht)	96
<i>Harald Heppner</i>	
Festung und Innovation (Tagungsbericht)	98
MITTEILUNGEN	101
REGISTER DER BIBLIOGRAPHIE	104

EDITORIAL

Mit der vorliegenden Ausgabe erscheint die IMS in einem neuen Format. Das betrifft nicht nur Größe und Schriftbild – wenngleich hier die Veränderung am auffälligsten ist, sondern auch das inhaltliche Profil, das in Zukunft stärker dem einer wissenschaftlichen Zeitschrift entspricht. Dabei werden jedoch die Grundstruktur und, wie die Herausgeber hoffen, auch die Stärken der alten IMS erhalten bleiben.

Was sind die Motive und die wesentlichen Neuerungen bei dieser Weiterentwicklung? Die alte IMS wollte wesentlich als Informationsmedium zum Austausch zwischen Stadthistorikern inner- und außerhalb der Universitäten, Archivaren und allen übrigen an stadtgeschichtlicher Forschung und ihrer Vermittlung Interessierten dienen. In verschiedenen Rubriken wurden – und werden weiterhin – Tagungstermine, neue Forschungsprojekte, Personalien und andere Mitteilungen sowie als wichtige Serviceleistung die umfassende stadtgeschichtliche Bibliographie bekannt gemacht. Mit dieser für jede wissenschaftliche Fachdisziplin unerlässlichen Informationsvermittlung wurde das Netzwerk der deutschen Stadthistoriker gestützt und fortentwickelt. Schon in ihrer Aufbauzeit initiierte die IMS jedoch immer wieder auch wissenschaftliche Grundsatzdebatten und entwickelte recht früh das zukunftsweisende Konzept der Themenschwerpunkte für jedes Heft mit dem Leitartikel, Berichten zum Thema und der Rezension eines grundlegenden Werkes als Leitelementen, die eine Orientierung über neuere Forschungstrends boten.

In den letzten Jahren erfolgte durch die Gründung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) und die Aufnahme weiterer Herausgeber eine Verbreiterung des Träger- und Abonnentenkreises der IMS. In der Folge wurde die Herausgabe einzelner Themenhefte wechselnden Herausgebern anvertraut, die neue Rubrik der Forschungsberichte eingeführt und insgesamt der wissenschaftliche Gehalt der Zeitschrift gestärkt. Stimuliert durch die zunehmende europäische Vernetzung der Stadtgeschichtsforscher und flankiert durch die institutionelle Verankerung der Stadtgeschichte an inzwischen mehreren Lehrstühlen wollen die Herausgeber diese Entwicklung noch einmal ein Stück voranbringen.

Der wissenschaftliche Gehalt der IMS wird künftig mit zwei bis drei Aufsätzen – die in dieser Form bisher in der IMS nicht vertreten waren – weiter vertieft. Davon wird zum einen der Themenschwerpunkt profitieren, der an Gewicht gewinnt. Zum anderen wird, zur Diskussion neuerer Thesen und Trends sowie zur Publikation wichtiger, jenseits des Themenschwerpunktes liegender Forschungsergebnisse, die neue Rubrik *Forum* eingerichtet. Im Einzelfall werden zukünftig auch – bereits in diesem Heft – Beiträge in englischer Sprache abgedruckt. Die Platzierung der Anmerkungen am Fuß der Seite erleichtert zukünftig den Blick auf die referierte Li-

teratur, die neue Schrift soll die Lesbarkeit der Zeitschrift verbessern. Die Wahl einer besseren Papiersorte ermöglicht nicht nur den Abdruck von Abbildungen, sondern bietet auch die Voraussetzung für die Einwerbung von Verlagsanzeigen, auf die die IMS angesichts der weiterhin schwierigen Finanzierungsbedingungen dringend angewiesen ist.

Die Steigerung des wissenschaftlichen Gehalts – bei gleichbleibendem Heftumfang und Preis – wurde möglich durch die Verlagerung der Bibliographie auf die Website der IMS (www.stadtgeschichte.tu-berlin.de/IMS_Bibliographie_1_2004).

Zur Orientierung wird jedoch das Ortsregister zu dieser nunmehr digitalen Bibliographie weiterhin auch im Heft abgedruckt und weist die behandelten Städte aus. Damit vollzieht die IMS einen behutsamen Einstieg in das Internet-Zeitalter. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Redaktion und dem Deutschen Institut für Urbanistik wird beibehalten. Herausgeber und Verlag hoffen, mit den genannten Neuerungen die Qualität der Zeitschrift zu steigern und ihre Servicefunktion für alle an stadtgeschichtlichen Themen Interessierten zu erhalten.

Für die Herausgeber
Heinz Reif und Christoph Bernhardt

Die Stadt und ihre Frauen. Ein Beitrag zur *Gender*-Geschichtsschreibung

Wir haben Stadtväter, stellte Henriette Goldschmidt 1877 fest, aber wo sind die Mütter?¹ Sie waren schon da, jedoch nahmen sie wenige wahr. Es war das Prinzip der „sozialen Mütterlichkeit“, das viele tatwillige, bürgerliche Frauen motivierte, den allein auf die Familie zentrierten Aktionsradius zu erweitern und sich mitverantwortlich für die Probleme ihres Lebensortes, der Stadt, zu fühlen. Obwohl Frauen bis 1919 kein kommunales Wahlrecht hatten und auch sonst von kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen fern gehalten wurden, wurde der fortlaufende Urbanisierungsprozess seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und erst recht während des 20. Jahrhunderts stets von Frauen als städtischen Akteurinnen begleitet. Für die Geschichtsschreibung heißt dies, dass Frauen in allen historiographischen Untersuchungen berücksichtigt werden müssen, in denen Ordnung und Gestaltung des Stadtraums sowie das Alltagsleben analysiert werden. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Bewohner und Bewohnerinnen ‚ihre‘ Stadträume in einem permanenten Prozess sozialer Praktiken produzierten, und zwar in Form von Raumwahrnehmungen, Raumerfahrungen, Raumverknüpfungen und Raumaneignungen, die häufig ebenfalls geschlechterspezifische Relationen aufweisen.² Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht der Versuch zur Sichtbarmachung der Frauen in der bis dato unterentwickelten städtischen Frauengeschichte. Diese ist eine der notwendigen Voraussetzungen für eine stadtgeschichtliche Geschlechterforschung. Um das Spektrum der Themen und Fragestellungen möglichst breit zu streuen, beziehen sich die folgende Einleitung sowie die Kurzberichte und Aufsätze auf unterschiedliche Aspekte in verschiedenen Dezennien des 20. Jahrhunderts.

¹ Ann Taylor Allen, *Feminism and Motherhood in Germany, 1800-1914*, New Brunswick 1991, S. 111. Für Anregungen und Kritik danke ich Sybille Küster.

² Diese Überlegungen stützen sich unter anderem auf Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M. 2001; zur Integration der *Gender*-Studies in die allgemeine Geschichtsschreibung siehe Jutta Schwarzkopf/Adelheid von Saldern/Silke Lesemann, *Geschlechtergeschichte. Von der Nische in den Mainstream*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 50 (2002) H. 6, S. 485-504.

Frauen: Stadtbezogene Berufe und Aktivitäten

Waren das Amt des Oberbürgermeisters und die Leitpositionen in den einzelnen Stadtämtern in der Regel männlich besetzt,³ so wurde im Gefolge der zunehmenden Dienstleistungen die Stadt zu einem Sozialraum, in dem zahlreiche Frauen ehrenamtlich oder gegen Bezahlung aktiv wurden.⁴ Wichtige Betätigungsfelder waren Armenpflege, Fürsorge, Wohnungsinspektion und Wohnungspflege, ferner Mütterberatungsstellen, Krankenhäuser, Kindergärten, Wohlfahrtstellen und städtischer Gesundheitsdienst.⁵ Zu erinnern ist überdies an die vielen Frauen, die auf den unteren (und mittleren) Stufen des städtischen Verwaltungsdienstes arbeiteten, sowie an Straßenbahnschaffnerinnen, (Hilfs-)Polizistinnen und Hebammen, um nur einige der Erwerbstätigkeiten zu nennen. Darüber hinaus ist an diverse Berufe und Aktivitäten zu denken, deren Aufgabenfelder sich auf die Stadt oder das Leben in der Stadt bezogen: Architektinnen,⁶ Kleinhändlerinnen, Handwerkerinnen, Frauen in Dienstleistungsbetrieben, in der Heilsarmee und der Bahnhofsmission.⁷ Frauen engagierten sich zudem durch informelles Handeln im Rahmen von Vereinen und Stiftungen und konnten hierdurch auch Einiges erreichen, vor allem wenn es sich um Frauen aus angesehenen Familien handelte.⁸ Die private Wohltätigkeit lag vielfach auf den Schultern von Frauen, auch dann, wenn sie nach außen hin im Hintergrund blieben oder nur als Gattinnen ihrer stadtbekannteren Männer in der Öffentlichkeit in Erscheinung traten.

Reformvorschläge und Petitionen, in denen Frauen ihre Vorstellung von der Ordnung und Gestaltung der Stadt und des Lebens in ihr niederlegten, erreichten die Stadtväter vielerorts und setzten diese nicht selten in Verlegenheit und Erstaunen.⁹ Ihre Handlungskompetenz hinsichtlich stadtordnender Aufgaben trat insbesondere in noch nicht stark verregelten Umbruchszeiten hervor, in denen die Männer im Krieg oder in der Gefangenschaft waren, so während der Weltkriege und nach dem Zweiten Weltkrieg, etwa in den Antifa-Ausschüssen.¹⁰

³ Erst seit den 1970er Jahren gibt es Ausnahmen.

⁴ Helmut Gruber/Pamela Graves (Hg.), *Women and Socialism/Socialism and Women in Interwar Europe*, New York/Oxford 1998.

⁵ Siehe den Beitrag von Ulrike Lindner in diesem Heft.

⁶ Siehe den Beitrag von Ulla Terlinden in diesem Heft.

⁷ Siehe den Beitrag von Astrid Kirchhof in diesem Heft.

⁸ Kerstin Wolff, *Stadtmütter. Bürgerliche Frauen und ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik im 19. Jahrhundert (1860-1900)*, Königstein 2003.

⁹ Siehe dazu die Leitrezension von Susan Zimmermann in diesem Heft. Vgl. auch Nancy Reagan, *A German Women's Movement. Class and Gender in Hanover 1880-1933*, Chapel Hill/London 1995, bes. Kapitel 7.

¹⁰ Lutz Niethammer (Hg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der*

Bislang ist der Einsatz von Frauen für „ihre“ Stadt in der Forschung allenfalls punktuell herausgearbeitet worden – und ihre Gesamtbedeutung erstaunlich unterbelichtet geblieben. Gerade im Zuge der aktuellen Diskussion über *civic society* kann städtische ehrenamtliche Frauen-Power als historisches Vorbild dienen – ein Vorbild, das wegen der Nichtbezahlung der hauptsächlich von Frauen ausgeführten (niederrangigen) Ehrenämter allerdings ambivalenten Charakter trägt. Auch bei der Erforschung der Stadt als bürgerliches Macht- und Repräsentationsfeld ist der Blick auf Frauen unverzichtbar, waren es doch im 19. Jahrhundert vor allem bürgerliche Frauen, die die Möglichkeit, das heißt Zeit und Geld hatten, die Stadt als Aktionsfeld zu nutzen und ihre Handlungsräume zu erweitern (*empowerment*). Doch im Laufe des 20. Jahrhundert sind auch viele Frauen aus unteren Schichten für die Stadt ehrenamtlich tätig geworden.¹¹

Frauen: Protest und Akklamation – Verfolgung und Resistenz

Bei großen Ereignissen, wie der Revolution von 1848/49,¹² der Pariser Kommune von 1870/71 und der Revolution von 1918/19 waren Frauen in die öffentlichen Vorgänge ihrer Stadt zwar involviert, aber in der Regel nicht an führender Stelle. Doch gab es Ausnahmen, zum Beispiel Rosa Luxemburg. In den Augen der politisch-reaktionären Kräfte überschritt sie die ungeschriebenen Ordnungsgrenzen gleich in vierfacher Weise: als Frau, als Jüdin, als Revolutionärin und als Verkörperung der Masse. So schrieb einer nieder, was wohl viele nach der Ermordung Luxemburgs 1919 dachten: „Dem Himmel sei Dank! Nun wird man hoffentlich reinen Tisch mit der ganzen Sippe machen“, wobei er mit unverhohlener Schadenfreude bemerkte, dass die „freche Jüdin Rosa Luxemburg gelyncht“ worden sei.¹³ Luxemburgs öffentliche Auftritte in der Reichshauptstadt galten als ein Skandal, ihre Ermordung als Symbol einer „gerechten Strafe“ für massive Grenzüberschreitungen. Politisierte Frauen in der Öffentlichkeit wurden zur Metapher für „a general horror of the urban crowd“.¹⁴ Die Ängste vieler männlicher rechtskonserva-

Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

¹¹ Viele Beispiele sozialistischer und sozialdemokratischer Frauen findet man in Gruber/Graves, *Women and Socialism*.

¹² Carola Lipp, *Frauen auf der Straße. Strukturen weiblicher Öffentlichkeit im Unterschichtsmilieu*, in: Dies., *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Moos/Baden-Baden 1986, S. 16-24, hier S. 23.

¹³ Andreas von Bernstorff, zit. nach Eckart Conze, *Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert*, Stuttgart/München 2000, S. 156.

¹⁴ Elisabeth Wilson, *Begegnung mit der Sphinx. Stadtleben, Chaos und Frauen*, Basel/Berlin/Boston 1993, S. 160. Über Stadtbilder siehe auch den Beitrag von Sandra Schürmann in diesem Heft.

tiver Bürger beruhten auf der fixen Idee, Frauen in der Öffentlichkeit stünden für städtisches Chaos, Masse, Massenkultur und Massendemokratie. Ängste vor der gesellschaftlichen und politischen Modernisierung blieben die ganze Weimarer Republik hindurch virulent und bestimmten vor allem die Gedankenwelt der Neokonservativen sowie des agrarromantischen Flügels der NSDAP.¹⁵

Am ehesten stießen öffentliche Proteste von Frauen auf ein gewisses Verständnis, wenn es sich um die durch Krieg und Not nicht mehr gewährleistete Ernährung der Familien handelte. Erinnert sei an die Brotmärsche durch Paris in der Französischen Revolution; zu denken ist an die Hunger- und Friedensdemonstrationen von Frauen im Ersten Weltkrieg.¹⁶ Zwar hat es in Deutschland keine militanten Suffragetten-Märsche in großer Zahl wie in London gegeben, doch auch hierzulande waren Frauen bei zahlreichen Protestaktionen mit von der Partie. Vor allem traten Frauen gegen Ende der Weimarer Republik in die Öffentlichkeit, etwa beim Kampf gegen den § 218 und gegen die aufziehende Gefahr des Faschismus. Zwar wurden nach 1933 in den Städten gefährliche Widerstandsaktionen der Sozialisten und Kommunisten, wie das Verteilen von Flugblättern, vorwiegend von Männern ausgeführt, aber Frauen unterstützten häufig die Aktionen im Hintergrund und pflegten die informellen Netzwerke. Singulär blieb hingegen der Protest von nicht-jüdischen Frauen in der Berliner Rosenstraße 1943 gegen den Abtransport ihrer jüdischen Männer.¹⁷

Präsent waren Frauen in der städtischen Öffentlichkeit auch dann, wenn es um Akklamation von Nations- und Vaterlandsrepräsentanten ging. Photos zeigen, wie sie zusammen mit Männern beispielsweise Hindenburg zujubelten, als dieser am 3. Juli 1919 nach Hannover kam; sie begeisterten sich, als Hitler durch die Straßen fuhr, sie marschierten zu besonderen Anlässen als BDM-Mädchen an den geschmückten Häuserzeilen vorbei und repräsentierten die neue rassistisch orientierte Jugendkultur. Die vielen „Anderen“ sah man freilich nicht; sie erschienen entweder nicht oder konnten sich nicht zu erkennen geben, jedenfalls waren sie mit der Kamera nicht einzufangen.

Während NS-Formationen, besonders die stark männlich geprägte SA, mit großem Getöse wieder und wieder durch die Straßen der Stadt marschierten und für viele Männer und Frauen die neue Ordnung symbolisierten, fürchteten sich immer mehr Juden und Jüdinnen in den dreißiger Jahren, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Die häufig im „vorausseilenden Gehorsam“ erlassenen diskriminier-

¹⁵ Dazu siehe den Beitrag von Jürgen Reulecke in diesem Heft.

¹⁶ Dazu siehe den Beitrag von Belinda Davis in diesem Heft.

¹⁷ Nathan Stoltzfus, *Resistance of the Heart: Inter-marriage and the Rosenstrasse Protest in Nazi Germany*, Brunswick, N.J., 2001.

enden Bekanntmachungen über ihr Unerwünschtsein in Cafés und Restaurants, in Kinos und Parks, in Schwimmbädern und auf Sitzbänken zu missachten, war riskant, denn nach einer Personenüberprüfung oder Denunziation drohten empfindliche Strafen oder gar die Einlieferung in ein KZ. Die Allgegenwart der NS-Machthaber, die Angst der Verfolgten vor Entdeckung, die Gefahren, die ihnen auch durch Denunziationen drohten und die Betroffenheit vieler nicht-jüdischer Männer und Frauen über die Veränderungen städtischer Öffentlichkeit¹⁸ ließen die Stadt jenseits des zunehmenden Verkehrslärmes und der kräftigen Trommelschläge erstarren – ein Omen für das, was während des Krieges in Form der Deportationen noch geschehen sollte. Überlieferte Fotos zeigen Gruppen von Menschen – darunter zahlreiche Frauen – schweigend durch die Straßen zu den Lastautos, den Sammelstellen und Bahnhöfen ziehen, die dem Abtransport in die Vernichtungslager dienten. Durch die Straßen der Stadt zogen ebenfalls schweigend die ausgemergelten Gestalten in Form von Fremd- und Zwangsarbeitern, die zu ihrer Arbeitsstätte getrieben wurden – darunter viele Frauen.

Frauen- und Männerorte in der Stadt

Die in der NS-Zeit vom Terror bestimmte Raumkonstituierung der Städte ist ein negatives Erbe besonderer Art, das erst seit den 1980er und 1990er Jahren dank zahlreicher Ortsinitiativen, besonders der Geschichtswerkstätten und der beim Schülerwettbewerb Teilnehmenden, in den Blick der Forschung und der städtischen Öffentlichkeit geraten ist. Weniger gut erforscht ist die zum Teil recht unterschiedliche Nutzung des öffentlichen Stadtraums im unspektakulären Zeitverlauf.¹⁹ Wer genauer hinsieht, erkennt zahlreiche Orte, die von einem Geschlecht mehr als von dem anderen genutzt wurden, wobei stets auch klassen- und schichtenbezogene Komponenten eine Rolle spielten.²⁰ Zu denken ist beispielsweise an viele männerzentrierte Bars, Kneipen, Vereins- und Clubhäuser, an Feuerwehr- und Schützenvereinshäuser, aber auch an Sportplätze, Rathäuser und Amtsgerichte. Doch es gab auch Frauenorte, im frühen und mittleren 19. Jahrhundert die Waschplätze, ferner

¹⁸ Vgl. zum Beispiel Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York/Oxford 1998, S. 35f.

¹⁹ Kristine B. Miranne/Alma H. Young (Hg.) *Gendering the City: Women, Boundaries, and Visions of Urban Life*, Lanham, Maryland 2000.

²⁰ Dazu alsbald: Sandra Schürmann, „Dornröschen“ und „König Bergbau“. Bürgerliche Repräsentationen und kulturelle Urbanisierung am Beispiel der Stadt Recklinghausen zwischen 1930 und 1960 (noch unveröff. Diss., Universität Münster 2003); auf den Aspekt der geschlechterspezifischen Asymmetrien in der Produktion und Nutzung von städtischen Infrastrukturen (Sportplätze, Schulen, Kindergärten, Turnhallen, Autostraßen, Stadtrandhäusern etc.) kann hier nicht näher eingegangen werden

untertags die Arbeiterwohnquartiere, darüber hinaus die häufig privat betriebenen Mädchenschulen sowie die Einkaufsläden für den täglichen Bedarf – bis die Supermärkte seit den 1960er Jahren das Einkaufsterrain neu justierten und gleichzeitig anonymisierten. Von besonderer Bedeutung waren die Frauenvereine, die teils innerhalb, teils außerhalb des Allgemeinen Deutschen Frauenbundes agierten. Hier und in lokalen Sektionen von Berufsverbänden konnten Erfahrungen im Reden und Zuhören, im Mitdiskutieren und öffentlichen Auftreten sowie im Verfassen von Petitionen gesammelt werden.²¹ Zwar bezogen sich die in Vereinen erörterten Belange nicht allein auf die Städte, doch waren städtische Infrastrukturmaßnahmen häufig tangiert, etwa wenn es um die Errichtung und den Erhalt von Kindergärten oder um Wohnungsfragen ging.²²

Seit 1908 konnten Frauen auch in Preußen Mitglieder der politischen Vereine, sprich Parteien, werden. Doch soweit es sich nicht um Frauenvereine handelte, blieben sie im gesamten Vereins- und Parteienwesen eine marginalisierte Minderheit. Selbst die Frauenvereine wurden nicht selten von Männern geführt. Auch die Arbeiterkulturvereine, die sich nach 1890 und dann wieder nach 1918 im Umkreis der Sozialdemokratie entfalteten und die das Leben in einzelnen Stadtquartieren für Teile der Arbeiterbevölkerung bereicherten, waren männlich geprägt. Frauen mit ihren Kindern konnten an Wochenenden und zu feierlichen Anlässen freilich „mitgebracht“ werden.

Frauenorte ganz anderer Art wurden die „Kathedralen des Konsums“, die großen Kauf- und Warenhäuser seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.²³ In diesen halböffentlichen Räumen konnten sich Frauen relativ frei bewegen und ihren warenbezogenen Sachverstand walten lassen. Gleichzeitig entstanden neue Bedürfnisse und Sehnsüchte, die vielfach von Ambivalenzen geprägt waren – als Flucht aus der Wirklichkeit und gleichzeitig als Sehnsucht nach einem „guten Leben“. Handlungsgrenzen erfuhren sie durch die beim unteren und mittleren Bürgertum schnell erreichten Budgetgrenzen, ferner durch die Pflicht, bei Großeinkäufen, etwa dem Kauf eines Klaviers, die Einwilligung des Ehemannes beizubringen. Wurden Damen zu Kleptomaninnen, dann brachten Richter dies flugs mit der „weiblichen Natur“ in Zu-

²¹ Rita Huber Sperl (Hg.), *Organisiert und engagiert. Vereinskultur bürgerlicher Frauen im 19. Jahrhundert in Westeuropa und den USA*, Königstein i.Ts. 2002.

²² Dazu siehe den Beitrag von Ulla Terlinden in diesem Heft.

²³ Siehe zum Beispiel Michael Frei, *Verführerisches Konsumparadies für Frauen und Männer. Eine Untersuchung zur Anziehungskraft des Warenhauses „Jelmoli“ um 1900*, in: Monika Imboden/Franziska Meister/Daniel Kurz (Hg.), *Stadt – Geschlecht – Raum. Beiträge zur Erforschung urbaner Lebensräume im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 2000, S. 119-133. Allerdings verweist der Autor mit Recht darauf, dass sich auch Männer, wenngleich längst nicht so zahlreich wie Frauen, an einem Besuch im Warenhaus interessiert zeigten, wie an Hand von Fotos rekonstruiert wurde.

sammenhang, um mildere Urteile zu legitimieren.²⁴ Der Durchbruch der neuen Massenkultur seit der Jahrhundertwende ließ zudem neue Orte, die Kinos, entstehen, in die Frauen alleine gehen konnten – in die so genannten Puschenkinos sogar mit ihren Kindern.

Schließlich sind jene Orte in der Stadt zu nennen, in denen sich Frauen in ihrem Leben in der Regel am häufigsten aufhielten: die Wohnungen und Häuser. Das 20. Jahrhundert zeichnet sich insgesamt gesehen durch eine duale Entwicklung aus: Zum einen kam es, vor allem in der Weimarer Republik, der DDR und in der Bundesrepublik, zu einer vermehrten Öffnung des städtischen Raums für Frauen, und zwar als Staats- und Stadtbürgerin, als Stadtraumnutzerin und als Konsumentin. Auf der anderen Seite wurde den Frauen seit den zwanziger Jahren eine Kultur der modernen Häuslichkeit angeboten und durch Werbung sowie durch „gute Ratschläge“ zu vermitteln versucht. Die neue Wohnung avancierte zur modernen Pflegestätte der Familie. Dazu gehörten erstens eine „gemäßigt moderne“ Einrichtung sowie eine Modernisierung, Mechanisierung und Professionalisierung der Hausarbeit. Die Neuerungen implizierten eine Sozialrationalisierung der Hausarbeit – möglichst samt Hausfrau.²⁵ Die Konzeption der modernen Häuslichkeit berücksichtigte zweitens von Beginn an die neuen Medien, zunächst das Radio und später das Fernsehen: Dadurch wurde die Privatsphäre mit der öffentlichen Sphäre in neuartiger Weise verzwirrt. Die häusliche Welt sollte auf diese Weise auch für nicht-berufstätige Mütter aus den Mittelschichten, die womöglich in einer Stadtrandwohnung ihren lieben, langen Tag verbrachten, attraktiver werden: Denn nun konnten Frauen sich von zu Hause aus über Vieles informieren und sich selbst weiterbilden und somit die ihr primär zugeschriebenen Rollen als Hausfrau, Ehefrau und Mutter gut, das heißt auch zeitgemäß, erfüllen.²⁶

„Soziales Wissen“ über städtische Geschlechterordnung

„Soziales Wissen“ war für beide Geschlechter erforderlich, um Orte in der Stadt richtig einzuschätzen. Männer und Frauen mussten sich die Stadt in Form von

²⁴ Detlef Briesen, *Warenhaus, Massenkonsum und Sozialmoral. Zur Geschichte der Konsumkritik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 101ff.

²⁵ Vgl. auch den Beitrag von Martina Heßler in diesem Band.

²⁶ Ausführlicher u.a.: Adelheid von Saldern, *Neues Wohnen in Hannover. Wohnungspolitik und Wohnkultur im Hannover der Zwanziger Jahre*, Hannover 1993, S. 156-167. Zum Radio als Hausfreund siehe: Uta C. Schmidt, *Aneignung*, in: Inge MarBolek/Adelheid von Saldern (Hg.), *Zuhören und Gehörtwerden*, Bd. 1: *Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung*, Tübingen 1998, S. 243-360, hier S. 304-337; vgl. auch den Beitrag von Martina Heßler in diesem Heft. Heßler berücksichtigt zudem die neuen Kommunikationstechnologien.

mental maps aneignen, um sich in ihr adäquat bewegen zu können. Reiseführer, Zeitungen und zahlreiche Ratschläge in Familien und Schulen boten Orientierungshilfen an. Die dabei verlangten Qualifikationen veränderten sich im Zuge der Modernisierung der Städte laufend. Die einen wurden nicht mehr gebraucht, andere mussten hinzugelernt werden. Neben den Eingravierungen in die *mental maps*, die für beide Geschlechter notwendig sind – etwa geographische Ortsbestimmungen und Entfernungen – gibt es auch geschlechtsspezifische „Eintragungen“. Dazu gehörte im ganzen 19. Jahrhundert das Wissen um die ungeschriebenen Regeln, deren Einhaltung die bürgerliche „Wohlanständigkeit“ den Frauen aus dem Bürgertum im Aufsuchen von städtischen Orten abverlangte.²⁷ Die „richtige Kleidung“, der zügige Schritt und eine Körperhaltung, die die familien- oder berufsbezogene Zielorientiertheit erkennen ließ, sicherten solche Frauen vor Belästigungen. Oberstes Gebot war die Vermeidung bestimmter Stadtviertel, Straßenzüge, Parks und Grünflächen insbesondere bei Dämmerung und in der Dunkelheit. Die im 19. Jahrhundert strengen Regeln für „bürgerliche Wohlanständigkeit“ wurden stets mit Sicherheitsvorkehrungen legitimiert,²⁸ weswegen der Gang durch den nächtlichen, nur mit Gaslaternen beleuchteten Stadtraum für bürgerliche Frauen ohne männliche Begleitung tabuisiert war. Männer mussten ihrerseits ‚lernen‘, Unterscheidungen zwischen den „wohlanständigen Frauen“ und den „anderen“ vorzunehmen: „Man erkennt die eigentlichen Töchter des Vergnügens – im weiteren Sinne sind es in so einer Stadt wohl die meisten – gewöhnlich daran, daß sie allein, oder zu zweien oder dreien ohne eine Mannsperson gehen ...“²⁹, meinte einst Ernst Moritz Arndt und glaubte damit, dem sozialmoralischen Differenzprinzip Genüge getan zu haben. Kritisch gelesen besagt das Zitat, dass sich (junge) Frauen aus dem Arbeitermilieu am wenigsten davon abhalten ließen – ungeachtet ihrer langen Arbeitszeiten und der sonstigen täglichen Plackerei – Abendspaziergänge zu unternehmen und an den Samstag Nachmittagen bzw. Abenden sowie

²⁷ Nicht zuletzt auf Grund der Beteiligung von Frauen an der Französischen Revolution begann eine Debatte, wie Frauen in der Öffentlichkeit sich zu verhalten hätten. Dabei galten alleingehende Frauen schnell als käuflich. Franziska Roller, Flaneurinnen, Straßenmädchen, Bürgerinnen. Öffentlicher Raum und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, in: Margarethe Hubrath (Hg.), *Geschlechter-Räume. Konstruktion von 'Gender' in Geschichte, Literatur und Alltag*, Köln 2001, S. 251-265. Eine Grenzübertretung mit üblen Folgen beinhaltet eine Skandalgeschichte aus dem Hannover der 1920er Jahre: Adelheid von Saldern/Karen Heinze/Sybille Küster, „Eine Sensation stößt ins Leere.“ Gertrude Polley im Mittelpunkt eines Diskurses, in: Adelheid von Saldern, *Politik - Stadt - Kultur. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Adelheid von Saldern zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Inge Marbolek/Michael Wildt, Hamburg 1999, S. 144-169.

²⁸ Zum Sicherheitsaspekt, der bis heute eine große Rolle spielt, siehe auch den Beitrag von Sandra Schürmann in diesem Heft.

²⁹ Ernst Moritz Arndt, zit. in: Roller, *Flaneurinnen*, S. 255.

vor allem an den Sonntagen öffentliche Vergnügungsorte, wie den Rummel, Tanzfeste und später das Vorstadtkino aufzusuchen. Sicherlich hat es auch immer Grenzgängerinnen aus bürgerlichen Schichten gegeben, die Tabus überschritten – man denke beispielsweise an Mittelschichtfrauen, die sich die Boulevards, Straßen und Parks schon im frühen 19. Jahrhundert regelrecht „erobert“ hatten³⁰ oder an Einzelgängerinnen, wie die Literatinnen Virginia Woolf oder George Sand, die die Stadt bei Tag und Nacht intensiv erkundeten – allerdings in Männerkleidern.³¹ Für das Gros der Frauen eröffnete indessen erst die Elektrifizierung der Städte die Möglichkeit, die Sicherheitsargumente, die ihre Handlungsgrenzen stets „nur“ in ihren eigenen Interessen liegend erscheinen ließen, zumindest für den Innenstadtbereich abzuschwächen – ohne dass sich deshalb die geschlechterspezifische Verregelung des Stadtraums während der wilhelminischen Zeit wesentlich verändert hätte.

Die Stadt der zwanziger Jahre war nicht nur eine Stadt des Lichtes,³² sondern auch eine Stadt, die es Frauen infolge der Modernisierung der Lebenseinstellungen ermöglichte, sich den Stadtraum intensiver anzueignen – entweder mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Autos wurden hingegen von „Herrenfahrern“ gelenkt, deren oft gerügte Selbstherrlichkeit und Straßendominanz dazu führte, dass sich der öffentliche Straßenraum in neuartiger Weise hierarchisierte – solange, bis in den 1970er Jahren die eingeführten Fußgängerzonen sowie die fortschreitende Automobilisierung von Frauen dazu beitrugen, dass die Geschlechterhierarchisierung des Straßenraums wieder abnahm. Doch zurück zu den zwanziger Jahren: Schaufensterbummeln wurde zum Symbol weiblicher Rauman eignung und vor allem an Wochenenden ein beliebtes Vergnügen, Verabredungen mit Freundinnen auf öffentlichen Plätzen und in Cafés – ohne männliche Begleitung und ohne Begleithund – nahmen zu, soweit Zeit und Geld dazu vorhanden waren.

Die Popularisierung solcher Stadtraumnutzungen durch Frauen mittels der neuen Medien, inklusive der Fotografie, verstärkten den Eindruck erweiterter Handlungsgrenzen und stützten das suggestive Bild von der Neuen Frau als einer modernen, selbstbewussten Stadtbewohnerin.³³ Doch Bilder trügen auch. Die Regeln für das „richtige“ Verhalten im öffentlichen Stadtraum derjenigen Frauen, die nicht ins

³⁰ Für Liverpool siehe Krista Cowman, *The Battle of the Boulevards: Class, Gender and the Purpose of Public Space in Later Victorian Liverpool*, S. 153-164, hier S. 153; vgl. auch Wilson, *Begegnung*, hier S. 44.

³¹ Roller, *Flaneurinnen*, S. 262

³² Siehe dazu den Beitrag von Martina Heßler in diesem Heft.

³³ Allerdings hat es mehrere Bilder von der Neuen Frau gegeben, die bei weitem nicht deckungsgleich waren. Näheres Adelheid von Saldern, *Gesellschaft und Lebensgestaltung. Sozialkulturelle Streiflichter*, in: Gert Kähler (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 4: 1918-1945. Reform, Reaktion, Zerstörung, Stuttgart 1996, S. 45-183, hier S. 138-146.

Zwielicht geraten wollten, blieben in abgeschwächter Form zwei Drittel des 20. Jahrhunderts erhalten. Erst im Zuge der allgemeinen Liberalisierungstendenzen und des Gegengewichts der Neuen Frauenbewegung seit den 1960er und 1970er Jahren erfolgte ein eklatantes *revirement* der geschlechterspezifischen stadträumlichen *mental maps*, wobei die Handlungsräume für Frauen wesentlich erweitert worden sind.

Das Gegenbild zur ‚wohlanständigen‘ Frau stellte im 19. Jahrhundert bekanntlich die Hure dar. Konkret standen die Fragen an, in welchen Straßen Prostitution zugelassen werden sollte und welche Vorteile geschlossene Bordelle mit sich brachten.³⁴ Dahinter standen Fragen, wie eine Überwachung der Prostituierten und die Kontrolle ihres Körpers zum Schutz der Gesundheit der Stadtbevölkerung zu gewährleisten sei und wie die gefährdeten jungen Frauen, vor allem die Dienstmädchen, vor dem Abrutschen in die Prostitution bewahrt werden könnten. Frauen im Stadtraum wurden von Männern und Frauen vor allem im Hinblick auf deren Sexualität wahrgenommen.³⁵ In diese meist von Männern getragenen Diskussionen mischten sich auch bürgerliche Frauenvereine ein, die dabei nicht vergaßen, immer wieder an die verwerfliche Doppelmoral der Männer zu erinnern.³⁶ Wurden Prostituierte ermordet, wie durch „Jack the Ripper“ in East London 1888, machte man allerdings primär das „unzüchtige Leben der Frauen“ dafür verantwortlich.³⁷

Fazit

Die Streiflichter über *Frauen, Stadt und Geschlecht* sollten sowohl die Vielseitigkeit dieses Themenfeldes als auch die Notwendigkeit ihrer Integration in die allgemeine Stadtgeschichtsforschung aufzeigen.³⁸ Bei der Bewertung der Entwicklungen im

³⁴ So wurde beispielsweise im proletarischen englischen Badeort Blackpool der 1920er Jahre scharf gegen jegliche Prostitution im öffentlichen Raum, das heißt auf den Straßen eingeschritten: John K. Walton, *Leisure Towns in the Aftermath of War: Coping with Social Change and Political Upheaval in Blackpool and San Sebastian 1918-1923*, in: Rainer Hudemann/Francois Walter (Hg.), *Villes et Guerres Mondiales en Europe au XXe Siècle*, Paris 1997, S. 97-114, hier S. 109.

³⁵ Siehe den Beitrag von Astrid Kirchof in diesem Heft

³⁶ Susanne Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*. Opladen 2003.

³⁷ Vgl. auch Judith R. Walkowitz, *City of Dreadful Delight: Narratives of Sexual Danger in Late-Victorian London, Chicago 1992*, Kapitel 7 über Jack the Ripper; für die 1920er Jahre vgl. auch Maria Tatar, *Lustmord. Sexual Murder in Weimar Germany*, Princeton 1995, hier insbesondere der Fall des Frauen- und Kindermörders Peter Kürten. Vgl. auch den Beitrag von Astrid Kirchof in diesem Heft.

³⁸ Daneben bedarf es freilich auch noch zahlreicher historischer Einzelstudien, in denen das Themenfeld *Frauen und Stadt* beackert wird.

Verläufe des 20. Jahrhunderts könnten sich beim Dialog mit den hauptsächlich der Gegenwartsanalyse verpflichteten Fachdisziplinen Meinungsunterschiede ergeben. So betonen feministisch orientierte Stadtplanerinnen, Architektinnen und Soziologinnen sehr kritisch die noch heute fortbestehende Asymmetrie in der Produktion und Nutzung des Stadtraums und der städtischen Infrastruktureinrichtungen. Historikerinnen haben hingegen oftmals einen längeren Zeitverlauf im Blick und stellen deshalb, neben den Kontinuitätslinien hinsichtlich der Asymmetrien, die Veränderungsschübe heraus. Für das 20. Jahrhundert sind solche Schübe vor allem in den 20er Jahren und dann wieder seit den 60er bzw. 70er Jahren festzustellen – auch wenn die bisher von Frauen erreichten Erweiterungen ihrer Handlungsräume in den Augen vieler Frauen (und Männer) noch längst nicht ausreichen.

Adelheid von Saldern, Dr. phil., Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Hannover, i.R., email: asalder@gwdg.de

Women in the Street in World War I Berlin

Women have always been in the street and on city sidewalks, and in other urban public places. The notion of modern public space rendered physically in an urban setting is still often imagined coincident with its inception as a male environment: as a stage for male action. But this concentrated maleness in the modern city never actually existed, any more than did a distinct division between “public” and “private” places. Though the “public woman” intimated an illicit oxymoron, for the entirety of the modern era women have populated urban sidewalks and streets, including in Germany, from “flâneuses,” to newspaper sellers, to marketing housewives and domestics, to those seeking a few minutes respite outside tiny, overcrowded apartments.

Yet, if in general the imagined street boasted a primarily male public, during the First World War, this very image became feminized. This image arose simultaneously with a militarization and other forms of “masculinization” of the street. Even after the rapid decline of soldiers’ parades down Unter den Linden, this male presence should not be underestimated: thousands of soldiers populated the capital city throughout the entirety of the war, awaiting transport to their units or to home, spending a furlough in the metropolis, or occupying a street corner as a wounded veteran. Though few before the end of war, men appeared too as war industry workers; male youths now spent much time on the streets. Georg Grosz’s wartime depictions highlight yet another range of male types who peopled the capital streets, including businessmen and officials.¹ Yet, despite this all, many capital city residents and onlookers alike proclaimed a “feminized” wartime Berlin (as with other German cities), all the more from early 1915 on.

Certainly this corresponded in part to the new demography of the city: if in 1913 each million female residents inhabited the city alongside just under a million male counterparts, by 1917, the latter had dropped to 600,000.² But actual numbers were probably less striking than the effects thereof: if bourgeois men

¹ See e.g. “Die Straße” (1915); “Ecco Homo” (1915-16); “Berlin Friedrichstraße” (1918).

² Statistik der Stadt Berlin, Berlin 1919, p. 190.

along with women still filled the restaurants and cafés on the streets and avenues of the city, the scene before them was for the first time one of female mail carriers, streetcar drivers, street cleaners, and even subway construction workers, as well as nurses. As a child in wartime Berlin, Marlene Dietrich like many others experienced the city as a “Frauenwelt”—one in which the men were “kaum vermisst.”³ This image and experience were reinforced by the fact that many activities in the street and on the sidewalks simply took much longer than they had before the war, providing for some the impression that the streets were always full—and always full of women—as many Berliners felt they’d begun to live their lives ever more “in public.”

By 1915, one of the most commonplace “scenes” on this urban stage—though known to many only by newspaper and word of mouth—was the food queue, composed primarily of women (though of men and young children as well), snaking from stalls criss-crossing market squares or stretching out of shop doors down the sidewalk. These queues often lasted through the night, even when the streetlights were extinguished and inhumanly cold temperatures prevailed.⁴ Indeed, despite the wide range of new activities that concentrated women in the street, from traveling on foot to factory labor to digging in garbage for fuel—and in spite of the diminution of these lines late in the war, at points during which there was little food to queue for, and while middle- and upper-class women came to rely entirely on “delivery services” – contemporary descriptions suggest that this was one of the most powerful urban images emblazoned in commentators’ minds: of women standing in lines for food. The denizen of the food line was characterized in part by a downtrodden affect, a poorer woman suffering the wartime economic and other upheaval. Contemporary sources commented unceasingly on the “scene” of the “hundreds of women,” or “thousands of women and children,” standing endlessly in the innumerable food queues, for a chance at woefully inadequate supplies.⁵ Berliner Tageblatt’s “Nachtlager in der Thaeerstraße” described the “Opferwilligkeit” of those in line, displaying with their “Geduld, viel Geduld.” The article observes that the women betrayed no complaint, despite the nightly nature of this wait.⁶

³ Cited in Barbara Gutt, *Frauen in Berlin*, Berlin 1991, p. 61; Dietrich claimed many children feared their fathers’ return. Many of the contemporary images of men are explicitly negative.

⁴ The prominence of such scenes can be extrapolated i.e. from the image in G. W. Pabst’s 1925 film *Freudlose Gasse*; also G. Berger, *Die Schlange*, Leipzig 1925. Cf. too Vladimir Sorokin, *The Queue*, New York 1988.

⁵ Cf. e.g. *Kampf um Fleisch und Fett*, in: *Vorwärts*, 15.10.1915; Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BHLA), Provinz Brandenburg Rep. 30, Bln C, Titel 95 Polizeipräsidium (PPB), Nr. 15809, Report Hartwig, 16.2.1915, p. 17; ebd., Report Rhein, 17.2.1915, p. 18; ebd., Report Schwarz, 19.2.1915, p. 32.

⁶ *Nachtlager in der Thaeerstraße*, in: *Berliner Tageblatt* 16.10.1915. These women were cast as standing in

But the image of this figure, shoulders bent against cruel winds or a merciless sun, should not occlude a broader perception of this woman in the street. As this same article proclaimed, “Auch sie, die hier frieren und warten, tragen dazu bei, daß das Vaterland durchhalten kann zum endlichen Sieg!” The military image embedded in the title alerts us to a far more activist vision of what women were actually doing “in the streets” that began to take hold across Berlin by early 1915. These women were “in battle”, if differently then no less than their counterparts on the front. Women engaged in a “Kampf um die Kartoffeln,” in “Kartoffelschlachten,” and in “Kämpfe gegen steigenden Kosten”, no less grave than the fight against perceived foreign encroachment or for the nation’s “place in the sun”.⁷ For many Berliners and other Germans, these women became a useful cipher for expressing their own rising discontent with war-imposed circumstances, including food scarcity and price inflation. In the melodramatic telling, such women were as the heroic protagonist.

Whom did “women” “battle” in these mythic renderings? Every spontaneous clash in or outside a food shop or stall was interpreted as a fresh rehearsal of the unjust war waged by an “inner enemy”, whether farmers, wholesalers, retailers, government officials, or a less clear villain, against female shoppers true German soldiers fighting in the name of the nation. (Though women increasingly produced and sold the food, these “enemies” were most often figured as male.) “The women’s” “tumultuous street demonstrations” were no distraction from the war effort or even simply the “understandable” spontaneous response of hungry women, or mothers with hungry children. They were rather powerful acts directed against the “shameless exploitation of the German people”.⁸ These defenders in turn rallied their fellow consumers like Germania rallying the troops.⁹ They fought not only profiteering, but also the insult of their honor by merchants—honor itself a concept more commonly associated with men.¹⁰ Through the innumerable itera-

line alongside soldiers; in others, it was “überwiegend Frauen” waiting at midnight, as in a piece from 19.5.1916 from the same paper.

⁷ See respectively Berliner Tageblatt, 17.2.1915; Berliner Volkszeitung, 23.2.1915; Die Post, 15.10.1915.

⁸ BHLA PPB Nr. 15814, Report Sauer, 16.10.1915, pp. 29-30; compare Wer verteuert die Butter?, in: Vossische Zeitung, 16.10.1915; Höchstpreise für Butter, in: Vorwärts, 19.10.1915 (citing Tägliche Rundschau); and Der innere Feind, in: Simplicissimus, 21.6.1916.

⁹ See Belinda Davis, Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill 2000, 59ff., including on the new rise of Germania in wartime penny postcards, etc., from 1915 on, as a positive female image associated with the war and the German nation.

¹⁰ BHLA PPB, Nr. 15814, Report Schwarz, 19 Oct. 1915 p. 111; compare among many others *ibid* Report Hanff, 18.10.1915; *ibid*, Transcript telephone report Schneider, n.d. is 18.10.1915, 100a; *ibid.*, pp. 101, 103.; pp. 129-130, Letter Jagow to Berge, 20.10.1915. Vorwärts editors made explicit the link between honor on the home and battle fronts. See Die Butterfrage, in: Vorwärts, 19.10.1915.

tions of this drama, the “players” themselves reread their roles. First acting in spontaneous response, then in increasingly ritualized fashion, poorer women in the street came by late 1915 to identify the power of their protestations, which in turn became conscious political action for many. Police officer Diercks observed, “Allerdings spricht in manchen Kreisen der Gedanke, daß nur durch die Ausschreitungen die Behörden genötigt wurden einzuschreiten[,] und es wird dies Verfahren ..., direkt oder indirekt, als Gebot empfohlen.”¹¹ Increasingly these women turned their attentions directly to officials on every level, physically challenging city council members in Berlin, and posing demands that far superceded simple access to adequate food stores.¹² They drew direct ties between their own experience and those of frontline soldiers, shouting “Genug des Mordens an den Fronten...! Wir wollen nicht mehr hungern!” and “Wenn Wilhelm im Zylinder geht, Aujuste nach Kartoffeln steht, Dann ist der Krieg zu Ende.” Policemen warned high-level Prussian and Imperial officials that, if they fought these women in a battle for the nation, they would lose; a remarkably wide range of print media reflected this opinion publicly. Wealthier Berliners noted privately that these poorer women’s wartime self-possession offered only a foretaste of the battle they could wage against authorities after the war on the battlefield was over.¹³

The result of this sustained and concentrated wartime discourse on the feminized city and particularly on women’s “battle” against inner enemies in the interest of all Germans was a shift in relations between the German state and society. This included a new focus on the Volksnation, and one new vision of “the German,” as a city resident, as a consumer, and—at least in some lasting renditions—as a woman. Actual women were not overall particular “winners” of this conceptual transformation. But this wartime urban drama, endlessly replayed in the streets, in the press, in public orations and in private discussions, resulted in a significant impact on social and political relations in Germany, with lasting if highly ambivalent effects.

Belinda Davis, PhD, Associate Professor, Rutgers University, New Brunswick, NJ, email: bedavis@rci.rutgers.edu; derzeit: c/o Shelby Cullom Davis Center, Princeton University, email: belindad@princeton.edu

¹¹ BHLA PPB Nr. 15814, Report Diercks, 28.10.1915, p. 246.

¹² Cf. Martha Balzer’s account, cited in Ruth Glatzer/Dieter Glatzer, *Berliner Leben 1914-1918*, Berlin, 1983, pp. 307-8; see also *Demonstrierende Kriegerfrauen*, in: *Schwäbische Tagewacht*, 19.10.1915; *Politische Übersicht*, in: *Vorwärts*, 25.10.1915.

¹³ Cf. Evelyn Blücher von Wahlstatt, *An English Wife in Berlin*, New York, p. 98.

Frauenbewegung und moderne Stadtplanung

Moderne Stadtplanung hat ihre Wurzeln in den großen Debatten um menschenwürdige Wohnverhältnisse in den überbevölkerten Städten um die vorletzte Jahrhundertwende. Bereits in den frühen 1870er Jahren begannen Ärzte, Naturwissenschaftler, Ökonomen und Kommunalpolitiker, sich für die Wohnbedingungen der armen Leute zu interessieren. Sie forderten Bauordnungen, Kanalisation, Licht und Luft in den Städten. Die Mängel des Wohnungsmarktes sollten mit staatlichen Maßnahmen wie Reichswohnungsgesetz, Wertzuwachssteuer auf Bodeneigentum, Wohnungsinspektion und kommunalem Wohnungsbau ausgeglichen werden. Träger dieser Reformbewegungen waren auch Architekten, die ästhetische Aspekte der Wohnungsmisere kritisierten. Stadtplanung war also zuerst einmal Wohnungsbauplanung, und in dieser Debatte hatte die alte Frauenbewegung eine nicht unerhebliche Stimme, die allerdings in der Geschichte der Planung nicht erwähnt wird. Peter Hall, einer der profiliertesten Vertreter für Theorie und Geschichte der räumlichen Planung, konstatiert in seinem Standardwerk „no foremothers of city planning“.¹ Für den angelsächsischen Raum haben Forscherinnen dies widerlegt.² Für den deutschsprachigen Raum haben wir dies anhand der damaligen zahlreichen Publikationen der Frauenbewegung und der Fachpublikationen untersucht und gefunden, dass die Wohnungsfrage sowohl in den Debatten der alten Frauenbewegung eine große Rolle spielte, als auch deren inhaltliche Argumente und persönliche Beiträge im „mainstream“ der Wohnreformdebatte Gewicht hatten.³ Auf Kongressen, in Ausstellungen und in vielen Publikationen diskutierten Frauen unter sich oder mit den Vertretern der Wohnreformbewegungen die Frage, mit welchen Mitteln die Wohnmisere zu bekämpfen sei.

¹ Peter Hall, *Cities of Tomorrow, An Intellectual History of City Planning and Design in the Twentieth Century*, Oxford 1988, S. 7.

² Mary Jo Deegan, *Jane Addams and the Men of Chicago School 1892-1918*, New Brunswick/Oxford, 2. Aufl., 2000; Sarah Deutsch, *Women and the City. Gender, Space and Power in Boston 1870-1940*, Oxford 2000; Leonie Sandercock (Hg.), *Making the Invisible Visible*, Berkeley/Los Angeles/London 1998.

³ „Die Wohnungsfrage muß zu einer Frauenfrage werden“. Der Beitrag der alten deutschen Frauenbewegung zur Stadtplanungs- und Wohnungsreformdebatte 1880-1933. Forschungsprojekt bearbeitet von Ulla Terlinden und Susanna von Oertzen, Universität Kassel, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2001-2004.

Die Impulse, die aus der Frauenbewegung stammten, lassen sich grob in drei Schwerpunkte zusammenfassen: Vor dem Ersten Weltkrieg waren es wesentlich Aspekte einer sozialen Orientierung der Wohnreform, die von der Frauenbewegung immer wieder hervorgehoben wurden. Verbunden mit den Diskussionen um ein Wohnungsgesetz ging es dabei zunächst um die Handhabung einer Wohnungsaufsicht, um die größten Mißstände abzumildern. Der zweite Impuls, der aus der Frauenbewegung kam, war die Rationalisierung der Hauswirtschaft mit ihren räumlichen Bedingungen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert, bekam sie im Zusammenhang mit dem „neuen Bauen“ in der Weimarer Republik großes Gewicht. Sigfried Gidion, der Theoretiker des „neuen Bauens“ meinte, dass die Hauswirtschaftsreform in den USA aus den Reihen der Frauenbewegung an die Architekten heran getragen worden sei, in Deutschland jedoch es die Architekten gewesen wären, die erst den Frauen diese Verbesserung nahe gebracht hätten⁴. Auch diese These konnten wir widerlegen. Der dritte Anstoß, der aus der Frauenbewegung kam, war die Forderung nach einer Wohnform, die es bis dahin auf dem Wohnungsmarkt nicht gegeben hatte, „die Wohnung für die berufstätige Frau“. Sie wurde später im „neuen Bauen“ zum Apartment als Wohntyp für den berufstätigen modernen Menschen.

Wohnungspflege

Staatliche Wohnungsaufsicht wurde als Kontrolle der hygienischen und sittlichen Zustände in den Wohnungen der Armen aufgefasst. Die unterschiedlichen Ansätze zur Wohnungsaufsicht zeigten sich sowohl zwischen Männern und Frauen wie auch innerhalb der Frauenbewegung. Während sich in den Debatten um eine „weibliche Wohnungspflege“ immer wieder die Geschlechterbilder rekonstruierten und die Frauenbewegung insgesamt den pflegerischen und sozialen Aspekt einer solchen Maßnahme hervorhob, betonten die Wohnungsreformer die Priorität der technischen Voraussetzungen für angemessene Wohnverhältnisse und bei Nichteinhaltung die Notwendigkeit polizeilicher Konsequenzen. Auch bei den Debatten innerhalb der Frauenbewegung waren unterschiedliche Positionen vorhanden. Die einen sahen die Aufgabe „weiblicher Wohnungspflege“ in der Hilfe bei der Verbesserung der räumlichen Wohnsituation wie angemessenen Belegungen und sanitäre Ausstattungen, die anderen sahen die Gründe für den Notstand in den sozialen Verhältnissen – die Nichteinhaltung hygienischer und sittlicher Standards – und ihre Aufgabe dementsprechend in der Erziehung und Betreuung der Bewohner.

⁴ Sigfried Gidion, Die Herrschaft der Mechanisierung, Hamburg, 2. Aufl. 1994, S. 570.

Bereits in der Diskussion über den Entwurf des ersten preußischen Wohnungsgesetzes 1903 betonte Anna Pappritz die soziale Seite der Wohnungsaufsicht und die Eignung von Frauen, diese auszuüben.⁵ Auf dem ersten deutschen Wohnungskongress 1904 nahmen Delegierte des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine teil (Else Lüders, Lily Braun und Henriette Fürth). Auch sie plädierten für „weibliche Wohnungsinspektion“.⁶ Auf dem 2. Deutschen Wohnungskongress 1911 in Leipzig wurde die Frauenbewegung bereits im Vorfeld der Planung einbezogen.⁷ Einen wichtigen Meilenstein stellte eine Veranstaltung des Badischen Landeswohnungsvereins zum Thema „Wohnung und Frau“ dar. Vortragende waren u.a. die prominenten Vertreterinnen der Frauenbewegung Marie Baum, Marie Kröhne, Alice Bensheimer sowie die Wohnreformer Karl Flesch und Hans Kampffmeyer. Die Vorträge wurden 1912 in einer Broschüre veröffentlicht und in den folgenden Jahren in den einschlägigen Fachzeitschriften wie auch in den Frauenpublikationen besprochen. Darin wurde die Auffassung der Wohnungsaufsicht als Wohnungs- und Familienpflege vertreten.⁸ Es folgten weitere Tagungen und Kongresse, auf denen die Frauenbewegung ihre Auffassung von Wohnungsaufsicht in die Öffentlichkeit trug. Bereits 1907 gründete die Frauenbewegung eine „Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau“. Unter Leitung von Jenny Apolant wurden Musterpetitionen zur Einstellung von Wohnungsinspektorinnen entworfen, Informationen an die Verbände der Frauenbewegung gegeben und zu den Entwürfen der preußischen Wohnungsgesetze Stellungnahmen (1913 und 1914) verfasst.

Die Aktivitäten der Frauenbewegung hatten Erfolg, denn seit 1908 wurden Frauen als Wohnungsinspektorinnen in den Gemeinden angestellt. In unterschiedlichen Positionen und mit verschiedenen vertraglichen Bedingungen arbeiten 1915 in mehreren Großstädten 17 besoldete Wohnungsinspektorinnen, ehrenamtlich waren 64 Frauen tätig.⁹ Eine dieser Wohnungsinspektorinnen war Marie-Elisabeth Lüders, die sich über die Jahre hinweg mit sämtlichen Aspekten der wohnungspolitischen Fragen befasste und sich in die Debatten des „mainstream“ einmischte. Sie

⁵ Anna Pappritz, Die Wohnungsnot und das preußische Wohnungsgesetz, in: Die Frau, 10. (1903). Nr. 11.

⁶ Adele Schreiber, Die Tagung der Gesellschaft für soziale Reform und der erste deutsche Wohnungskongress, in: Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, 6. (1904), Nr.15; Else Lüders, Der 1. Allgemeine deutsche Wohnungskongress in Frankfurt a.M. 16. - 19.Oktober, in: Die Frauenbewegung, 10. (1904), Nr. 21.

⁷ Anna Pappritz, Der II. Deutsche Wohnungskongress, in: Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine, 13. (1911), Nr. 7, S. 54-56.

⁸ Wohnung und Frau. Fünf Vorträge von Dr. Marie Baum, Dr. Marie Kröhne, Alice Bensheimer, Dorothea Staudinger und Dr. Flesch, hrsg. vom Badischen Landeswohnungsverein Karlsruhe o.J.

⁹ Jenny Apolant, Die Frau in der Gemeindeverwaltung, S. 524-532, in: Kommunales Jahrbuch, Kriegsband, Jena 1919.

wurde 1913 Wohnungspflegerin im Wohnungsamt Charlottenburg, dessen Einführung sie vehement mit betrieben hatte. Sie nahm im wohnungspolitischen Diskurs in der Frauenbewegung eine herausragende Stellung ein. Später in der Weimarer Republik war sie Reichstagsabgeordnete und Initiatorin der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, einer für die moderne Stadt- und Wohnungsplanung wichtigen Institution.

Rationalisierung und Zentralisierung

Nach dem Ersten Weltkrieg ebte die Diskussion um Wohnungsinspektion und Wohnungspflege ab. In den Vordergrund trat der Neubau von Wohnungen. Die Wohnungsinspektorinnen hatten erkannt, wie wichtig Größe, Grundriss und Ausstattung für Haus- und Familienarbeit waren. Damit knüpften sie an eine schon Ende des 19. Jahrhunderts begonnene Debatte in den Zeitschriften der Frauenbewegung an. Bestärkt durch Veröffentlichungen aus den USA, waren die Frauen überzeugt, dass angesichts der Massenproduktion von Konsumgütern die Hauswirtschaft neu definiert werden müsste. Dabei gab es zwei Varianten der Modernisierung: erstens die Rationalisierung der Hausarbeit im Einzelhaushalt und zweitens die Zentralisierung der hauswirtschaftlichen Arbeiten in Großhaushalten. Bereits 1901 hielt Lily Braun einen Vortrag, in dem sie ihre Vorstellungen des Einküchenhauses entwarf. In der Folge setzte sich der „radikale Flügel“ der bürgerlichen Frauenbewegung vehement für diese Idee ein und versuchte, diese in die Praxis umzusetzen. Während es den Vertreterinnen von Zentralhaushaltung und Einküchenhaus um die Option der Vereinbarung von Beruf und Familie ging, lehnten die Vertreterinnen des „gemäßigten Flügels“ dies ab und plädierten für ein „Entweder – Oder“. Auf der Tagung „Die Frau in Haus und Beruf“ 1912 in Berlin wurden die unterschiedlichen Positionen diskutiert, 1913 stellte der Berliner Hausfrauenverein seine Konzepte zur Rationalisierung des Einzelhaushaltes in den Hallen am Zoo in Berlin aus. Gemeinsam waren allen Vorstellungen und Initiativen, dass sie die Bau- und Wohnplanung als das wichtige Feld für die Umsetzung ihrer Ideen ansahen. Vor dem Ersten Weltkrieg waren dies zentrale Themen in den Periodika der Frauenbewegung, aber erst in der Weimarer Republik fand diese Diskussion bei den Architekten Resonanz und führte zur Zusammenarbeit. Kristallisationspunkte der Zusammenarbeit bildeten die berühmten Bauausstellungen des „neuen Bauens“: 1927 die Weißenhofsiedlung in Stuttgart, die Ausstellung „Heim und Technik“ 1928 in München, die Ausstellung „Wohnung und Werkraum“ in Breslau 1929, die Deutsche Bauausstellung in Berlin 1931. So waren an der Planung der Werkbundausstellung „Die Wohnung“ 1927 in Stuttgart im Hauptausschuss eine Vertreterin der

Hausfrauenverbände und im Technischen Ausschuss die wohl profilierteste Rationalisierungsexpertin Erna Meyer beteiligt, deren Auseinandersetzung mit Mies van der Rohe ein veröffentlichter Briefwechsel zeigt. Daneben gab es einen eigenen Frauenausschuß mit Vertreterinnen der verschiedenen Frauenvereine. Ähnliches läßt sich auch für die anderen Ausstellungen konstatieren.

Ein neuer Wohnungstyp

Während bei der Zusammenarbeit zwischen Architekten und Hausfrauenvereinen die Familienwohnung im Mittelpunkt stand, wurde in der Frauenbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts ein neues Wohnmodell diskutiert: eigene Wohnungen für alleinstehende Frauen. Mit zunehmender weiblicher Berufstätigkeit wuchs die Zahl der Frauen, die ledig blieben, denn nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch in großen Teilen der Frauenbewegung und anderen sozialen Reformbewegungen bedeutete Berufstätigkeit von Frauen gleichzeitig Ehe- und Kinderlosigkeit. Auf dem damaligen städtischen Wohnungsmarkt gab es entweder die Etagenwohnungen für Familien der bürgerlichen Schichten oder die „Stube-Küche Wohnungen“ für die Arbeiterhaushalte. Die meisten der berufstätigen Frauen lebten deshalb in Untermiete oder bei ihrer Herkunftsfamilie. Seit den 1870er Jahren gab es Initiativen und Projekte, um für Lehrerinnen, Erzieherinnen, Fabrikarbeiterinnen und Studentinnen Wohnungen zu beschaffen. Beispielsweise pachtete 1902 die Wohnungsgenossenschaft „Damenheim“ ganze Mietshäuser in Berlin, renovierte sie und vermietete die Wohnungen an alleinstehende Frauen. Die „Vereinigung für moderne Frauenwohnungen“ und die „Genossenschaft Frauenwohnungen“ koppelten 1911 ihre Aktivitäten mit der 1910 gegründeten „Genossenschaftsbank selbständiger Frauen“ zusammen. Diese übernahm die Finanzierung der geplanten Wohnhäuser in verschiedenen Berliner Bezirken. Die Genossenschaft für Frauenheimstätten“, gegründet 1912, realisierte ein umfangreiches Bauvorhaben und rettete ihr Wohnprojekt bis in die Weimarer Zeit. Nach einer Zählung existierten 1908 im Deutschen Reich sieben Wohnheime für Arbeiterinnen. Emilie Winkelmann baute 1915 für 112 Studentinnen das Victoria-Studienhaus in Berlin Charlottenburg.¹⁰

Viele der geplanten Wohnprojekte wurden durch den Ersten Weltkrieg gestoppt. 1926, nach der vom Bund Deutscher Frauenvereine veranstalteten Tagung „Frau und Wohnung“, bei der ausdrücklich Wohnungen für berufstätige Frauen gefordert wurden, belebte sich die Diskussion wieder. Jetzt war nicht mehr von Wohn-

¹⁰ Kerstin Dörhöfer, Pionierinnen in der Architektur. Eine Baugeschichte der Moderne. Ms. 2003 (erscheint demnächst).

heimen, Frauenwohnungen und Frauenheimstätten die Rede, sondern von einem neuen Wohnungstyp: „Die Wohnung für die berufstätige Frau“. In den Zeitschriften der Frauenbewegung wurden die verschiedenen Formen und Standorte diskutiert. Die Architektin Grete Schütte-Lihotzky veröffentlichte 1929 ihren programmatischen Artikel, in dem sie unterschiedliche Lösungen vorschlug.¹¹ Dieser Wohnungstyp wurde kombiniert mit einer zentralen hauswirtschaftlichen Versorgung, sowohl in Eigenorganisation wie als bezahlte Serviceleistung. Auch bei dieser Debatte um den neuen Wohnungstyp lässt sich der Erfolg an der Präsentation auf den Bauausstellungen messen. Im Wohnblock von Ludwig Mies van der Rohe in der Stuttgarter Weißenhofsiedlung entstanden Ledigenwohnungen, in Breslau baute Hans Scharoun für Ledige und kinderlose Paare ein Wohnhaus und in der Hallenschau auf der Ausstellung „Heim und Technik“ in München 1928 waren drei Entwürfe der „Wohnung einer berufstätigen Frau“ von Grete Schütte-Lihotzky, von dem Münchner Architekten Fritz Kuhn und von Paul Schmitthenner aus Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Architektin Kling aus München zu sehen.¹² In der Berliner Ausstellung 1931 stellte Lilly Reich ihren Entwurf für ein „Boarding Haus“ aus. Bis zum Ende der zwanziger Jahre einstanden noch viele Wohnprojekte für alleinstehende Frauen.

Die moderne Stadtplanung des 20. Jahrhunderts ist ohne die Impulse aus der Frauenbewegung nicht zu denken, es wird Zeit, dass dies in der Disziplingeschichte angemessen berücksichtigt wird.

Ulla Terlinden, Dr. phil., Professorin für sozioökonomische Grundlagen urbaner Systeme am Fachbereich Architektur/Stadtplanung/Landschaftsplanung der Universität Kassel, email: terlinden@uni-kassel.de

¹¹ Grete Schütte-Lihotzky, Die Wohnung der berufstätigen Frau, in: Frau und Gegenwart (1928/29), Nr. 4, S. 102.

¹² Die Bauzeitung, (1928), Nr. 32, S. 333.

Großstadt versus Feldlager. Männliche Blicke auf die urbane Stadt in der frühen NS-Zeit

Dass manche jungen Leute, obwohl „von braven Eltern erzogen“, durch die Verführungen der großen Städte zugrunde gegangen oder zu „Wüstlingen und Zechern“, zu „Söhnen ohne Reue, denen Gesetz und Ordnung ein Gräuel sind“, verkommen seien, glaubte schon Friedrich Harkort, der märkische Frühindustrielle und konservative Sozialreformer aus Wetter an der Ruhr, im Mai 1849, als er seinen berühmten „Bienenkorbbrief“ schrieb, beobachtet zu haben: Er sah in diesen städtischen „Proletariern“ die „ächten Hilfstruppen“ für alle Arten revolutionärer Aufwiegler, die stets bereit seien, über anderer Leute Gut herzufallen. Seither zog sich das in immer düsteren Farben ausgemalte Bild von der Großstadt als menschenfressender Moloch und Hort aufrührerischer Bewegungen durch die Argumentation aller Zivilisationskritiker und Agrarromantiker bis weit in das „Dritte Reich“. Nationalsozialistische Vordenker wie Walther Darré und Hans F. K. Günther vermengten dann seit den 1920er Jahren die von Wilhelm Heinrich Riehl über Georg Hansen, Otto Ammon und Ludwig Klages bis Oswald Spengler wortgewaltig propagierten großstadtfeindlichen Schreckensbilder mit rassistischen Blut-und-Boden-Utopien, d.h. sie fügten Kerngedanken Gustave Le Bons z.B. über die großstädtische „Massenseele“ und „Verhordung der Menschen“ aus dessen Werk über die „Psychologie der Massen“ (zuerst 1895, deutsch 1908) hinzu und konstruierten als Gegenmodell die Vorstellung von der „Heraufzüchtung“ eines wehrhaften neugermanischen „Freisassentums“ auf dem Lande. Seit 1970 Klaus Bergmann seine viel zitierte Untersuchung über „Agrarromantik und Großstadtfeindschaft“ veröffentlicht hat, sind die ideengeschichtlichen Hauptlinien und viele Facetten dieser spezifisch deutschen Variante moderner Fortschrittskritik breit untersucht worden und inzwischen gut bekannt.

Mit konkreten Plänen zur Dekonzentration bzw. Entflechtung der großen Industrieagglomerationen, die – wie z.B. das Ruhrgebiet – als „ungesunde Ballung“ verteufelt wurden, traten dann nach der „Machtergreifung“ Hitlers tatsächlich einige NS-Strategen wie der im April 1933 als Staatskommissar für den Ruhrsied-

lungsverband eingesetzte Justus Dillgardt zunächst auch an, doch wurde die Umsetzung solcher Pläne in konkrete Maßnahmen trotz einschlägiger Phrasen in NS-Sonntagsreden gar nicht erst in Angriff genommen: Die offensichtlich unersetzliche Funktion der verdichteten Industrieregionen für die Verfolgung der nationalsozialistischen Rüstungsziele und Kriegsvorbereitungen ließ eine gezielte Reagrarisierungspolitik bald als unsinnig erscheinen.

Bei der Darstellung der angeblich von der Großstadt ausgehenden Bedrohungen, die führende NS-Ideologen seit Ende der 1920er Jahre ausmalten, ist m.E. bisher ein Aspekt übersehen worden, der bis dahin in der zivilisationskritischen Debatte um das Verhältnis Stadt versus Land in dieser Deutlichkeit noch nicht aufgetaucht war, jetzt aber um 1930 z.B. zur Gewinnung der akademischen männlichen Jugend gezielt ausformuliert wurde. Gemeint ist eine krass geschlechtsbezogene Metaphorik und die daraus abgeleitete Argumentation. Zugespißt ausgedrückt: Es ging um die angebliche Gefährdung des männlich-heroischen Enthusiasmus und des von ihm inspirierten Männerbundes durch die mit dem „Weib“ in Verbindung gebrachte Urbanität der Großstadt. Bei den großstadtkritischen Ausfällen Darrés, Günthers, auch Hitlers und anderer taucht diese Denkfigur allenfalls nur ansatzweise auf, umso massiver aber bei den beiden NS-Chefideologen Alfred Rosenberg und Alfred Baeumler. Hatte Darré in seinem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ (zuerst erschienen 1930) noch eher vage davon gesprochen, dass „Helden“, d.h. „wehrhaft große Einzelmenschen“ immer vom Lande stammten und ein neues Deutschland solche „in sich gefestigten ‚Helden‘“ dringend brauche, nicht aber mit allen Wassern gewaschene, ständig ruhelose „quicke“ Städter, so entwickelten Rosenberg und Baeumler geradezu ein komplettes Weltbild aus der naturgegebenen Polarität zwischen Mann und Frau: Da dem männlichen Geist die heroische Aufgabe zukomme, gegen das Chaos eine Weltordnung zu schaffen, die Frau dagegen „auf das Pflanzenhafte und auf das Subjektive“ ausgerichtet und von einer „gewissen Fähigkeitslosigkeit“ geprägt sei, sieht Rosenberg in seinem Hauptwerk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ (zuerst 1930 erschienen) in dem seiner Meinung nach zeittypischen Trend zum „feministischen Mann“ und zum „emanzipierten Weib“ ein Symbol eines durch den zeitgenössischen „Geschlechtskollektivismus“ hervorgerufenen kulturellen Verfalls und damit verbundenen Untergangs des Staates: Am Ende drohe dem deutschen Volk eine „frauenstaatliche Zukunft“, deren Erscheinungsformen man bereits in den Zentren „unserer demokratisch geleiteten Großstädte“ ahnen könne: „Zarte trippelnde Männchen in Lackschuhen und lila Strümpfen, mit Armbändern behangen, mit zarten Ringen am Finger, mit blau untermalten Augen und roten Nasenlöchern, das sind die ‚Typen‘, die im kommenden Frauenstaat allgemein werden müssten.“

Schon jetzt sei der liberale und nur noch „gedämpft nationale“ deutsche Mann zu schwach, um zu verhindern, dass seine Frau das Geld in die jüdischen Großkaufhäuser trage, „aus deren Schaufenstern der glitzernde Verfall einer verfallenden Zeit“ hervorschaue!

Zu solchen vernichtenden Urteilen über das Großstadtleben und die urbanen Modeerscheinungen fügte der Philosophieprofessor Alfred Baeumler noch eine Reihe weiterer krasser Deutungen hinzu, so z.B. in einer Rede im Oktober 1929 auf einem „Vertretertag des Hochschulrings deutscher Art“ aus Anlass der Erinnerung an die Ereignisse der Schlacht von Langemarck 1914. Zwei Lebenssysteme stehen sich nach Baeumler naturgegeben feindlich gegenüber: die heroische Kultur des Mannes und die „materielle Kultur“, bestimmt durch den Götzen Mammon. Letztere sei das eigentliche Entfaltungsfeld des „Weibes“, das in diesem System seine „Höhe als Verführerin und Beherrscherin des Mannes“ erreiche. Die Seelenstimung des „urbanen Lebenszustandes“, die sich in den Zentren der großstädtischen Geselligkeit ausbreite, sei zwischen den Polen Skepsis und Anmut, Lebensgenuss und Melancholie, anmutige Verzweiflung und gieriger Materialismus angesiedelt. Das Urbild und Vorbild dabei sei Paris; hier habe eine „romanische Urbanität“ ihren Gipfelpunkt als verführerische Welt des Genusses erreicht, die der männlichen Welt der Tat diametral gegenüberstehe. Die in Deutschland inzwischen vorherrschende Abhängigkeit der weiblichen Mode von Paris sei keine bloß lächerliche Torheit, sondern Ausdruck der Tatsache, dass „wir unsere eigene Lebensform noch nicht gefunden (haben).“ Baeumler ging es nun darum, der urban-weiblichen Welt des zügellosen Genusses die heroisch-männliche Lebenswelt der „Arbeit“ entgegenzusetzen: Die bisherige tausendjährige Geschichte der Deutschen lasse sich als „Geschichte der Urbanisierung eines Volkes (verstehen), das dieser Urbanisierung im Innersten widerstrebt.“ Diesen schleichenden Prozess der Erweichung seiner heroischen Anlagen „unter den Verlockungen urbaner Kulturen und urbaner Geistigkeit“ gelte es jetzt zu beenden: Nicht die Mauern der Stadt, die die Häuser umschließen und die „Behaglichmachung des Lebens“ bewirkten, machten das Vaterland aus, sondern die Männer, die sich im Männerbund, im Männerhaus und im männlichen Feldlager versammelten. Diese Tatsache allmählich wieder nach einer vielhundertjährigen „nachrömischen Epoche der deutschen Geschichte“ in Rückbesinnung auf die vorrömische, germanische Zeit begriffen zu haben, sei eine Folge des großen Krieges; der Männerbund habe sich „mit gewaltiger Kraft überall wieder her(gestellt),“ und der Führer mit seinen Getreuen habe an tausend Stellen der Front den „alten germanischen Kampf“ gekämpft. Nach 1918 und besonders jetzt um 1930 gebe es nur noch eine Wahl: entweder die restlose Einordnung in das siegreiche Europa „als Hausgenosse minderen Rechts“ oder der entschiedene Austritt

aus dem bürgerlich-weiblichen Lebenssystem des Urbanismus, um auf diese Weise zu den eigentlichen Quellen deutscher Kraft „über die Jahrhunderte hinweg“ zurückzufinden. Nur so werde sich der tiefe historische „Sinn des großen Krieges“ für die heranwachsende junge Generation und alle nachkommenden Generationen erfüllen: Die urbane verweichlichte Geistigkeit verkläre bloß das skeptische Alter – die heroische Lebensform verkläre dagegen den Jüngling, „der den Tod nicht scheut“...

Die von Rosenberg und Baeumler breit ausgemalte Bedrohung des heroischen Mannes durch das weibliche Prinzip, das seinen Nährboden ihrer Meinung nach insbesondere in der modernen urbanen Großstadt gefunden hatte, wurde von den beiden NS-Philosophen als *das* zentrale Zukunftsproblem für das deutsche Volk apostrophiert: Alles Gerede von einer Verständigung zwischen beiden Prinzipien, so Baeumler, sei töricht und vergiftend; es diene nur dazu, „uns der eigentlichen männlichen, auf den Staat gerichteten Lebensform zu entwöhnen (und) uns durch Urbanisierung unsicher und schwach zu machen.“

Dieses gesamte, massiv antiweibliche, d.h. an einem suggestiv vorgetragenen bedrohlichen weiblichen Lebensprinzip orientierte Szenario könnte man als Ausgeburt einiger Wirkköpfe abtun, wenn deren Sinnstiftungsangebote nicht von erheblicher Bedeutung für die ideologische Ausrichtung der NS-Jungmännerbünde gewesen wären. Mit der psychologisch durchaus geschickten Propagierung des geschlechtspolaren Weltbildes in Verbindung mit Großstadtfeindschaft und neugermanischem Männerbundkult ging ja eine gezielte Ästhetisierung (im weiteren Sinn des Wortes) und Stilisierung des Staates als des Werkes männerbündisch eingebundener Männer einher, die als Gefolgsleute ihrem Führer in Treue, ihren Bundesgefährten in Kameradschaft und zugleich der Volksgemeinschaft als Ganzer in Kampf- und Opferbereitschaft verpflichtet waren. Wie stark im Einzelnen solche auf Emotionalisierung und Enthusiasmierung angelegten männerbündischen Deutungsangebote, Stil- und Verhaltensformen die damaligen jungen Männer bewegt und geprägt haben, steht auf einem anderen Blatt. Sebastian Haffner (1907–1999) hat in einem nachgelieferten, in seinen posthum im Jahre 2000 erschienenen Erinnerungen an die Jahre 1914 bis 1933 „Geschichte eines Deutschen“ nicht mit abgedruckten Kapitel mit dem Titel „Das Gift der Kameradschaft“ eindrucksvoll beschrieben, wie schon im Jahre 1933 NS-Schulungslager für junge Gerichtsreferendare, aufgezogen als „Feldlager“, durchgeführt wurden, um sie zu „Kameraden“ im NS-Geist zu erziehen – ein „Lockmittel“ und „großer Köder der Nazis“, so Haffner, um die jungen Männer „vom widerstandslosesten Alter an an dieses Rauschmittel“, also die Kameradschaft im NS-Männerbund zu gewöhnen. Sein Fazit aus seinen eigenen Erfahrungen lautete: „Wir ließen uns auf das Spiel ein und verwandelten

uns ganz automatisch – wenn nicht in Nazis, so doch in brauchbares Material für die Nazis.“

Haffners Erfahrungen liefern nur ein Beispiel für die Verführungskraft der Feldlagerpraxis im „Dritten Reich“ als antiurbanes Erziehungsinstrument zur Erzeugung heroischer Männerbünde, mit dem gleichzeitig auch die entsprechenden Bilder von Geschlechtsrollen mitgeliefert wurden. Erst seit wenigen Jahren beginnen wir infolge neuerer kulturgeschichtlicher Denkanstöße und Anregungen einer Psychohistorie zu begreifen, dass sich die generationsspezifischen entsprechenden Prägnungen, wie jüngere Studien zur „Generationalität“ der jungmännlichen Altersgruppen der 1920er und 1930er Jahre belegen können, bis weit in die Nachkriegszeit nach 1945 ausgewirkt haben und auch noch im generationenübergreifenden Zusammenhang in nachfolgende Altersgruppen nachweisen lassen.

Herangezogene bzw. zitierte Literatur

Alfred Baeumler, Männerbund und Wissenschaft, Berlin 1943 (Erstveröffentlichung Berlin 1934).

Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim/Glan 1970.

Walther Darré, Neuadel aus Blut und Boden, München 1936 (Erstauf. München 1930).

Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln/Wien 1978.

Lydia Gottschewski, Männerbund und Frauenfrage. Die Frau im neuen Staat, München 1934.

Hans F. K. Günther, Die Verstädterung. Ihre Gefahren für Volk und Staat vom Standpunkt der Lebensforschung und der Gesellschaftswissenschaft, Leipzig/Berlin 1934.

Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933. Stuttgart/München 2000.

Ders., Das Gift der Kameradschaft, in: DIE ZEIT, Nr. 21, 16.5.2002, S. 13–16.

Friedrich Harkort, Schriften und Reden zu Volksschule und Volksbildung, besorgt von Karl-Erich Jeismann, Paderborn 1969, S. 101–104 (= „Brief an die Arbeiter“, sog. „Bienenkorbbrief“).

Edeltraud Klüeting (Hg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Wiesbaden 1991.

Wolfgang Paul, Das Feldlager. Jugend zwischen Langemarck und Stalingrad, Esslingen 1978.

- Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (= edition suhrkamp NF 249), Frankfurt/Main 1985.
- Ders., „Ich möchte einer werden so wie die...“. Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2001.
- Ders., Neuer Mensch und neue Männlichkeit. Die „junge Generation“ im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2001, München 2002, S. 109–138.
- Ders. (Hg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003.
- Alfred Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts, München 1936 (Erstaufgabe München 1930).
- Eva-Maria Ziege, Mythische Kohärenz. Diskursanalyse des völkischen Antisemitismus, Konstanz 2002.

**Jürgen Reulecke, Dr. phil., Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Gießen,
Sprecher des Sonderforschungsbereichs 434 „Erinnerungskulturen“,
email: Juergen.Reulecke@geschichte.uni-giessen.de**

Der Verlust von Frauen-Orten. Der Abbau des städtischen Gesundheits- Versorgungsnetzes in den 1950er Jahren

Frauen waren in ihrer Rolle als Schwangere und Mütter die wichtigsten Adressantinnen der Gesundheitsfürsorge der Städte. Einrichtungen für Säuglingsfürsorge und Mütterberatung bauten die meisten Kommunen seit 1900 in Deutschland auf – damals vor allem wegen des heftig diskutierten vermeintlichen „Niedergangs der Nation“ durch „zu schwächlichen Nachwuchs“.¹ Die Säuglingsberatungsstellen richteten sich vor allem an Frauen aus ärmeren Schichten; zusätzlich versuchten Fürsorgerinnen, Familien mit Neugeborenen zu besuchen. Letzteres hatte allerdings einen stark überwachenden Charakter und stand in Deutschland in der verrufenen Tradition der Armenfürsorge und Gesundheitspolizei.² Während des Ersten Weltkriegs und ganz besonders in den Jahren der Weimarer Republik wurden die Beratungseinrichtungen weiter ausgebaut. In den 1920er Jahren entwickelte sich dann in den großen deutschen Städten ein sehr erfolgreiches Gesundheits-Versorgungsnetz für Mütter und Säuglinge, mitunter auch für Schwangere, welches ein breites Spektrum der Gesellschaft erreichte. Viele Beratungsstellen erwiesen sich gerade für Mütter der unteren Schichten als attraktive Anlaufstelle für ihre medizinischen und sozialen Probleme.³ In Berlin gab es Mitte der 1920er Jahre beispielsweise an die 40 solcher Fürsorgestellen, die zwischen 60 und 80 Prozent aller Neugeborenen betreuten, in München erreichten die Stellen 1927 vier Fünftel der Säuglinge. Ein besonderes Angebot vermittelten die von den Krankenkassen allerdings nur in Berlin un-

¹ Petra Finck, Der Geburtenrückgang und seine Folgen. Bevölkerungspolitik im Deutschen Kaiserreich, in: dies./Marlies Eckhof, „Euer Körper gehört uns!“ Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 9-78; vgl. zum Aufbau der Mütterberatungen Sigrid Stöckel, Säuglingsfürsorge zwischen sozialer Hygiene und Eugenik, Berlin (West)/New York 1996, S. 211-222.

² Cornelia Osborne spricht sogar davon, dass die Fürsorgerinnen sich in manchen Fällen als „Sozialpolitizisten“ gerierten; vgl. Cornelia Osborne, Frauenkörper – Volkskörper. Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik in der Weimarer Republik, Münster 1994, S. 83.

³ Vgl. Alfons Labisch/Florian Tennstedt, Der Weg zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934: Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, 2 Bde, Düsseldorf 1985, S. 70-84; Christoph Sachße, Mütterlichkeit als Beruf, Frankfurt/Main 1986, S. 203-207.

terhaltenen Ambulatorien, die den Frauen seit 1926 eine umfassende Gesundheitsfürsorge von der Schwangerschaft über die Geburt bis zur Kinderfürsorge garantierten.⁴ Der städtische Raum der 1920er Jahre bot so zahlreiche Anlaufstellen für Frauen in der schwierigen Phase der Schwangerschaft und frühen Mutterschaft, die sie ohne große Hürden, ohne Anmeldung und Wartezeiten in der Arztpraxis, erreichen konnten.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete ein Ende der personellen Kontinuität und der in der Weimarer Republik betriebenen Formen der sozialen Fürsorge: Viele der in diesem Bereich engagierten Ärztinnen und Ärzte standen politisch links oder waren jüdischer Abstammung. Sie wurden nach 1933 entlassen; viele mussten später emigrieren. In Berlin wurden beispielsweise 1933/34 17 von 19 leitenden Stadtärzten gekündigt.⁵ Die Verstaatlichung des öffentlichen Gesundheitswesens im Jahr 1934 ließ die vielfältigen Formen kommunaler Gesundheitsangebote verschwinden; zudem sank durch die Verquickung der Mütter- und Schwangerenberatung mit der NS-Rassenideologie die Akzeptanz der Beratungsstellen deutlich. Dies kann man für Kiel anhand der Prozentzahl der betreuten Schwangeren direkt nachweisen: Während bis 1933 noch über 40 Prozent der Schwangeren in das Gesundheitsamt kamen, sank der Anteil bis 1938 auf 20 Prozent, und nach dem Krieg waren es dann nur noch acht von hundert schwangeren Frauen.⁶

Das in der Weimarer Republik so erfolgreiche Konzept der offenen, für alle Frauen zugänglichen städtischen Gesundheitsfürsorge lebte in der neugegründeten Bundesrepublik nicht wieder auf. Nur einige Länder kehrten überhaupt zur kommunalen Organisation des öffentlichen Gesundheitswesens zurück.⁷ Zwar haben sich die Träger des öffentlichen Gesundheitswesens mit der NS-Zeit keineswegs kritisch auseinandergesetzt, aber die Belastungen aus dieser Zeit erwiesen sich für einen Neubeginn nach 1945 als ungünstig. Der öffentliche Gesundheitsdienst war in den 1950er Jahren durch einen zunehmenden Bedeutungsverlust gekennzeich-

⁴ Stöckel, Säuglingsfürsorge, S. 360; Wilfried Rudloff, Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910-1933, Göttingen 1998, S. 688.

⁵ Atina Grossmann, German Women Doctors from Berlin to New York: Maternity and Modernity in Weimar and in Exile, in: *Feminist Studies*, 19. (1993), S. 65-88, hier S. 80f; Ulrich Eckart, Öffentliche Gesundheitspflege in der Weimarer Republik und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: *Das öffentliche Gesundheitswesen*, 51. (1989), S. 213-221.

⁶ Fritz Beske, Umfang und Soziologie der Schwangerenberatung in einer norddeutschen Großstadt, in: *Der öffentliche Gesundheitsdienst*, 19. (1957), S. 137-147. Für die Kriegsjahre liegen keine Zahlen vor.

⁷ In Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Niedersachsen unterstanden die Gesundheitsämter als staatliche Sonderbehörden dem Land, sonst wurden sie wieder kommunal organisiert; vgl. Josef Hünerbein, Das Gesundheitsamt, in: Ludwig Federhen (Hg.), *Der Arzt des öffentlichen Gesundheitsdienstes*, Stuttgart 1952, S. 69-100.

net; nach jahrelangen Kompetenzkämpfen und Versuchen, wieder sozialmedizinische Arbeitsbereiche zu gewinnen, mußten viele Aufgaben, so auch die Schwangeren- und Säuglingsfürsorge, an die niedergelassenen Ärzte abgegeben werden.⁸ Dies hing eng mit dem Statusgewinn und den Begehrlichkeiten der niedergelassenen Ärzteschaft zusammen. Nachdem den Ärzten im Kassenarztgesetz von 1955 die Sicherstellung der ambulanten Versorgung zugesprochen worden war, wollten sie die Vorsorgeleistungen für Schwangere und Säuglinge ebenfalls zur ärztlichen Aufgabe erklären lassen.⁹ Die politische Ausrichtung der Adenauer-Regierungen trug ein Übriges zu dieser Entwicklung bei: Die CDU wollte sich von einem angeblich DDR-nahen „Staatsgesundheitsdienst“ absetzen, gleichzeitig auch von den Maßnahmen des NS-Regimes deutlich Abstand halten. Für die CDU-Regierung bestand nach langen Streitigkeiten die einzig gangbare Lösung offenbar darin, die gesamte Vorsorge Mitte der 1960er Jahre der freien Ärzteschaft zu übergeben.¹⁰ Vorschläge wie die des Sozialpolitikers Walter Auerbach, der die Leistungen der Versicherungsträger und des öffentlichen Gesundheitswesens in einer „Sozialgemeinde“ zusammenfassen wollte, die auf kommunaler Ebene verwaltet werden sollte, fanden in der Bundesrepublik kein Gehör.¹¹

In den ersten zwei Dekaden der Bundesrepublik entwickelte sich durch die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ärzten und öffentlichem Gesundheitsdienst sowie andere, rechtliche Unsicherheiten dieser zentrale Bereich der Prävention kaum weiter. Für die schwangeren Frauen bedeutete dies, dass sie in den 1950er Jahren nur wenige Anlaufstellen hatten. Sie konnten zwar zu einem niedergelassenen Arzt gehen, offiziell gehörten die Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft aber nicht zu den Leistungen der Krankenkassen.¹² Die Säuglingsberatungen der

⁸ Alfons Labisch, Entwicklungslinien des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Deutschland, in: Ders.: Gesellschaftliche Bedingungen öffentlicher Gesundheitsvorsorge, Frankfurt a. M. 1990, S. 25-62, hier S. 43; Norbert Schmacke, Die Individualisierung der Prävention im Schatten der Medizin, in: Sigrid Stöckel/Ulla Walter (Hg.); Prävention im 20. Jahrhundert. Historische Grundlagen und aktuelle Entwicklungen in Deutschland, Weinheim/München 2002, S. 178-189, hier S. 179f.; Ludwig von Manger-Koenig, Der öffentliche Gesundheitsdienst zwischen Gestern und Morgen, in: Das öffentliche Gesundheitswesen, 37. (1975), S. 433-448, hier S. 439ff.

⁹ Frieder Naschold, Kassenärzte und Krankenversicherungsreform, Freiburg 1967, S. 139.

¹⁰ Ulrike Lindner, Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004, S. 427ff.

¹¹ Walter Auerbach, „Modell“ eines Sozialplanes – eine Skizze, in: Die Krankenversicherung, 4. (1952), S. 106-110.

¹² Ulrike Lindner, Gesundheitsvorsorge für Schwangere und Säuglinge 1949-1965: Pläne, Maßnahmen, Defizite, in: Wolfgang Woelk/Jörg Vögele (Hg.), Geschichte der Gesundheitspolitik in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis in die Frühgeschichte der „doppelten Staatsgründung“, Berlin 2002, S. 347-378, hier 352f.

städtischen Gesundheitsämter bestanden weiter fort, ihre Arbeit wurde aber keineswegs ausgebaut und intensiviert, vielmehr verloren sie den Anschluss an moderne medizinische Konzepte und betreuten immer weniger Kinder.¹³

Dass sich die kommunale Versorgung auch ganz anders entwickeln hätte können, zeigt ein Projekt im Berliner Stadtteil Neukölln in den Jahren 1952/53.¹⁴ Dort wurde eine Beratungsstelle mit Ärzten und Fürsorgerinnen eingerichtet, in deren Arbeit auch die Hebammen vor Ort integriert wurden und die den schwangeren Frauen eine umfassende soziale und medizinische Für- und Vorsorge bot. Innerhalb kürzester Zeit nutzten 80 Prozent der Schwangeren des Stadtteils die Beratungsstelle. Trotz dieses gut dokumentierten Erfolges hatte das Projekt keinen Einfluss auf die weitere Gestaltung der städtischen Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik.

Die Vorsorge für Schwangere und Säuglinge wurde vielmehr in den Jahren 1965 bis 1970 endgültig bei den niedergelassenen Ärzten angesiedelt.¹⁵ Damit setzte sich ein individualmedizinisches Konzept der Prävention durch. Gerade bei den Angehörigen der unteren Schichten waren aber die städtischen Beratungseinrichtungen eher akzeptiert gewesen als ein selbständiger Besuch beim Arzt. Die Personenkreise, die eine besonders intensive Beratung brauchten, bekamen sie oftmals nicht ausreichend, weil sie von der rein medizinisch orientierten Vorsorge nicht erreicht wurden.¹⁶ Feministinnen kritisierten später, dass sich die Kontrolle der zumeist männlichen Ärzte über den weiblichen Körper bei Schwangerschaft und Geburt noch verstärkt habe. Alternative Konzepte mit einer Vorsorge durch Hebammen und Fürsorgerinnen wurden damals nicht berücksichtigt.¹⁷ Der Niedergang der kommunalen Gesundheitsfürsorge nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete so für Frauen den Verlust von Alternativen in einem männlich dominierten Gesundheitswesen und für die Städte das Fehlen von Gesundheits- und Kommunikationszentren für Frauen.

¹³ Lindner, Gesundheitspolitik, S. 456ff.

¹⁴ BAK, B 142/369, Brief des Senators für Gesundheitswesen an das Bundesministerium des Innern vom 25.8.1954.

¹⁵ Lindner, Gesundheitsvorsorge, S. 376.

¹⁶ Vgl. H. Arnold, Die Malaise der Schwangerenfürsorge, in: Das öffentliche Gesundheitswesen, 31. (1969), S. 436-441. Auch Untersuchungen aus den 1970/80er Jahren bestätigen für die Bundesrepublik Deutschland, dass die Angebote der Schwangerenvorsorge von den unteren Schichten viel weniger wahrgenommen wurden; vgl. Konrad Wolfgang Tietze, Zwischen Natur und Technik – Bemerkungen zur Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe, in: Bundesgesundheitsblatt, 22. (1979), S. 139-143.

¹⁷ Marianne Rodenstein, Somatische Kultur und Gebärpolitik – Tendenzen in der Gesundheitspolitik für Frauen, in: Ilona Kickbusch/Birgit Riedmüller (Hg.), Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik, Frankfurt a.M. 1984, S. 103-134, hier S. 125f.

Erst in den 1970er Jahren, als Gruppen der Neuen Frauenbewegung Frauengesundheitszentren aufbauten, entstanden im städtischen Raum wieder spezielle Orte für Frauen.¹⁸ Allerdings geschah dies meist ohne die Verbindung mit medizinischem Fachwissen, wie dies noch in den 1920er Jahren geleistet worden war, sondern eher als alternatives Angebot zur individualmedizinischen und hochtechnisierten Betreuung der Schwangerschaft, der Geburt und des Säuglingsalters.

Ulrike Lindner, Dr. phil., Assistentin, Historisches Institut, Universität der Bundeswehr München, email: ulrike.lindner@unibw.muenchen.de

¹⁸ Herrad Schenk, *Die feministische Herausforderung*, München 1992, S. 94f.

„Gefährdete“ Frauen und „wandernde“ Männer. Fürsorge am Bahnhof im Berlin der Kaiserzeit

„Nah und fern, – Ein Kreuz, ein Stern. Im Vaterland – Jetzt wohlbekannt.

*Allen, die reisen, – den Weg zu weisen. Den Schwachen zum Schutz, – den Bösen zum
Trutz!*

*Mit Hülff und Rat – und treuer Tat. Tag und Nacht – zu helfen bedacht. Treu auf der
Wacht!“¹*

Mit diesem Gedicht endete ein Bericht über Mädchenhandel, der in einem der regelmäßigen „Rundschreiben der Deutschen Bahnhofsmision“ erschien. Als im Zuge der Industrialisierung die Binnenwanderung zunahm, begannen „Mädchen-schutz“-Einrichtungen Unterstützung für wandernde Frauen anzubieten. Deren Arbeitsformen waren die Grundlage für die Gründung der evangelischen Berliner Bahnhofsmision, die 1894 ins Leben gerufen wurde. Ihr Fokus richtete sich darauf, die „unüberlegte“ Einwanderung junger Frauen – besonders der Dienstmädchen – zu verhindern und den „unvermeidlichen“ Zuzug nach Berlin in geordnete Bahnen zu lenken. Hierbei versuchte die Bahnhofsmision den Arbeit suchenden Frauen Sicherheit vor möglichem Mädchenhandel und Ausbeutung zu gewähren und sie auf ihren ersten Schritten in die Großstadt zu begleiten.

Drei Jahre später folgte das männliche Pendant, die neu gegründete evangelische „Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend“. Sie orientierte sich in ihrer Organisation und Ausrichtung an der Bahnhofsmision und bot für männliche Jugendliche „Starthilfe“ und Beistand nach der Ankunft in der Großstadt an. Im Gegensatz zur Bahnhofsmision blieb der evangelische Bahnhofsdienst, wie sich die männliche Entsprechung in der Weimarer Republik nannte, rund dreißig Jahre auf Berlin beschränkt und fand erst in den 1920er Jahren reichsweite Verbreitung.²

¹ Rundschreiben der Deutschen Bahnhofsmision, 11. (Oktober 1912), S. 12, Archiv des Diakonischen Werkes (ADW), Z R 33.

² Obwohl der Name „Bahnhofsdienst“ erst in den 1920er Jahren eingeführt wurde und man davor von

Ein Bahnhof, auf dem Bahnhofsmision und -dienst arbeiteten, war der Anhalter Bahnhof, der südlich des Askanischen Platzes zwischen Möckern- und Schöneberger Straße lag und die Hauptlast des Berliner Fernverkehrs trug.³ Von beiden Einrichtungen wurden hier vor allem binnenwandernde Männer und Frauen betreut, die aus süd- und südöstlichen Reichsgebieten nach Berlin einreisten.⁴

Verankert waren die Bahnhofsmissionen in der evangelischen Gefährdeten- und die Bahnhofsdienste in der evangelischen Wandererfürsorge. Beide Fürsorgezweige waren Teil der Inneren Mission (heute Diakonie) der protestantischen Kirche. Die Gefährdetenfürsorge kümmerte sich um die Betreuung „gefährdeter“ weiblicher Jugendlicher, die als Prostituierte arbeiteten oder bei denen vermutet wurde, dass sie sich aufgrund ihrer Lebenssituation zukünftig prostituieren würden. Bei der Unterstützung für die jungen Frauen arbeitete die Gefährdetenfürsorge mit verschiedenen Organisationen zusammen, unter anderem mit den Bahnhofsmissionen. Die Wandererfürsorge, die ihrerseits mit den Bahnhofsdiensten kooperierte, nahm sich der nichtsesshaften, männlichen Bevölkerung, vor allem der jungen Wanderer und Obdachlosen, an.



Abb. 1 Anhalter Bahnhof um 1900.

Der Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutierte sich bei der Bahnhofsmision aus den Berliner Jungfrauenvereinen; bei den Bahnhofsdiensten kamen die Fürsorger aus den Berliner Jünglingsvereinen und dem „Christlichen Verein junger Männer“. Recht bald rekrutierten sich die Helferinnen und Helfer auch aus der Gruppe der ehemals Betreuten, wie zum Beispiel die erste Berliner Berufsarbeiterin der Bahnhofsmision, „Fräulein“ Schreiber, die schon 1895 eingestellt wurde.⁵

der „männlichen Bahnhofsmision“ oder von der „Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend“ sprach, wird im Folgenden der Begriff „Bahnhofsdienst“ zur besseren Unterscheidung der Organisationen auch für das Kaiserreich verwendet.

³ Peter Kliem/Klaus Noack, Berlin Anhalter Bahnhof, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1984, S. 14.

⁴ Hans-Dieter Reichardt, Daten zur Berliner Eisenbahngeschichte, in: Die Reise nach Berlin, hrsg. von Berliner Festspiele GmbH, Berlin 1987, S. 81-92, hier S. 81f.

⁵ Bruno W. Nikles, Soziale Hilfe am Bahnhof, Freiburg im Breisgau 1994, S. 39.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde der gesellschaftliche Diskurs um binnenwandernde Frauen virulent. Von Anfang an waren diese Frauen eine Gruppe, derer sich die evangelische Gefährdetenfürsorge annahm, galt es doch einem Prostitutionsrisiko vorzubeugen, das sie bei diesen jungen Frauen gegeben sah, falls diese arbeits- oder sogar obdachlos wurden.

Die Gefährdetenfürsorge bestimmte die Personengruppe, für die sie sich einsetzte, folgendermaßen: „Man nennt Gefährdete teils die Mädchen und Frauen, die der Gewerbsunzucht verfallen sind und sich der Prostitution ergeben haben, teils solche, die durch ihren labilen Charakter oder durch ihre Umgebung in besonderem Maße sittlichen Gefahren ausgesetzt sind.“⁶ Die Voraussetzung für die potenzielle Gefährdung eines Menschen sah man als gegeben an, wenn eine entsprechende biologische und/oder sozialpsychologische Disposition erkennbar war, das heißt, wenn eine genetische Veranlagung angenommen werden konnte oder wenn familiäre Zustände und gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf eine Gefährdung hin deuteten. Vor allem wurden die Dienstmädchen, derer sich die Bahnhofsmision bevorzugt annahm, als prädestiniert für den Abstieg in die Prostitution angesehen. Dabei handelte es sich um eine langwährende Stereotype, wie aus der Denkschrift der Kriminalinspektion des Jahres 1937 hervorgeht, die jedoch genauso aus der Kaiserzeit hätte stammen können: „Die schlecht bezahlte Hausangestellte, die sich bei der fremden ‚Herrschaft‘, fern der Familie, einsam fühlt und Ablenkung im Café, Kino oder auf dem Rummelplatz sucht, lernt häufig da den Verführer kennen. Glücklich in dem Gedanken, den Menschen gefunden zu haben der sie ‚lieb hat‘, trifft sie sich immer wieder mit ihm. Eines Tages läßt er sie sitzen. Und sie – sucht den Nächsten. So ist oft der erste Schritt zum Abgleiten in die Prostitution getan.“⁷ In diesem Beispiel wird die Frau als einsam und schwach beschrieben, als eine Frau, die wenig Geld hat und sich verführen lässt. Sie wird vom Mann verlassen – ist also

⁶ P[...] D. Ulrich, Bilder aus der Gefährdetenfürsorge. Die Gefährdetenfürsorge in Berlin, in: Ellen Scheuner (Hg.), *Evangelische Gefährdetenfürsorge. Organisation und Gegenwartsaufgaben*, Berlin 1928, S. 93-101, hier S. 93. Der Artikel gibt einen Überblick über die Berliner Gefährdetenfürsorge seit 1826. Die Definition der „Gefährdeten“ blieb seit Beginn der Arbeit der Gefährdetenfürsorge bis ins Kaiserreich und darüber hinaus gleich.

⁷ Denkschrift der Kriminal-Inspektion weiblicher Polizei in Berlin zum 10jährigen Bestehen am 26. April 1937, S. 3-43, Landesarchiv Berlin (LAB): A Rep. 001-02, Nr. 2349/1, hier S. 35. In der Forschung sind unterschiedliche Einschätzungen über das Prostitutionsrisiko bei Dienstmädchen vorfindbar. In Forschungen, in denen das Prostitutionsrisiko gering eingeschätzt wird, wird auf die damaligen gesellschaftlichen Projektionen über nicht familiär gebundene Frauen hingewiesen. Einführend: Karin Walser, *Prostitutionsverdacht und Geschlechterforschung. Das Beispiel der Dienstmädchen um 1900*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 11. (1985), H. 1, S. 99-111.

Opfer. Gleichwohl wird sie als (Mit-)Täterin konzipiert, denn sie ist es ja, die aktiv die Begegnungen mit Männern sucht. Aus der Abfolge zweier Liebschaften, über deren Zeitdimension bezeichnenderweise keine Aussage getroffen wird,⁸ wird eine Promiskuität konstruiert und als Vorstufe zur Prostitution interpretiert. Diese Darstellung entsprach wohl der Auffassung der meisten Fürsorgerinnen und führte dazu, dass den „Gefährdeten“ eine Mitschuld an der eigenen „sexuellen Verwahrlosung“, ja selbst an einer Vergewaltigung zugesprochen wurde.

Während sich die Beurteilung binnenwandernder Frauen vor allem auf die sittliche Gefährdung und die sittliche Ehre bezog, rückte bei der Definition über die entscheidenden Kriterien migrierender Männer die ökonomische Dimension in den Vordergrund: „Ein Wanderer ist ein mittelloser, arbeitsfähiger Mann, der außerhalb seines Wohnorts Arbeit sucht, also in erster Linie ein Arbeitsloser, der durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen wird, auf dem Wege des Wanderns von Ort zu Ort eine neue Arbeitsstelle zu suchen.“⁹ Das traf zwar auf Frauen genauso zu, da auch sie sich zwischen Städten bewegten oder in ihre Heimatorte rückwanderten, wenn sie ihre Arbeitsstelle verloren. Dennoch wurden bei dieser Definition Frauen nicht mitgedacht. Frauen sollten eigentlich gar nicht wandern, und deshalb wurden sie von der Wandererfürsorge von vornherein ausgeschlossen. So lag es auch nahe, für migrierende Menschen zwei unterschiedliche Fürsorgezweige aufzubauen. Die Historikerin Ute Frevert vergegenwärtigt sich das damalige Denkmuster, wonach „die Natur die Geschlechter unterschiedlich geformt [habe], so daß es seitens des Rechts und der öffentlichen Moral nur gelte, den Unterschied, welcher die Geschlechter trennt, auch fernerhin anzuerkennen.“¹⁰

Pastor Bodelschwingh¹¹ skizzierte das prototypische Ideal eines christlichen Wanderers, indem er seine Begegnung mit einem gehbehinderten Obdachlosen beschrieb, der einer Fürsorge würdig erschien: „In der Schule hatte er trotz geistiger Regsamkeit nicht recht mitkommen können, weil die körperliche Hemmung immer wieder den Unterschied gegenüber den Kameraden deutlich werden ließ. Trotz aller Stöße, die er empfingen, trotz aller Enttäuschungen, die er erlebt hatte, war seine Seele zart und fein geblieben. [...] Er war ein Freund von Kräutern und heilsamen Wässern. Auf diesem Gebiet lag sein Zukunftstraum. [Er] könnte ein Stückchen

⁸ In Arbeiterkreisen waren ‚ernsthafte‘ Liebschaften u.U. toleriert, nicht aber Frauen-Promiskuität.

⁹ Verhandlungsbericht des Verbandes badischer Arbeitsnachweise bei der 19. Mitgliederversammlung am 21./22. April 1922, S. 4-11, Bundesarchiv (BA): R 39.01, Film 33164, Akte 81, hier S. 4. So wurden Wanderer auch von konfessionellen Einrichtungen definiert.

¹⁰ Ute Frevert, Ehre – männlich/weiblich. Zu einem Identitätsbegriff des 19. Jahrhunderts, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 21. (1992), S. 21-68, hier S. 36.

¹¹ Der Sohn Friedrich von Bodelschwingh (1877-1946) leitete 36 Jahre die von seinem gleichnamigen Vater gegründeten Bodelschwingschen Anstalten in Bielefeld.

Land erwerben. Auf dem wollte er eine kleine Hütte errichten nicht für sich allein, sondern so groß, daß er noch zwei oder drei andere, die noch ärmer waren als er, zu sich nehmen könnte.“¹² Das Beispiel dieses Gehbehinderten unterscheidet sich in zentralen Punkten von der vorhin genannten Geschichte über das fiktive Dienstmädchen: Das Dienstmädchen ist labil, der Gehbehinderte letztlich stabil. Das Dienstmädchen lässt sich treiben und sich verführen, der Gehbehinderte ist aktiv und möchte sein Leben neu gestalten. Das Dienstmädchen läuft Gefahr, aus der Gesellschaft ausgestoßen zu werden, der Gehbehinderte konnte zwar bisher nicht reüssieren, trotz aber seinem Schicksal, bleibt unverdorben und möchte in die Gesellschaft durch Ansiedelung integriert werden. Deutlich wird, dass in beiden Geschichten stereotype Geschlechterbilder eingelassen sind, die erklären helfen, weswegen es zum geschlechtsspezifischen Aufbau von Migranten-Betreuungsdiensten gekommen ist.

In der Wandererfürsorge erfolgte zudem noch eine Kategorisierung der Wanderer gemäß dem Grundsatz, dass nur jene Menschen ein Anrecht auf Versorgung hätten, die ernsthaft eine Arbeit suchten und eine Gegenleistung erbringen könnten oder zu erbringen bereit seien. In die erste Kategorie fielen Wanderer, die sich auf Arbeitssuche befanden und in den eingerichteten Wanderarbeitsstätten, in denen sie übernachteten und Essen bekamen, auch körperliche Arbeit als Gegenleistung verrichteten – getreu der Devise „Arbeit statt Almosen“. ¹³ Ähnlich wie bei der präventiven Intention der Gefährdetenfürsorge, verfolgte die Wandererfürsorge dabei auch vorbeugende Maßnahmen. Diese bestanden darin, Wanderern, die in Gefahr standen, durch Betteleidelikte zum Vagabunden zu werden, helfend beiseite zu stehen. Der zweiten Kategorie wurden die „schmarotzenden“ Obdachlosen zugeordnet, die kein Anrecht auf Fürsorge hätten. Zu dieser Gruppe zählte man von Anfang an die Landstreicher, die als „arbeitsscheu“ galten und deshalb von mildtätiger Unterstützung ausgeschlossen wurden.

Werden nun Gefährdeten – und Wandererfürsorge gegenübergestellt, so wird deutlich, dass das Konzept der Ehre bei beiden Fürsorgezweigen im Mittelpunkt stand, jedoch mit unterschiedlicher Konnotation behaftet war. Beide Ehrbegriffe orientierten sich am bürgerlichen Kodex: Die Gefährdetenfürsorge bezog sich auf den bürgerlichen Ehrbegriff für bürgerliche Frauen. Dieser hatte im wilhelminischen Kaiserreich eine kompromisslose Verschärfung durch das „Moment ab-

¹² Friedrich von Bodelschwingh, Kraft und Ziel christlicher Wandererfürsorge, in: Heimatfremd. Mitteilungen des evangelischen Bahnhofsdienstes, 68. (Februar 1937), S. 2-15, ADW: CI 122, hier S. 7f. Die beschriebene Begegnung fand Jahre vor Verfassen des Berichtes statt.

¹³ Diese Form der Armenhilfe geht zurück auf das von Pastor Friedrich von Bodelschwingh (1831-1910) entwickelte Programm, bei dem sich Wanderer ihr Essen und die Unterkunft in den Heimen, in denen sie aufgenommen werden wollten, erst „verdienen“ sollten.

soluter sexueller Integrität“¹⁴ erfahren. Das moderne bürgerliche Sittengesetz achtete diejenige Frau als „unbescholten“, die sich dem Mann und seiner angeblichen Triebhaftigkeit in der Ehe rein aus Liebe zur Verfügung stellte. Frauen, die aus ökonomischen oder lustbetonten Gründen sexuelle Kontakte außerhalb der Ehe eingingen, gaben demgegenüber ihre Ehre preis.¹⁵ Im Unterschied zur Gefährdetenfürsorge nahm sich die Wandererfürsorge den bürgerlichen Ehrbegriff für bürgerliche Männer zum Vorbild, der eng mit der Reputation des Mannes verbunden und von verschiedenen Determinanten abhängig war – vor allem vom Beruf und der gesellschaftlichen Stellung. Pastor Bodelschwingh übertrug diese bürgerlichen Werte auf die Wandererfürsorge, als er die Aufgabe formulierte: „Kraft und Ziel [ist], daß wir die Leute nicht nur betreuen und versorgen [...]. Das Wichtigste ist, daß wir ihre Ehre wiederherstellen“,¹⁶ mit anderen Worten, dass die Wanderer [der ersten Kategorie] wieder eine „anständige Arbeit“ fänden und damit soziale Ehre wiedergewinnen. Das gesellschaftliche Gebot der „Ehren-Differenz“¹⁷ bildete demnach ein wichtiges Fundament der Kategorisierung von Männern und Frauen in der Bahnhofsfürsorge. Der unterschiedliche Blick auf die Geschlechter implizierte eine differierende Erwartungshaltung der Akteure im Hinblick auf die gesellschaftlichen Lebenschancen ihrer männlichen und weiblichen „Schützlinge“.

Geschlechterbezogene Hilfe und Kontrolle

Die Klientel, derer sich Bahnhofsmision und Bahnhofsdienst annahmen, waren nicht „Gefährdete“ und „Wanderer“ generell, sondern speziell die Jugendlichen unter ihnen. Hierbei konzentrierten die Fürsorgerinnen¹⁸ sich besonders auf die Altersgruppe der 14 bis 21-Jährigen. Die Informationsblätter der jeweiligen Einrichtung berichteten, dass jährlich ca. 30.000 männliche und 40.000 weibliche Jugendliche nach Berlin einwanderten.¹⁹ Die Zahlen wurden immer wieder als Legitimation dafür herangezogen, dass gerade dieser Gruppe besonderes Interesse gewidmet werden

¹⁴ Frevert, Ehre – männlich/weiblich, S. 54.

¹⁵ Ebd., S. 54 und 56.

¹⁶ Bodelschwingh, Kraft und Ziel, S. 13f.

¹⁷ Diesen Begriff verwendet Ute Frevert in: dies., Ehre – männlich/weiblich, S. 66.

¹⁸ Ich benütze in meinem Artikel den Begriff ‚Fürsorgerin‘ und ‚Fürsorger‘ für alle bei der Bahnhofsmision und beim Bahnhofsdienst Arbeitenden, obwohl viele Helferinnen und Helfer ehrenamtlich tätig waren und keine Fürsorgeausbildung erhalten haben.

¹⁹ Für die Zahlen der männlichen Zuwanderer vgl. Heimatfremd. Mitteilungen des evangelischen Bahnhofsdienstes, 68. (Februar 1937), S. 2. Die Angabe bezieht sich auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und gibt an, wie viele Personen vom Bahnhofsdienst jährlich angeschrieben wurden. Die eigentliche Zahl der Zugewanderten lag vermutlich höher. Für die weiblichen Zuwanderer vgl. Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend (Hg.), Die Bahnhofsmision, Berlin 1901, S. 1-11, ADW: CA, Gf/St 93, hier S. 11.

müßte.²⁰ Der Historiker Klaus Tenfelde weist in einer historisch–demographischen Abhandlung jedoch darauf hin, dass –jedenfalls bis 1914 – in Berlin die Gruppe der Jugendlichen unter 20 Jahren gegenüber den mittleren Jahrgängen der 20- bis 40-Jährigen zurücktrat. Demnach hätten sich die Bahnhofsmissionen und -dienste also vor allem des Personenkreises der über 21-Jährigen annehmen müssen.²¹ Doch das war nicht der Fall, vermutlich weil sie annahmen, dass ihre missionarischen Absichten bei jüngeren Menschen eher Erfolge zeigen würden, was sich jedoch nicht unbedingt bewahrheitete.

Bei ihrer Arbeit orientierten sich sowohl die Bahnhofsmission als auch der Bahnhofsdienst an einer konzeptionellen Dreiteilung, der so genannten „vorausgehenden“, der „mitgehenden“ und der „nachgehenden“ Fürsorge. Auf der ersten Ebene bemühten sich die Fürsorgerinnen und Fürsorger, die jungen Frauen und Männer bereits in ihren ländlichen Wohngegenden durch Vorträge und Zeitungsanzeigen anzusprechen und sie vor der Einwanderung nach Berlin zu warnen.

Wer trotz Warnung nach Berlin reiste, fiel unter die „mitgehende Fürsorge“. Darunter verstand man die konkrete Arbeit am und im Bahnhof. Am Anhalter Bahnhof, auf dem die Fürsorgerinnen und Fürsorger arbeiteten, verfügten Bahnhofsmission und Bahnhofsdienst vermutlich bereits im Kaiserreich über mindestens einen Büroraum.²² Das Dienstzimmer, das auf jeden Besucher einen freundlichen Eindruck machen und mit Blumen, Bildern und christlichen Sinnsprüchen versehen werden sollte, war immer besetzt zu halten, so dass Gäste begrüßt und Anrufe entgegengenommen werden konnten, wobei die Fernsprechanlage ein Nebenschluss der Polizeiwache war. Neben Wasch- und Kochgelegenheiten befanden sich in den Räumlichkeiten auch Ruhebetten oder Feldbettgestelle für Kranke, alte Menschen oder stillende Mütter.

Anfänglich wurden Hilfestellungen nur zu bestimmten Zeiten geleistet, nämlich jeweils fünf bis sechs Tage im Januar, April, Juli und Oktober eines jeden Jahres – immer dann, wenn vor allem Dienstmädchen ihre Arbeitsstellen wechselten. Parallel dazu holten Helferinnen mehrmals die Woche angemeldete junge Frauen vom Bahnhof ab.²³ Der Bahnhofsdienst nahm hingegen seine Tätigkeit am Bahnhof erst

²⁰ Zur Fürsorge für die männliche Jugend in den großen Städten siehe Monatsschrift für Innere Mission, 22. (1902), S. 272, ADW: Z m 92.

²¹ Klaus Tenfelde, Großstadtjugend in Deutschland vor 1914, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jahrgang 69 (1982), H. 2, S. 182-218, hier S. 193.

²² Für die Zeit der Weimarer Republik ist nachgewiesen, dass beide Einrichtungen getrennte Büros hatten, was nur auf wenigen Bahnhöfen der Fall war, vgl. Dienstanweisung für die Berliner Bahnhofsmission und den Berliner Bahnhofsdienst, vermutlich 1933, S. 1-25, ADW: CA, Gf/St 86, hier S. 2.

²³ Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend (Hg.), Die Bahnhofsmission, S. 8. Sowohl Bahnhofsmission als auch Bahnhofsdienst standen spätestens seit 1910 ständig an den Berliner Bahnhöfen bereit, um

1903, sechs Jahre nach seiner Gründung, auf. Zunächst erledigte er seine Dienstleistungen eher sporadisch, nämlich an sehr frequentierten Tagen; erst ab ca. 1910 wurde schließlich ein regelmäßiger Dienst am Bahnhof eingerichtet. Einen wichtigen Beweggrund für die Arbeitsaufnahme direkt an den Bahnsteigen nannte der Bahnhofsdienst anlässlich seines 40-jährigen Bestehens 1937 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Heimatsfremd“ retrospektiv: „Bei den Einladungen machten wir aber immer wieder die Erfahrung, daß unser Besuch zu spät kam und die Zugezogenen sich schon solchen politischen, gewerkschaftlichen oder geselligen Vereinen aller Art angeschlossen hatten, die zu kirchlichen Kreisen eine unfreundliche Einstellung einnahmen. Wir versuchten darum, möglichst frühzeitig an die Zuziehenden heranzukommen und gingen auf die Fernbahnhöfe.“²⁴

In diesem Rückblick werden neben den „mildtätigen“ Bestrebungen des Bahnhofsdienstes auch dezidiert dessen politische Intentionen angesprochen. Ähnliche Aussagen gab es von der Bahnhofsmision über die zu betreuenden Frauen nicht. Das verwundert vor dem Hintergrund, dass Frauen in Preußen ab 1908 politischen Vereinen beitreten konnten und ansonsten in Berufsverbänden, etwa denjenigen der Dienstmädchen, sowie in geselligen Vereinen assoziiert waren. Insgesamt wird deutlich, dass Frauen nicht als politische oder interessen geleitete Subjekte wahrgenommen wurden. Stattdessen waren und blieben sie die „Gefährdeten“. Unter der „nachgehenden Fürsorge“ verstand man Hilfe bei der Arbeitssuche, der Unterbringung und der Freizeitgestaltung. Nicht alle brauchten Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung. Manche Binnen-

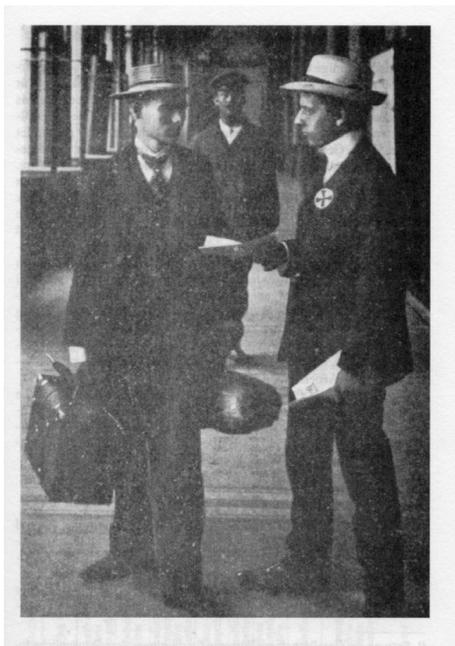


Abb. 2 Helfer verteilt am Bahnhof Handzettel an ankommende Männer.

wandernde hatten bereits an ihrem Heimatort eine Zusage für eine Stelle in Berlin, da sie beispielsweise durch Bekannte oder Freunde zu ihren künftigen Arbeitgebern

den Ankommenden Hilfestellungen zu gewährleisten. Nikles, Soziale Hilfe, S. 61.

²⁴ Heimatsfremd. Mitteilungen des evangelischen Bahnhofsdienstes, 68. (Februar 1937), S. 2.

Kontakt aufnehmen konnten. Andere verließen ihr ländliches Zuhause, um erst vor Ort, in Berlin, nach einem Auskommen zu suchen. Zwei der Berliner Arbeitsnachweise befanden sich für Männer und Frauen in Berlin-Mitte: Vom Anhalter Bahnhof aus lag ein „Vermietungskomptoir“ für Dienstmädchen in der relativ nah gelegenen Jägerstraße 15. Ein (unentgeltlicher) Arbeitsnachweis für Männer befand sich unweit davon in der Wilhelmstraße 34.²⁵

Neben der Arbeitssuche gehörte die Beschaffung von Unterkünften ebenso zu den Aufgaben der ‚nachgehenden Fürsorge‘. So brachten die Bahnhofsmissionarinnen junge Frauen, die in Berlin am Anhalter Bahnhof ankamen und bei der Bahnhofsmission um Übernachtungsmöglichkeiten nachsuchten, häufig persönlich in das nahegelegene Charlottenheim, das in der Lützowstraße 44 lag. Ein weiteres Heim für Frauen befand sich außerdem in der Tieckstraße 17, in der zugleich das Zentralbüro der Bahnhofsmission untergebracht war. Auch in der nächsten Querstraße, der Borsigstraße 5, stand eine Heimstätte. Ein Domizil, in dem männliche Jugendliche kurzfristige, aber auch länger währende Unterkunft finden konnten, stand in der Sophienstraße 19, in unmittelbarer Nähe zu den anderen beiden Herbergen. Hier war auch die Hauptgeschäftsstelle des Evangelischen Bahnhofsdienstes und zugleich die Zentralstelle der „Gesellschaft für die zuziehende männliche Jugend“ lokalisiert.²⁶

Eine dritte Fürsorgeaufgabe bestand in der Freizeitgestaltung der „Schützlinge“. So wurden neben Schlafmöglichkeiten in den Heimen auch Weiterbildungskurse angeboten und die Frauen und Männer zu christlichen Freizeitveranstaltungen eingeladen.²⁷ „Sonntags nachmittags gab es dort ein gemütliches, christliches Beisammensein, im Sinne der nachgehenden Fürsorge.“²⁸ Doch war die Bahnhofsmission in ihren Bemühungen, die jungen Frauen in ihre Freizeitaktivitäten einzubinden, nur eingeschränkt erfolgreich.²⁹ Ähnlich arbeitete auch der Bahnhofsdienst. Dieser schrieb die jungen Männer nach ihrer Ankunft in Berlin an und lud sie zu

²⁵ Adressennachweis für die genannten Stellenvermittlungsbüros vgl. Fürsorge für die weibliche Jugend, 7. (Juli 1900), S. 105-107, ADW: XII 50, hier S. 106; Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend, sechster Jahresbericht, (Dezember 1903), S. 3-26, ADW: ZR 33-6-20, hier S. 26.

²⁶ Die Angaben zu den Adressen der Zentralbüros von Bahnhofsmission und -dienst vgl. Theodora Reineck, Die Evangelische Deutsche Bahnhofsmission, Berlin o. J., S. 14 und 16, ADW: CI 2502. Die genannten Heime wurden von den Trägervereinen der Berliner Bahnhofsmissionen und Bahnhofsdienst eröffnet. Beide Einrichtungen eröffneten auch selbst Heimstätten, allerdings zu einem späteren Zeitpunkt.

²⁷ Nikles, Soziale Hilfe, S. 38.

²⁸ Cornelia Carstens/Petra Heidebrecht, Der leichtsinnige Zuzug in die Großstadt. Dienstmädchen und Bahnhofsmission um 1900, in: Die Reise nach Berlin, hrsg. von Berliner Festspiele GmbH, Berlin 1987, S. 229-236, hier S. 236.

²⁹ Vgl. Nikles, Soziale Hilfe, S. 59.

christlichen Freizeitaktivitäten ein. Um die Adressen der ankommenden Jugendlichen zu erhalten, arbeiteten die Helferinnen und Helfer mit den polizeilichen Meldebehörden zusammen. Sie schrieben die in Frage kommenden Personen an und besuchten die Männer zu Hause und die Frauen an ihrem Arbeitsplatz, in dem jeweiligen Haushalt, in dem sie als Dienstmädchen arbeiteten.

Der Bahnhof als Gefahren- und Dunkelzone

Zu den Aufgaben der Helferinnen und Helfer gehörte es nicht nur, die Reisenden zu betreuen, sondern auch auf dem ganzen Bahnhof und in den Wartesälen nach „dem Rechten“ zu sehen und auf „dubiose Machenschaften“ zu achten. Die Helferinnen sollten selbst die Ordnung durch ihre gut erkennbare Armbinde symbolisieren, da man sich davon eine abschreckende Wirkung auf Kriminelle erhoffte. Überdies sollten sie von den Reisenden als christliche Lichtgestalten wahrgenommen werden, denn diese empfanden oft die Atmosphäre am Bahnhof als beklemmend. Anscheinend waren die Berliner Bahnhöfe unzureichend beleuchtet, wie aus Beschwerdebriefen an die Bahndirektion entnommen werden kann.³⁰ Befürchtet wurde, dass „unter dem Schutze der Dunkelheit“ Betrügereien Vorschub geleistet werden würde,³¹ und dass sich in den weitläufigen Hallen unterirdischer Gänge des Anhalter Bahnhofs, die von der Polizei weniger gut zu kontrollieren waren, illegaler Warenschmuggel breit machte. Nicht nur stellte der Bahnhof eine potentielle Gefahrenzone dar, sondern auch die Bahnhofsumgebung, weshalb die Fürsorgerinnen und Fürsorger ihre Kontrollgänge auf diese Bereiche ausdehnten. Wenn die reisenden Menschen den Bahnhof verließen, war ihr erster Eindruck von Berlin mit dem Hinuntersteigen vom Bahnhof in die Stadt verbunden, was auch symbolisch als ein Hinuntersteigen in den „Moloch“ gedeutet wurde.³² In vielen Schriften, die im Kontext der Bahnhofmission und des Bahnhofsdienstes sowie anderer Reformkreise entstanden, wurde deshalb immer wieder auf die Bedrohung hingewiesen, die vom öffentlichen Raum der „Großstadt“, insbesondere der Bahnhöfe, speziell für junge Frauen und Männer ausging. Bei den Frauen sah man vor allem die Gefahr, dass diese in die Hände von Schleppern geraten könnten. So berichtete der unermüdliche Kommentator Berliner Lebens, Hans Ostwald, in seinem

³⁰ Brief des Gemeindegerechten aus Berlin-Niederschöneweide an die Königliche Eisenbahndirektion, 14.4.1914, LAB: A Rep. 080, Nr. 14848, Bd. 3.

³¹ Brief der Molkerei-Genossenschaft Schwiebus an die Königliche Eisenbahndirektion, 18.11.1909, LAB, A Rep. 080, Nr. 14848, Bd. 2.

³² Ulrich Giersch, Aufbrüche und Brücken nach Berlin, in: Die Reise nach Berlin, hrsg. von Berliner Festspiele GmbH, Berlin 1987, S. 261-271, hier S. 263. Diese erste Erfahrung des Hinabsteigens in die Großstadt wurde dadurch verursacht, dass die Kopfbahnhöfe auf erhöhtem Niveau lagen.

1907 erschienenen Buch „Ausbeuter der Dirnen“ unter der Überschrift „Ein Opfer der Großstadt“ den Fall des 18-jährigen Dienstmädchens Elsbeth Rothe. Der Autor nahm an, dass das Dienstmädchen von einem Mädchenhändler entführt worden sei, nachdem es am Anhalter Bahnhof von ihrer zukünftigen Chefin abgeholt werden sollte, dann aber dabei gesehen wurde, wie es den Bahnhof in Begleitung eines Mannes verlassen hatte. In den darauffolgenden Tagen sei die Frau noch zweimal in männlicher Begleitung im Wedding und am Schönhauser Tor erblickt worden. Diese vagen Angaben genügten offensichtlich dem Autor, um anzunehmen, dass sie in „ruchlose Hände“ gefallen sei.³³ Beispiele wie diese galten den Zeitgenossen als Beweis für die Gefahrenzone „öffentlicher Raum“, die für Frauen stets ein Prostitutionsrisiko bedeuten würde. Obwohl Frauen de facto sukzessive ihre Handlungsräume erweiterten, sich in der Stadt bewegten, Stadträume besetzten und damit sichtbarer wurden, wird an dieser Entführungsgeschichte deutlich, wie stark die öffentliche Wahrnehmung von Frauen auf Sexualität und Prostitution fixiert blieb.³⁴

So nimmt es nicht wunder, wenn in der Kaiserzeit häufig selbst „anständige bürgerliche Frauen“, die ohne männliche Begleitung unterwegs waren, auf Großstadtstraßen von der Sittenpolizei festgenommen wurden.³⁵ Dass Bahnhofsmissionarinnen von solchen Fehleinschätzungen und polizeilichen Übergriffen verschont blieben, mag vor allem an der Armbinde gelegen haben. Vielleicht aber erkannten Polizisten auch an ihrem Auftreten, dass diese Frauen das zeitgenössische weibliche Gegenstück zur Prostitution verkörperten: die soziale Mütterlichkeit – und in diesem Falle sogar die christlich durchdrungene soziale Mütterlichkeit. Dazu passt, dass den Bahnhofsmissionarinnen angeraten wurde, nicht zu warten, „bis jemand zu ihnen kommt und um Rat fragt“; vielmehr sollten sie selbst „auf dem Bahnhof als lebendige Zeugen christlicher Hilfsbereitschaft umhergehen.“³⁶

Während davon ausgegangen wurde, dass der Bahnhof für Frauen eine sittliche Gefahr darstellte, fürchtete man für Männer, dass diese in kriminelle und gesetzwidrige Geschäfte verwickelt werden würden. So berichtete der Bahnhofsdienst von zwei Männern, die der Polizei übergeben werden konnten, weil ein aufmerksamer Fürsorger diese vorher kontrolliert hatte: „Beamte des Potsdamer Bahnhofs schickten 2 junge Leute zu unserem Fürsorger nach dem Anhalter Bahnhof, damit er sich um sie kümmerte und die Burschen ‚nicht der Verwahrlosung anheim fallen soll-

³³ Vgl. Hans Ostwald, Das Berliner Dirnentum: Ausbeuter der Dirnen, Bd. 10, Leipzig 1907, S. 99.

³⁴ Urte Helduser, Das Geschlecht der Großstadt oder weiblicher Raumgewinn 1900 bis 1930, in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung 36 (November 1999), S. 4-11, hier S. 6.

³⁵ Das Prostitutionswesen 1807-1919, Blatt 6-7, 13ff., LAB: A Rep. 00-02-01, Nr. 2392.

³⁶ Dienstanweisung für die Berliner Bahnhofsmision und den Berliner Bahnhofsdienst, vermutlich 1933, S. 1-25, hier S. 19.

ten‘.[...] Wir waren nicht wenig erstaunt, als bei dem einen ein Dolch, bei dem anderen ein geladener Revolver und bei beiden schwarze Masken gefunden wurden. Die Burschen wurden daraufhin verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt.“³⁷ Für die jungen Männer wurden die großstädtischen Risiken mannigfaltiger als für Frauen benannt, wobei die „sittliche Verwahrlosung“ durchaus eine mögliche, aber nicht die ausschließliche „Gefahr“ darstellte. Wenn durch evangelische Organe vor ausschweifendem Lebenswandel als sittlichem Risiko gewarnt wurde, so rekurrierte man besonders auf Amüsierlokale und dem dort ausgeschenkten Alkohol.³⁸ Man befürchtete, dass diese „Versuchungen“ zu einem „sittlichen Abgleiten“ führen könnten, weil die Männer unter Alkoholeinfluss auch käuflicher Liebe offener gegenüber stünden. Obwohl also auch junge Männer ermahnt wurden, das Keuschheitsgebot einzuhalten, ging nach allgemeiner Auffassung die eigentliche Gefahr von den Frauen und hier speziell den Prostituierten aus, weil sie es seien, die die Männer in eben den genannten zwielichtigen Lokalen verführten und „verderbten“.³⁹ Im Unterschied zu Frauen führte die Verletzung der Tugendhaftigkeit bei Männern jedoch nicht zur Entehrung und damit faktisch zum Ausschluss aus der Gesellschaft, wie überhaupt bestritten wurde, dass es eine „männliche Sexuallehre“ gebe.⁴⁰

In der Kombination von Helfen und Kontrollieren, von Beschützen und Überwachen lag die Ambivalenz der von der Bahnmissionsmission und dem Bahnhofsdienst ausgeführten Tätigkeiten. Zum einen konnten die Dienstleistungen wertvolle Unterstützung bedeuten, weil die Einrichtungen eine erste Anlaufstelle darstellten und es den Reisenden ermöglicht wurde, sich leichter in einer für sie neuen Umgebung zu orientieren. Die Helferinnen und Helfer konnten die Ankommenden auch „beschützen“, wenn beispielsweise gewerbliche Stellenvermittler diese bereits auf den Bahnsteigen „bedrängten“. Zum anderen kam es zu einer kontinuierlichen Kontrolle und Aufsicht der zu betreuenden Personen, die bis zu einer Freiheits einschränkung reichen konnte. Christliche Nächstenliebe und christlicher Missionseifer waren engstens miteinander verwoben. Auf Seiten des Bahnhofsdienstes bedeutete die vorgenommene Kategorisierung der Hilfesuchenden in arbeitswillige Integrierbare und arbeitsscheue Nicht-Integrierbare die pauschale Diskriminierung der Landstreicher und deren Ausschluss von Hilfsmaßnahmen. Die Ambivalenz der Tätigkeit der Bahnmissionsmissionarinnen wiederum bestand dar-

³⁷ Zit. in: Nikles, Soziale Hilfe, S. 184.

³⁸ Monatsschrift für Innere Mission 22. (1902), S. 272.

³⁹ Isabell Lisberg-Haag, „Im Ringen um Reinheit und Reife“. Die evangelische Sittlichkeitsbewegung und die Innere Mission im Kampf gegen die Unsittlichkeit (1880-1918), in: Jochen-Christoph Kaiser/Martin Greschat (Hg.), Sozialer Protestantismus und Sozialstaat: Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938, Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 191- 198, hier S. 196f.

⁴⁰ Frevert, Ehre – männlich/weiblich, S. 61.

in, dass sich ihre Wahrnehmung von Frauen einseitig und reduktiv auf deren Sexualität richtete und sie sich primär als Sittenwärtinnen gerierten, die mit der Polizei eng zusammenarbeiteten.

Bahnhofsmission im Zeichen des Patriotismus

Der Erste Weltkrieg führte zur temporären Auflösung des Bahnhofsdienstes. Da die männlichen Fürsorger an die Front eingezogen wurden, verrichteten die Bahnhofsmissionarinnen die Arbeit am Bahnhof von nun an allein. Neue Aufgaben kamen auf sie zu: Sie verpflegten im Rahmen des Kriegshilfsdienstes reisende Truppen, leisteten Verwundetentransporten Beistand und unterstützten Angehörige von Verletzten. Darüber hinaus kümmerten sie sich um alleinreisende Kinder und Flüchtlinge aus Belgien und Ostpreußen⁴¹ und standen generell allen hilfessuchenden Reisenden zur Seite. Das war gerade in den ersten Tagen nach der Mobilmachung notwendig: „Auf den Plätzen vor den Bahnhöfen, bis in die angrenzenden Straßen hinein türmten sich haushohe Berge von Reisegepäck auf, um das abgespannte Reisende nächtlich umherirrten in der Hoffnung, ihr Stücklein herauszufinden.“⁴² Der Bahnhof wurde ab jetzt Tag und Nacht besetzt gehalten. Die acht bzw. neun Fürsorgerinnen, die auf und um dem Anhalter Bahnhof arbeiteten, waren mit dem erweiterten Aufgabenbereich nahezu überfordert, da nun auch vermehrt stellenlose junge Frauen vermittelt werden sollten, die sich vermutlich für Arbeitsplätze bewarben, welche vor dem Krieg Männer inne gehabt hatten. Solche Vermittlungstätigkeit wurde jedoch nach einiger Zeit aufgegeben, weil kriegswichtige Aufgaben Vorrang hatten. Ihren patriotischen Einsatz stellten die Helferinnen auch in der Weihnachtszeit, in der sie Geschenkpakete schnürten, unter Beweis, denn „kein Soldat sollte am Weihnachtsabend unbeschenkt durchreisen.“⁴³ Jeder Zug wurde mit stimmungsvollen Liedern zum Christfest begrüßt. Die Leiterin der Berliner Bahnhofsmission, Else Brüggemann, berichtete über das Jahresende 1914: „Am Sylvesterabend traf auf dem Anhalterbahnhof fast ein Regiment ein. Der ganze Bahnhof schwirrte von dem Geplauder der Soldaten, denn es hatte ganz unerwartet Urlaub gegeben, und die Freude der Angehörigen war groß; sie wußten oft nicht Bescheid und unsere Schriften waren ihnen sehr willkommen.“⁴⁴ Die Publikationen, die hier erwähnt wurden, waren Druckerzeugnisse der so genannten Schriftenmission mit religiöser Literatur, die von den Bahnhofsmissionarinnen während des Ersten Weltkrieges in größerem

⁴¹ Rundschreiben der Deutschen Bahnhofsmission, 15. (November 1914), S. 4, ADW: Z R 33.

⁴² Fürsorge für die weibliche Jugend, 23. (September 1914), S. 333-335, ADW: XII 50, hier S. 334.

⁴³ Rundschreiben der Deutschen Bahnhofsmission, 16. (Mai 1915), S. 13, ADW: Z R 33.

⁴⁴ Ebd. S. 11.

Umfang verteilt wurden. Aus patriotischem Empfinden und dem Gefühl, an einer bedeutenden Sache Anteil zu haben, scheuten die Bahnhofsmisionarinnen keine Mühen. Die Zeit blieb ihnen als eine „unvergessliche“ und „unvergleichliche“ in Erinnerung.⁴⁵



Abb. 3 Bahnhofsmisionarinnen beim Kriegsdienst, vermutlich Anhalter Bahnhof, 1914/15.

Fazit

Evangelische Bahnhofsmision und evangelischer Bahnhofsdienst, die in Berlin nahezu zeitgleich gegründet worden waren, erfüllten Aufgaben, die sich nicht allein auf den Bahnhof beschränkten, sondern sie betrachteten ihre Arbeit als umfassendes Engagement in einem Verbund von Vereinen, Heimen und anderen Institutionen. Ihre Tätigkeit interpretierten sie als eine auf die Großstadt bezogene christliche Mission. Konkret bedeutet dies, dass ihre Serviceleistungen für „Berlin-Neulinge“ mit Kontrolle und Überwachung einhergingen, die oftmals die Grenze der Persönlichkeitswahrung überschritten haben mochten. Im Zentrum der Missionstätigkeit standen Frauen, vor allem junge Frauen. Dies erklärt, weswegen sich seit den 1890er Jahren rasch ein deutschlandweites Netz von Bahnhofsmisionen etablierte, während der auf die Hilfe für Männer ausgerichtete Bahnhofsdienst

⁴⁵ Fürsorge für die weibliche Jugend, 23. (September 1914), S. 333-335, ADW: XII 50, hier S. 335.

dienst bis in die 1920er Jahre allein auf Berlin beschränkt blieb. Das ausschlaggebende Motiv, wandernden und Arbeit suchenden Frauen zu helfen, lag – im Unterschied zu den Hilfsangeboten für Männer – primär darin, deren pozentuelle sittliche Bedrohung für und durch den öffentlichen Raum auszuschalten. In neueren Forschungen wird deshalb zu Recht die Frage gestellt, wieso Frauen in deutschen Quellen des 19. Jahrhunderts als Vaganten immer seltener auftauchen, obwohl viele von ihnen, wie aus anderen Quellen bekannt, durchaus von Obdachlosigkeit und Vagabondage bedroht waren.⁴⁶ Eine Erklärung für dieses Phänomen könnte, wie am Beispiel der Bahnhofsmision und des Bahnhofsdienste gezeigt wurde, im wilhelminischen Modell liegen, welches in der Fürsorge eine innere und äußere Trennlinie zwischen Männern und Frauen zog – gemäß dem unterschiedlichen Verständnis über weibliche und männliche Integrität und Ehre.

Bildnachweis

Abb. 1: Postkarte im Besitz der Autorin.

Abb. 2: Neunter Jahresbericht vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 der Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende Jugend, Berlin 1906, Archiv Diakonisches Werk im Rheinland, Düsseldorf (ADWR).

Abb. 3: Rundschreiben der Deutschen Bahnhofsmision, 16. (Mai 1915), S. 11, Archiv Diakonisches Werk der EKD, Berlin (ADW).

Astrid Kirchhof, M.A., Arbeitsstelle für Europäische Stadtgeschichte, TU Berlin, Promotionsprojekt über die evangelische Bahnhofsmision in Berlin 1894-1939, email: amk@forschungsforum.net

⁴⁶ Vgl. Call for Paper für die Sektion „Bettler in modernen Städten“ auf der siebten ‚International Conference on Urban History‘, die 2004 in Athen stattfinden wird. Siehe <http://www.le.ac.uk/urbanhist/urbanconf/athens.html>.

Stadtraum und Geschlecht in der deutschsprachigen Urbanisierungsforschung

In der deutschsprachigen Stadt- und Urbanisierungsgeschichte gibt es bislang nur wenige Beiträge zum Themenfeld Stadt und Geschlechterdifferenz. Im Jahr 2000 erschien der von Monika Imboden, Franziska Meister und Daniel Kurz herausgegebene Sammelband „Stadt Geschlecht Raum“;¹ mit Susanne Franks Arbeit „Stadtplanung im Geschlechterkampf“;² liegt nun die erste und bislang einzige Monografie mit historischem Schwerpunkt vor. Dass die Berücksichtigung dieser Fragestellung ansonsten alles andere als selbstverständlich ist, zeigt sich insbesondere an ihrer Vernachlässigung in Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich „Geschlecht“ im Titel führen.³ Eine Reihe von Stadthistorikerinnen und -historikern behandelt

¹ Monika Imboden/Franziska Meister/Daniel Kurz (Hg.), *Stadt Geschlecht Raum. Beiträge zur Erforschung urbaner Lebenswelten im 19. und 20. Jahrhundert*, Zürich 2000; alsbald auch: Sandra Schürmann, „Dornröschen“ und „König Bergbau“. Bürgerliche Repräsentationen und kulturelle Urbanisierung am Beispiel der Stadt Recklinghausen zwischen 1930 und 1960 (unveröff. Diss., Universität Münster 2003).

² Susanne Frank, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Opladen 2003.

³ Grundlagen, wertvolle Daten und Hintergründe zu den im weiteren angesprochenen Aspekten bieten unter anderen Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*. Frankfurt a.M. 1985; Clemens Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung*, Frankfurt a.M. 2. Aufl. 2000; Dieter Schott, *Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt, Darmstadt/Mannheim/Mainz, 1880-1918*, Darmstadt 1999. Zum Thema Suburbanisierung: Tilman Harlander (Hg. gemeinsam mit Harald Bodenschatz/Gerhard Fehl/Johann Jessen/Gerd Kuhn/Clemens Zimmermann), *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Ludwigsburg 2001; vgl. auch das von Gerd Kuhn herausgegebene Themenheft *IMS 2/2002 zur Geschichte von Wohnen und Familienleben*; Hans J. Teuteberg/Clemens Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland, 1850-1914. Bilder, Daten, Dokumente*, Münster 1985; zu Stadtwahrnehmung und -aneignung: Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke (Hg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel/Boston/Berlin 1999; Silke Satjukow, *Bahnhofsstraßen. Geschichte und Bedeutung*, Köln/Weimar/Wien 2002; als Beispiele für Einzelstadtuntersuchungen: Heinz Reif, *Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846-1929*, Köln 1993; Clemens Wischermann, *Wohnen in Hamburg vor dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1983; Gerhard Melinz/Susan

jedoch Aspekte des Themas in Untersuchungen zur Gestaltung, Nutzung und kulturellen Kodierung von Wohnung, Straße und städtischer Öffentlichkeit. Die Nachbardisziplinen der Geschichtswissenschaft haben sich seit den 1990er Jahren ausführlich dem Thema Stadt und Geschlecht gewidmet. Hier sind besonders die stadtsoziologischen Arbeiten von Kerstin Dörhöfer, Ulla Terlinden und Marianne Rodenstein zu nennen,⁴ sowie Renate Ruhnes „Stadt Macht Geschlecht“.⁵ Wichtige theoretische Impulse kommen weiterhin aus der britischen Geografie: durch den 1994 erschienenen Band „Space, Place and Gender“ von Doreen Massey⁶ und die Arbeiten Linda McDowells und Joanne Sharps.⁷

Ausgangspunkt vieler Forschungen ist die unterschiedliche Teilhabe von Frauen und Männern am städtischen Raum. Den Hintergrund bildet die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein sinnstiftende Deutung der Gesellschaft als in eine weiblich/private und männlich/öffentliche Sphäre unterteilt – ein Bild, dem die Realität nicht entsprach, das aber die Interpretation der Präsenz von Frauen und Männern in städtischen Raum beeinflusste.⁸ In dem von Imboden und anderen herausgegebenen Sammelband wird anhand von Warenhaus, Familienstube und Badeanstalt die Frage nach den Chancen der Aufweichung traditioneller Geschlechterbilder in halböffentlichen Räumen gestellt;⁹ Bedürfnisanstalten als Treffpunkte

Zimmermann (Hg.), Wien – Prag – Budapest: Blütezeit der Habsburger Metropolen. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867-1918), Wien 1996.

⁴ Kerstin Dörhöfer (Hg.), Stadt – Land – Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze, Freiburg 1990; dies./Ulla Terlinden (Hg.), Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen, Köln 1987; dies., Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Basel/Boston/Berlin 1998; Ulla Terlinden, City and Gender. International Discourse on Gender, Urbanism and Architecture, Opladen 2003; Marianne Rodenstein, Wege zur nicht-sexistischen Stadt: Architektinnen und Planerinnen in den USA, Freiburg, 1994; dies. (Hg.), Stadt und Raum. Soziologische Analyse (mit Hartmut Häußermann/Detlev Ipsen/Thomas Krämer-Badoni/Dieter Läßle/Walter Siebel), Pfaffenweiler 1991.

⁵ Renate Ruhne, Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum, Opladen 2003.

⁶ Doreen Massey, Space, Place and Gender, London 1994.

⁷ Linda McDowell/Joanne P. Sharp (Hg.), Space, Gender, Knowledge: Feminist Readings, Oxford 1997; dies. (Hg.), Geography and Gender: A Glossary. Oxford 1999; Linda McDowell, Gender, Identity and Place: Understanding Feminist Geographies, Cambridge 1998.

⁸ Besonders erwerbstätige Frauen aus der Unterschicht übten verschiedene Funktionen in der Öffentlichkeit aus, vgl. Thomas Lindenberger, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995, S. 68ff.

⁹ Michael Frei, Verführerisches Konsumparadies für Frauen und Männer. Eine Untersuchung zur Anziehungskraft des Warenhauses „Jelmoli“ um 1900, in: Imboden u.a., Stadt, S. 119-132; Monika Rühl, Öffentliche Familienstuben mit servierenden Töchtern. Die Räume des Züricher Frauenvereins für alkoholfreie Wirtschaften. 1894-1920, in: ebd., S. 133-150; Claudia Hunzinger Keller, Badeanstalten in der Stadt Zürich. Geschlechterspezifische Raum- und Nutzungskonzepte. in: ebd., S. 151-170.

homosexueller Männer, das Kino als „weiblicher“ Ort und die Präsenz von Prostituierten und Freiern dienen als Beispiele geschlechtsspezifischer Rauman eignung.¹⁰ Thomas Lindenberger beschreibt in seiner Untersuchung öffentlicher Unruhen im Berlin des frühen 20. Jahrhunderts den „patriarchalen Vorrang der Straßenöffentlichkeit“: Männer konnten sich zu allen Tageszeiten auf der Straße bewegen; unbegleitete Frauen hingegen waren insbesondere zu „Unzeiten“ oder an „falschen Orten“ sexuellen Belästigungen bzw. der Diffamierung als Prostituierte ausgesetzt.¹¹ Insofern seien Frauen, wie die Soziologin Barbara Zibell feststellt, keine Flaneure und dürften es auch nicht sein, wollten sie sich nicht „gewissen körperlichen Risiken aussetzen“.¹² Auch Thomas Balistier geht bei seiner Analyse von SA-Aufmärschen auf die Inszenierung und Reproduktion von Geschlechterbildern im öffentlichen Raum ein: Die Straße „gehörte“ den marschierenden Vertretern nationalsozialistischer Männlichkeit, während den dazugehörigen Frauen die Aufgabe zufiel, auf den Bürgersteigen zu jubeln.¹³ In beiden Arbeiten werden Sanktionierungen und Einschränkungen weiblicher Teilhabe sowie eine männliche Dominanz deutlich – geschlechtsspezifische Umgangsweisen, die in der Sozialisation erworben wurden.¹⁴ Doch gab es auch Gelegenheiten und Stadträume, in denen Frauen von sich Reden machten bzw. dominierten. Belinda Davis' Studie „Home Fires Burning“ über Lebensmittelproteste von Berliner Frauen im Ersten Weltkrieg¹⁵ belegt den

¹⁰ Ursina Jakob, Palladio zu Hause. Vom Innenraum des Innenraums, genutzt und gestaltet von Frauen, in: ebd., S. 171-186; Christoph Schlatter, „Männer mit fehlgeleiteten Trieben“. Bedürfnisanstalten als Treffpunkte homosexueller Männer am Beispiel der Stadt Schaffhausen in der Nachkriegszeit, in: ebd., S. 187-200; Eliane Andres, Auch in Zürich sind die Kinosäle dunkel. Weibliche Aneignung eines ambivalenten Raums, in: ebd., S. 201-216; René Brunschweiler, Aneignung von Raum mit und ohne physische Präsenz. Prostituierte und Freier im Züricher Niederdorf, 1870-1920, in: ebd., S. 217-230.

¹¹ Lindenberger, Straßenpolitik, S. 68ff. Auch Susanne Frank stellt fest, dass Frauen ihre Anwesenheit und ihr Verhalten im öffentlichen Raum im 19. und frühen 20. Jahrhundert verschärfter Beobachtung, Kritik und sogar Kriminalisierung ausgesetzt sahen, Frank, Stadtplanung, S. 120/21.

¹² Barbara Zibell, Raum und Zeit als Determinanten geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. In: Imboden u.a., S. 29-46, hier S. 36.

¹³ Thomas Balistier, Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989, S. 176. Balistier geht im Weiteren auch auf die Bedeutung dieser Inszenierungen für die Abgrenzung von (realen oder von der NS-Propaganda konstruierten) kommunistischen Männlichkeiten und Weiblichkeiten ein.

¹⁴ Zur Aneignung des öffentlichen Raums durch Mädchen und Jungen in Arbeitervierteln vgl. Adelheid von Saldern, Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1997, S. 91-93; Imbke Behnken (Hg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation. Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Opladen 1990. Hierzu aus soziologischer Perspektive: Ursula Nissen, Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisationstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Rauman eignung, Weinheim/München 1998.

¹⁵ Belinda Davis, Home Fires Burning: Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill 2000. Siehe auch Davies' Beitrag in diesem Heft.

erheblichen Einfluss von Frauen auf die öffentliche Meinungsbildung über die Versorgungslage und „männliche“ Politik; Adelheid von Saldern beschreibt in „Häuserleben“, wie sich Frauen Arbeiterwohnquartiere als „ihre“ Areale aneigneten und dort präsent waren, kulturelle Dominanz ausübten und Informations- und Kommunikationsnetze aufbauten.¹⁶

Eine Reihe von Arbeiten untersucht die Gestaltung der „privaten“ Sphäre und deren Bedeutung für die Geschlechterdifferenz. Den Hintergrund bildet der bürgerliche Entwurf der Wohnung als Gegenmodell zur (männlich konnotierten) Außen- und Arbeitswelt: Planungen waren am Ideal der Kleinfamilie im suburbanen Eigenheim ausgerichtet, verbunden mit Vorstellungen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Lebensentwürfen der „Hausfrau und Mutter“ bzw. des „Familienernähers“. Neuere Forschungen haben gezeigt, wie im Wohnungsbau der zwanziger Jahre die Hausfrauenarbeit zum Gegenstand von Hygienepolitik und Sauberkeitsideologie sowie den damit verbundenen Disziplinierungsversuchen wurde und wie geschlechtsspezifische Rollenbilder mit der propagierten Modernisierung der häuslichen Lebenswelt und Hausarbeit verschmolzen.¹⁷ Auch im vierten und fünften Band der „Geschichte des Wohnens“ werden bauliche Standards und Wohnverhältnisse sowie die zunehmende Rationalisierung und Technisierung von Hausarbeit und Wohnen auf ihre Folgen für die Geschlechterbeziehungen befragt.¹⁸ Dabei wird auch festgestellt, dass der Wandel der Geschlechterbeziehungen seit dem Ende der 1960er Jahre ein entscheidender Motor für Veränderungen von Wohnverhalten und Wohnstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland war.¹⁹

Zahlreiche Veröffentlichungen von Soziologinnen, Architektinnen, Stadt- und Raumplanerinnen rechnen mit einer auf „männliche“ Lebenswelten ausgerichteten

¹⁶ Von Saldern, *Häuserleben*, S. 87ff.; Elizabeth Roberts, *A Woman's Place. An Oral History of Working-Class Women 1890-1914*, Oxford 1984; Ellen Ross, *Survival Networks: Women's Neighborhood Sharing in London Before World War I*, in: *History Workshop*, 8. (1983), Nr. 15, S. 4ff.

¹⁷ Adelheid von Saldern, „Wie säubere ich einen Linoleumboden?“ Ein Beitrag zur Alltags- und Gesellschaftsgeschichte der Zwanziger Jahre, in: *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte*, Münster 1994, S. 235-253. Zum Vergleich der deutschen und US-amerikanischen Entwicklung vgl. dies., *Social Rationalization of Living and Housework in Germany and the United States in the 1920s*, in: *The History of the Family*, 2. (1997), Nr. 1, S. 73-97.

¹⁸ Vgl. Margret Tränkle, *Neue Wohnhorizonte. Wohnalltag und Haushalt seit 1945 in der Bundesrepublik*, in: Ingeborg Flaggé (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 5: 1945 bis heute: Aufbau, Neubau, Umbau, Stuttgart 1999, S. 687-805; Kristina Hartmann, *Alltagskultur, Alltagsleben, Wohnkultur*, in: Gert Kähler (Hg.), *Geschichte des Wohnens*, Bd. 4: 1918-1945, Reaktion, Reform, Zerstörung 1918-1945, Stuttgart 1996, S. 183-303, insb. S. 207-219.

¹⁹ Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 399ff.; ebenso Hartmut Häußermann/Walter Siebel: *Soziologie des Wohnens. Ein Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*, Weinheim/München 1996, S. 312ff.

Stadtplanung ab und fordern die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen. In „Die zweite Hälfte der Stadt“ konstatiert Renate Borst, für die Funktionalisierung des Raums im Städtebau der Nachkriegszeit sei eine „geschlechtsspezifische Segregation“ der Stadt konstitutiv, geschaffen durch Suburbanisierung und die Auseinanderentwicklung von Wohnen und Arbeiten.²⁰ In dem Band „Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen“ gehen die Soziologinnen Kerstin Dörhöfer und Ulla Terlinden auf die geschlechtsspezifischen Implikationen von Verkehr und Mobilität ein.²¹ Auch „Angsträume“ als Orte (realer oder befürchteter) männlicher Gewalt gegen Frauen werden in diesem Zusammenhang thematisiert; als Folge wurden in vielen deutschen Städten entsprechende Projekte und Planungen umgesetzt. Dass die Ergebnisse zumindest zweischneidig sind, sprechen Dörhöfer und Terlinden an: „Es sind genau nicht die Frauenparkplätze ... die ein emanzipatorisches Konzept ausmachen“ – reproduzieren sie doch Bilder passiver, schutzbedürftiger Frauen und aggressiver Männer. Auch Renate Ruhne betont: Um zu verhindern, dass aus real empfundenen Unsicherheiten Festschreibungen von Geschlechtercharakteren zementiert würden bzw. neue entstünden, müsse verstärkt „die soziale Konstruiertheit sowohl von (Un)Sicherheiten als auch von Raum- und Geschlechterordnungen“ in den Blick genommen werden.²² In die gleiche Richtung argumentiert Michael Zinganel, der die Verfestigung von Unsicherheits- und die Durchsetzung von Sicherheitsdiskursen mittels „frauengerechter“ Stadtplanung kritisiert.²³ Emanzipativ im Sinne dieser Überlegungen sind laut Ruhne vielmehr die wiederholte Infragestellung scheinbar „selbstverständlichen“ Wissens (d.h. die Veröffentlichung von Daten über – in aller Regel nicht erhöhte – tatsächliche Gefahrenpotenziale), zum anderen gezielte Auseinandersetzungen mit öffentlichen Räumen, die zu einer Veränderung von Handlungsmustern und Erfahrungen beitragen.²⁴

²⁰ Renate Borst, Die zweite Hälfte der Stadt. Suburbanisierung, Gentrifizierung und frauenspezifische Lebenswelten, in: dies. u.a. (Hg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel u.a. 1990, S. 235-268, hier S. 255. Zum Nachkriegswohnungsbau vgl. auch Kerstin Dörhöfer, Reproduktionsbereich Wohnen. Geschlechterdifferente Ansprüche und bauliche Standards, in: Adelheid von Saldern (Hg.), Bauen und Wohnen in Niedersachsen während der fünfziger Jahre, Hannover 1999, S. 181-198; Annette Harth/Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hg.), Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen 2000.

²¹ Kerstin Dörhöfer/Ulla Terlinden, Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Basel/Boston/Berlin, 1998, hier S. 173-175.

²² Ruhne, Raum, S. 203.

²³ Michael Zinganel, Real Crime: Architektur, Stadt und Verbrechen. Zur Produktivkraft des realen und imaginierten Verbrechens für die Entwicklung von Gebäudetechnik, Architektur und Stadtplanung, in: ÖZG, 12 (2001) H. 3, S. 7-30.

²⁴ Ruhne, Raum, S. 202. Als Beispiel nennt Ruhne die Aktion des Münchener Arbeitskreises „Frauen unter-

In „Stadtplanung im Geschlechterkampf“ untersucht Susanne Frank „die wechselseitige Beziehung von stadt- und geschlechterbezogenen Imaginationen und ‚realer‘ Stadterfahrung“. ²⁵ Dabei bezieht sie sich auf die Arbeiten der Literaturwissenschaftlerin Sigrid Weigel: ²⁶ Weigel arbeitet die Analogisierungen von Stadt und Frau heraus; weibliche Sexualisierungen von Stadtdarstellungen und Stadtrepräsentationen seien zuhauf zu finden. Während auf der rhetorischen, bildlichen und symbolischen Ebene häufig auf ein weibliches Subjekt verwiesen wird, bleiben Frauen in der realen Stadt wie in der Stadtplanung verdrängt, unsichtbar oder am Rande. ²⁷ Gleichwohl habe, wie Frank in ihrer detailreichen Untersuchung am Beispiel französischer, britischer, deutscher und US-amerikanischer Großstädte betont, die Urbanisierung in eine „urbane Krise von Männlichkeit“ gemündet, insofern die im bürgerlichen Denken als „männlich“ kodierten Tugenden und Verhaltensmuster brüchig und fraglich geworden seien und, wie aus zeitgenössischen Quellen hervorgeht, ein „Verschwimmen von Geschlechtergrenzen“ stattgefunden habe. Im Mittelpunkt der Verunsicherung habe die Sexualität gelegen und „den offenkundigen oder untergründigen Flucht- und Kumulationspunkt des auf „Stadt und Frauen“ fixierten Krisenempfindens“ gebildet. ²⁸ Als Ursache sei die Großstadt identifiziert worden, demzufolge sei als „Heilmittel“ die Rückkehr zur „natürlichen“ Polarität der Geschlechter und ihre symbolische Verankerung im städtischen Raum propagiert worden. Stadtplanung stand laut Frank zu dieser Zeit in weiten Teilen unter dem Motto „Domestiziere die wilde Frau“. ²⁹

Die von Frank beschriebene Verbindung der Diskurse von Sexualität und Urbanität ³⁰ beschäftigt auch Simon Gunn. Er bezeichnet die sexuelle Regulierung des städtischen Raums „one of the most pervasive, and least remarked, features of urban modernity.“ ³¹ Im 19. Jahrhundert konnte kaum über den sozialen Charakter der Stadt diskutiert werden, ohne dabei auch die Sexualität zu thematisieren – so eng waren beide Vorstellungen miteinander verwoben.

wegs in Neuperlach – auch nachts?!“, der zu einem nächtlichen Konzert in einen ansonsten als „Angst-
raum“ wahrgenommenen Park eingeladen hatte.

²⁵ Frank, Stadtplanung, S. 19.

²⁶ Sigrid Weigel, Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Reinbek 1990.

²⁷ Dies., Zur Weiblichkeit imaginerter Städte. Eine Forschungsskizze, in: Gotthard Fuchs u.a. (Hg.), Mythos Metropole, Frankfurt a.M. 1995, S. 35-45.

²⁸ Frank, Stadtplanung, S. 119.

²⁹ Vgl. ebd., S. 123/24 und den folgenden Teil.

³⁰ Dazu siehe auch den Beitrag von Jürgen Reulecke in diesem Heft.

³¹ Simon A. Gunn, The Spatial Turn: Changing Histories of Space and Place, in: ders./Robert J. Morris, Identities in Space: Contested Terrains in the Western City since 1850, London 2001, S. 1-14, hier S. 7.

Der Zusammenhang von Stadt und Geschlechterdifferenz auf der Ebene der Imaginationen ist eines der verhältnismäßig häufig bearbeiteten Aspekte des Themas. Ein Klassiker ist „The Sphinx in the City“ von Elisabeth Wilson³², worin die Metropolen des 20. Jahrhunderts als Orte weiblicher Emanzipation, die Stilisierung von Frauen zum Sinnbild der bedrohlichen städtischen Unordnung und Stadtplanung als Strategie zu deren Disziplinierung beschrieben werden – allerdings weniger in einer systematisch angelegten historischen Untersuchung als in einem assoziativen Streifzug durch die Geschichte. Zu nennen ist ferner Judith Walkowitz’ bahnbrechende Studie „City of Dreadful Delight: Narratives of Sexual Danger in Late Victorian London“,³³ worin die Autorin Erzählungen über das spätviktorianische London analysiert. Deutlich arbeitet sie heraus, wie durch normative „Eingaben“ Räume und Orte eine Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Geschlechterdifferenz erhielten und wie sehr soziale Identitäten von jeweils eigenen Orten und Umgebungen geprägt waren.³⁴ Medial oder künstlerisch vermittelte „Geschichten“ über die Stadt sind auch die Quellen für eine Reihe von deutschsprachigen Sammelbänden: Der von Margarethe Hubrath herausgegebene Tagungsband „Geschlechter-Räume“ erörtert das Thema breit und vielschichtig; das Spektrum reicht von der räumlichen Trennung zwischen Klerikern und Frauen in der Spätantike über „Gender, Raum und Subversion im Kinderbuch“ bis zum Berufsbild der Architektin und Planerin.³⁵ Im bereits erwähnten Sammelband „Stadt Raum Geschlecht“ werden Weiblichkeit und Metropole im Film der Weimarer Republik und des NS untersucht sowie Geschlechtsstereotype in Züricher Skulpturen zwischen 1880 und 1940.³⁶ Der von Katharina von Ankum herausgegebene Band „Frauen in der Großstadt – Herausforderung der Moderne?“³⁷ analysiert die weibliche Erfahrung der

³² Elisabeth Wilson, *The Sphinx in the City: Urban Life, the Control of Disorder and Women*. Berkeley 1991; Sarah Deutsch, *Begegnungen mit der Sphinx: Stadtleben, Chaos und Frauen*, Basel/Berlin/Boston 1993.

³³ Judith Walkowitz, *City of Dreadful Delight. Narratives of Sexual Danger in Late-Victorian London*, London 1992.

³⁴ Vgl. hierzu auch Ute Daniel, *Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten in der Geschichtswissenschaft*, Teil 2, in: *GWU*, 48. (1997), S. 259-278, hier S. 268; dies., *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a.M. 2001, S. 326ff.

³⁵ Margarethe Hubrath (Hg.), *Geschlechter-Räume. Konstruktion von ‘Gender’ in Geschichte, Literatur und Alltag*, Köln 2001. Zum Programm der zugrundeliegenden Tagung vgl. <http://www.tu-chemnitz.de/phil/germanistik/mediaevistik/gender/programm.html> [23.12.03].

³⁶ Eva Warth, *Weiblichkeit und Metropole. Konstruktionen von Raum und Geschlecht in der Weimarer Zeit und im Nationalsozialismus*, in: Imboden u.a., S. 47-66; Erika Hebeisen, *Namenlose Nacktheiten und Heldendenkmäler. Zur Topografie der Geschlechter von Skulpturen in der Stadt Zürich, 1880-1940*, in: Imboden u.a., S. 67-84.

³⁷ Katharina von Ankum (Hg.), *Frauen in der Großstadt. Herausforderung der Moderne?* Dortmund 1999.

Moderne und der Verstädterung im Berlin der 1920er und 30er Jahre; mit der Situation von Frauen im Berlin des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert befasst sich der 1987 erschienene Band „Triumph und Scheitern in der Metropole“ von Sigrun Anselm und Barbara Beck.³⁸

Der Überblick zeigt die Vielfalt der Fragestellungen, die sich der Stadt- und Urbanisierungsgeschichte bietet, wenn Planung, Gestaltung, Deutung und Aneignung öffentlicher und privater Räume auf ihre Bedeutung für die Geschlechterbeziehungen befragt werden. Deutlich wird auch, dass dieser Aspekt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vor allem in Form von Aufsätzen und exemplarischen Darstellungen thematisiert wird. Hier besteht Nachholbedarf: Für kommende Forschungen ist zu wünschen, dass die Geschlechterdifferenz sich als selbstverständliche Untersuchungskategorie für den sozialen Raum Stadt etabliert.

Sandra Schürmann, Dr. phil. des., Universität Münster, derzeit Museum der Arbeit, Hamburg, mail: schuermann.sandra@web.de

³⁸ Sigrun Anselm/Barbara Beck, „Triumph und Scheitern in der Metropole“. Zur Rolle der Weiblichkeit in der Geschichte Berlins, Berlin 1987.

R E Z E N S I O N

S U S A N Z I M M E R M A N N

Sarah Deutsch, *Women and the City. Gender, Space, and Power in Boston, 1870-1940*, Oxford University Press, Oxford etc., 2000.

Nancy A. Hewitt, *Southern Discomfort. Women's Activism in Tampa, Florida, 1880s-1920s*, University of Illinois Press, Urbana and Chicago, 2001.

Sowohl die Stadtgeschichte wie die Geschlechtergeschichte können für sich beanspruchen, ein ungemein breites Themenspektrum in je spezifischen und zugleich für das Verständnis moderner Geschichte höchst bedeutsamen Kontexten, dem urbanen bzw. dem geschlechterrelevanten, zu bearbeiten. Studien aus dem Themenfeld Stadt und Geschlecht, für die Fokussierung auf die Geschichte einer individuellen Stadt ein zentrales Medium der geschlechterhistorischen Untersuchung ganz bestimmter Fragen darstellt, sind noch immer rar. Mit den Arbeiten von Nancy Hewitt zur industriellen Küstenstadt Tampa in Florida (1920: 52.000 Einwohner) und von Sarah Deutsch zur Großstadt Boston im Norden der USA liegen für die Phase zwischen dem späten 19. Jahrhundert und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zwei beachtenswerte derartige Studien vor. Innovativ sind beide Arbeiten deswegen, weil sie sich der Geschichte der Frauenbewegungen als einem der ältesten Themen der Frauen- und Geschlechterforschung in einem veränderten Rahmen und mit veränderten Erkenntnisinteressen widmen. Die Kombination von klassischem Thema und innovativer Herangehensweise ist alles andere als ein Zufall. Seit den 1990er Jahren ist Frauenbewegungsgeschichte zur Pionierin theoretischer wie geschlechtergeschichtlicher Innovation geworden. Treten die entsprechenden Neuerungen, wie bei Hewitt und Deutsch, in Gestalt von Stadtmonographien auf den Plan, so zeichnen sich dabei zugleich Umriss einer veränderten Art und Funktion von Stadtgeschichte ab.

In der Arbeit von Nancy Hewitt kommen die geschlechter- wie stadtgeschichtlichen Neuansätze konsequenter zum Ausdruck als in der Studie von Sarah Deutsch. Die geschlechtergeschichtliche Horizonterweiterung umfasst dabei drei wesentliche Dimensionen. Zum ersten geht es um eine systematische Verknüpfung von Geschlecht mit anderen Analysekatoren. Bei diesem Credo der „intersectionality“ (P. Hill Collins) handelt es sich um die gleichberechtigte Einbeziehung von „race“, „class“ und weiteren Vektoren der Ungleichheit. Ein zweites zentrales Charakteris-

tikum der neuen Geschlechterforschung ist als „decentering the center“ (U. Narayan/S. Harding) umschrieben worden. Hier wird verlangt, die historische Vielfalt, Unterschiedlichkeit und auch Konflikthaftigkeit des „Anderen“ sowohl in seinen Beziehungen zum „center“ als auch abseits vom „center“ wahrnehmbar zu machen. Die bislang zentrumsorientierte Geschlechtergeschichte kann dadurch ihren (Teil-)Erfolg, der ursprünglich auf einer radikalen Kritik ‚allein‘ des Androzentrismus der Geschichtswissenschaften bzw. der „Männlichkeit“ des Zentrums beruhte, zu einer multiplen Kritik des Zentrums selbst erweitern. Eine dritte Neuerung in der Geschlechtergeschichte bezieht sich auf die räumlich-inhaltlichen Begrenzungen des Analyserahmens. Gehörte das Aufbrechen traditioneller Nationalgeschichte von Anfang an zu den Prämissen der Geschlechtergeschichte, so geht es nunmehr in einer viel bewussteren Weise um Fragen nicht nur nach den nationalen, sondern auch bzw. vorrangig nach den sub- und supranationalen Beziehungen und Verhältnissen in der Geschichte der Frauenbewegung.

Zusammengenommen und in Kombination miteinander laufen diese drei Neuorientierungen darauf hinaus, eine multifokale bzw. dezentrierte und dennoch integrierte Geschichte zu schreiben. Zentraler Stellenwert wird dabei dem Relationalen und den (multiplen) Beziehungen und Verhältnissen im Raum sowie zwischen den verschiedenen soziokulturell konstruierten Gruppen eingeräumt. Und genau an dieser Stelle gewinnt die Stadtmonographie ihre neue Funktion und Stärke. Der Fokus auf eine einzelne Stadt als vielfältig differenziertes und zugleich abgegrenztes Territorium stellt in der Realisierung des komplexen Unterfangens der dezentriert-integrativen Forschung eine grosse Hilfe dar. In beiden vorliegenden Studien ermöglicht die Einbeziehung eines breiten Spektrums stadtgeschichtlicher Quellen die subtile Untersuchung des Wandels und der Komplexität der kommunikativen Netzwerke, der Konstellationen und Konflikte zwischen den AkteurInnen. Darüber hinaus werden die Zuschreibungen und Identitäten der einzelnen AktivistInnen inklusive der Selbst- und Fremddeutungen ihrer diversen Aktionen herausgearbeitet. Deutsch wie Hewitt nutzen gleichermaßen den Begriff des „Kaleidoskops“ (Deutsch, S. 5; Hewitt, S. 11) als Metapher für das sich historisch ständig verändernde Bild, das sie entwerfen.

Sarah Deutsch organisiert ihre Studie um Themenschwerpunkte. Das Streben von Frauen der Arbeiterschichten, die häusliche und nachbarschaftliche Ökonomie zu gestalten, wird ebenso analysiert wie das Heim der Mittelschichten als Ort bzw. Bezugspunkt der Auseinandersetzung um die „Dienstbotenfrage“, die im Spannungsfeld von Klasse, Sexualität, Arbeit und der Auseinandersetzung um den „richtigen Platz“ für Frauen stand. Außerdem geht es um die geschlechterspezifische „moralische Geographie“ der Stadt, um weibliche Gewerbetreibende bzw.

Klein- unternehmerinnen und um den organisierten Aktivismus und die organisierte Politik der Bostoner Frauen. Gezeichnet wird dabei das Bild einer Arbeitswelt der Arbeiterinnen und kleinen Angestellten, die nahezu hermetisch und zugleich höchst variabel und flexibel, entlang von Vektoren der Herkunft, Religion und Hautfarbe sowie der Abstufungen von „Americanness“ bzw. Immigrantenkultur organisiert war. Das Vordringen der Frauen Bostons in die offizielle städtische Politik seit den 1920er Jahren wird als Geschichte (auch) von Konflikten und Allianzen um „Rasse“ und Klasse gezeichnet.

Die Arbeit von Nancy Hewitt ist in zwei große, der Chronologie folgende Abschnitte gegliedert. Der erste verfolgt die Entwicklung Tampas von einem verschlafenen Nest zu einer „multiracial“ Industriestadt (bis 1901), der zweite die Jahrzehnte des in seinen „kaleidoskopischen Verbindungen“ voll entfalteten Aktivismus der Frauen. Im Zuge des Aufstiegs Tampas zur „politically southern, industrially northern“ Zigarrenstadt, in der im Gefolge der Masseneinwanderung aus Italien und Kuba die Trennlinie zwischen Schwarz und Weiß kräftig durcheinandergewirbelt wurde, wurde das Feld des weiblichen Aktionismus auf ebenso radikale wie komplexe Weise erweitert. Hewitt zeigt erstens, dass und wieso der Aktivismus der verschiedenen Gruppen der nicht-weißen Frauen sich insgesamt durch eine stärkere „mixed-sex“-Komponente auszeichnete, als dies bei weißen Frauen der Fall war; zweitens, dass insgesamt die Koalitionen von Frauen mit Männern der eigenen „community“ jene von Frauen mit Frauen anderer „communities“ überwogen; drittens, dass viele Organisationen und Gruppierungen „were still dominated by a single racial or ethnic group“ und viertens, dass „women who organized primarily on the basis of sex usually worked within rather than across racial and ethnic lines“ (S. 248-249).

Die Studie von Hewitt sucht also nicht länger ‚auch anderswo‘ nach der Frauenbewegung im klassischen Sinne. Stattdessen befragt sie umgekehrt das Handeln von Frauen verschiedener ethnischer Herkunft und verschiedener Klassen bzw. Statusgruppen daraufhin, was dieses zur Erweiterung weiblicher Lebensräume und Handlungsformen beigetragen hat. So kommt eine viel breitere Palette weiblichen kollektiven Handelns in den Blick. Die Aktivitäten schwarzer Frauen für das „advancement“ ihrer „communities“ zum Beispiel, die fast immer gemischtgeschlechtlich organisiert waren, wurden in der Forschung lange nicht als Frauensache wahrgenommen. Da der Kern ihrer Aktivitäten im Rahmen von Kirchen und Schulen angesiedelt war (S. 86), wurden sie lange nicht als Bewegung wahrgenommen.

Deutsch und Hewitt stimmen in ihrem Selbstanspruch überein, allen relevanten Kategorien der Differenz gleichen Rang einzuräumen. Realiter allerdings dominiert

bei Deutsch – anders als bei Hewitt – die Untersuchung des Aktivismus weißer bürgerlicher Frauen, weswegen Angehörige anderer Klassen und „Rassen“ letztlich noch immer stark auf diesen Kontext bezogen und gleichsam aus der Perspektive weißer bürgerlicher Frauen analysiert werden, anstatt ihnen eigenes Gewicht zu verleihen. Mit anderen Worten: Die politischen und organisatorischen Bestrebungen der Arbeiterinnen werden durchgehend von außen betrachtet (etwa S. 166, 171f., 180, 183; vgl. demgegenüber Hewitt, etwa S. 82, 147f., 150f., 167f.).

Der Studie über Boston gelingt es deshalb in viel geringerem Masse als jener über Tampa, die historischen Macht- und Dominanzstrukturen in der Stadt historiographisch tatsächlich zu überschreiten. Der historische Vorrang, den manche weißen Frauen der Mittelschicht in ihrem Aktivismus der Auseinandersetzung um Geschlecht einräumten, widerspiegelt sich bei Deutsch – nicht durchgängig, aber mehrfach – im historiographischen Vorrang der Kategorie Geschlecht. Hewitt dagegen rekonstruiert die Auseinandersetzung um Geschlecht primär als einen Kreuzungspunkt mit zeitgenössischen Auseinandersetzungen um andere Dominanzansprüche. Gleichzeitig geht es ihr auf einer zweiten Ebene darum, die Emanzipation der Historiographie (und der historischen Subjekte) von Dominanzstrukturen unter Beweis zu stellen.

Eine weitere abweichende Schwerpunktsetzung der beiden Autorinnen wird deutlich, wenn es um die Beziehung der Geschichte des geschlechtsspezifischen Aktivismus in Tampa mit historischen Entwicklungen geht, deren Dynamik nicht (allein) in der Stadt selbst wurzelte. Nancy Hewitt ist es ein zentrales Anliegen, lokale Entwicklungen, Konflikte und Konstellationen in Tampa immer wieder als Elemente der großen Veränderungen der Zeit, der Auseinandersetzung um globale Hierarchien und Beziehungen sichtbar zu machen. So stellten etwa der kubanischen Unabhängigkeitskrieg und der spanisch-amerikanische Krieg im Jahre 1898 einen Wendepunkt in der Geschichte des Aktivismus in Tampa dar (S. 9, 69, 84, 99-136). Allerdings bleiben die Analysen dieser Beziehungen zwischen dem Lokalen und dem Globalen in Dichte und Schärfe hinter den Analysen rund um die „intersecting“ Kategorien zurück.

Für die Argumentation der Arbeit von Sarah Deutsch spielen globale Konstellationen von vornherein keine Rolle. Alles, was außerhalb der lokalen Dynamik der Auseinandersetzungen um die Geschlechterfrage selbst liegt, wird als historische Voraussetzung oder Gegebenheit behandelt. Die Autorin richtet ihr Augenmerk statt dessen immer wieder auf die traditionell stadtgeschichtliche Frage nach der räumlichen Komponente und den räumlichen Konsequenzen des kaleidoskopischen Aktivismus der Frauen von Boston (S. 3-24). Doch nicht zum ersten Mal erweist sich in der Stadtgeschichtsschreibung das Primat des Raumbezuges als ein

analytisch zu enges Korsett. Sarah Deutsch untersucht (nur) bestimmte Teilbereiche der Geschichte des organisierten geschlechtsspezifischen Aktivismus. Indem sie nach der geschlechtsspezifischen Umgestaltung städtischen Raumes fragt, greift ihre Studie zugleich weit über diese Themenstellung hinaus, ohne umgekehrt alle wichtigen Felder raumbezogener Aktionen einzubeziehen. Dennoch: Wer über Bedeutungsebenen von Geschlecht und ihre komplexen Verknüpfungen im urbanen Raum lernen oder lehren möchte, hat mit den entsprechenden Kapiteln über *Gender, Space, and Power in Boston* ausgezeichnete Grundlagentexte an der Hand. Wer mit der Überwindung historischer und historiographischer Dominanzstrukturen durch integrativ-intersektionalistische (und lokal-globale) Herangehensweisen Ernst machen möchte, hat mit der Geschichte des *Southern Discomfort in Tampa, Florida* ein fast meisterhaftes Vorbild an der Hand.

**Susan Zimmermann, Dr. phil., Professor of History, Department of Gender Studies and History Department, Central European University, Budapest,
e-mail: zimmermann@ceu.hu**

Die elektrifizierte Stadt. Zum Spannungsfeld von Urbanität und Privatisierung der Lebenswelt

Die städtische Elektrifizierung war – im Gegensatz zu vielen anderen neuen Technologien – in wesentlichen Bereichen, nämlich im Hinblick auf das elektrische Licht, die elektrischen Haushaltsgeräte sowie die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, weiblich konnotiert. Zu ihrer Einführung findet sich jeweils eine diskursive und symbolische Verbindung mit Weiblichkeit, wobei sich der Typus der Weiblichkeit, wie er in der Werbung und im öffentlichen Diskurs konstruiert wurde, von einer überhöhten, göttlichen Weiblichkeitsdarstellung hin zur „modernen“ Frau veränderte. Dabei wies die Kategorie der „modernen“ Frau eine Vielfalt von Bedeutungen auf.

Jenseits der diskursiv-symbolischen Ebene veränderte, wie im Folgenden entwickelt werden soll, die Elektrifizierung des städtischen Raums zwar den städtischen Alltag nachhaltig, nicht jedoch die Geschlechterrollen. Deren Wandel folgte vielmehr kulturellen Mustern, die wiederum die Nutzung und Adaption der Technik im urbanen Kontext prägten und die mit den geschlechterspezifischen Zuschreibungen des privaten und öffentlichen Raums korrelierten.

Um 1900 – Licht und Straßenbahn: Die Elektrifizierung des öffentlichen Stadtraums zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Die Elektrifizierung des städtischen Alltags begann mit dem elektrischen Licht. Der öffentliche Stadtraum verwandelte sich, vor allem in der Nacht, zu einem Ereignis, zu einer begehbaren Bühne des inszenierten Lichts und der Helligkeit. Die Beleuchtung einiger Hauptgeschäftsstraßen europäischer Metropolen in den 1870er und 1880er Jahren mit Bogenlampen ließ die noch gasbeleuchteten Orte, vormals als Orte der Helligkeit wahrgenommen, wie im trüben Dämmer erscheinen. Denn trat man aus einer gasbeleuchteten Straße kommend die mit elektrischem Licht be-

leuchteten Plätze oder Straßen, so hatte man den Eindruck „aus einem halbdunklen Gang unvermutet in einen taghellen Saal“ zu treten.¹

Diese ersten Erfahrungen mit elektrischem Licht machten die Menschen in den städtischen Zentren; denn die elektrische Beleuchtung war in ihren Anfängen ein städtisches Phänomen, das zudem auf die öffentlichen und halböffentlichen Räume beschränkt war. Die ersten elektrischen Beleuchtungen fanden sich in Theatern, Hotels, Restaurants. Schließlich folgten die innerstädtischen Geschäftsstraßen, Verkehrsknotenpunkte, Repräsentativbauten wie Bahnhöfe, Passagen, Börsen, kurz die Zentren des großstädtischen Lebens,² während andere Teile der Städte, besonders die Arbeiterviertel, gasbeleuchtet blieben. Die Helligkeit innerhalb der Stadt wurde damit zum Ausweis der Zentralität und der Bedeutung des Ortes. Beate Binder spricht von „Hierarchien in der städtischen Topographie“³. Auch Wohnungen, vor allem Arbeiterwohnungen, gehörten bis in die 1920er und 1930er Jahre hinein nicht zu den elektrisch beleuchteten Orten. Mag zwar so manche Straßenlampe ihren hellen Schein in die Wohnungen getragen haben, so erlebte der Großteil der Bevölkerung das elektrische Licht zuerst außerhalb des alltäglichen Lebensraums. Denn vor 1914 lag die Elektrifizierungsquote von Haushalten auch in größeren Städten kaum über 10 Prozent.⁴

Um 1900 galt die nächtliche Beleuchtung, die in Szene gesetzte Helligkeit vor allem als Indikator großstädtischen Lebens, sie stand für Modernität und Urbanität. In Geschäftsanzeigen war der Zusatz „elektrisch beleuchtet“ zu lesen – womit man sich als modern und exklusiv präsentierte.⁵ Nicht zuletzt die Lichtreklame begann das Gesicht der Großstädte seit dem späten 19. Jahrhundert, vor allem jedoch in den 1920er Jahren bei Nacht zu verändern.⁶ Sie setzte, um die Aufmerksamkeit des durch die Straßen hastenden Großstädters zu erheischen, auffällige Lichteffekte ein: Blitze, Farben, Blinken, laufende Buchstaben. Die städtischen Schaufenster

¹ Wolfgang Schivelbusch, *Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhunderts*, München / Wien 1983, S. 116; vgl. auch David Nye, *Electrifying America. Social Meanings of a New Technology*, Cambridge/Mass. 1990; Christoph Asendorf, *Ströme und Strahlen. Das langsame Verschwinden der Materie um 1900*, Gießen 1989.

² Beate Binder, *Elektrifizierung als Vision. Zur Symbolgeschichte einer Technik im Alltag*, Tübingen 1999, S. 91. Richard Birkefeld/Martina Jung, *Die Stadt, der Lärm und das Licht*, Seelze 1994, S. 21ff., Roman Sandburger, *Strom der Zeit. Das Jahrhundert der Elektrizität*, Linz 1992, S. 28.

³ Binder, *Elektrifizierung*, S. 92.

⁴ Dieter Schott, *Elektrizität und die mentale Produktion von „Stadt“ um die Jahrhundertwende*, in: Klaus Pitzer (Hg.), *Elektrizität in der Geistesgeschichte*. Bassum 1998, S. 205-225, hier S. 225.

⁵ Binder, *Elektrifizierung*, S. 81.

⁶ Vgl. Birkefeld/Jung, *Die Stadt*, S. 163ff.; Günther Luxbacher, *Das kommerzielle Licht. Lichtwerbung zwischen Elektroindustrie und Konsumgesellschaft vor dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Technikgeschichte*, 66. (1999), H. 1, S. 33-59.

präsentierten ihre Waren mit Lichteffekten wie auf Bühnen. Zeitgenossen empfanden den Ausbau der Lichtreklame als „sensationell“.⁷ „Das frohe Farbenspiel zwingt mit Gewalt den Blick des Spaziergängers in seinen Bann“, es „suggeriert ihm in angenehmer Form die Überzeugung von der Güte der angepriesenen Ware und erweckt seine Kauflust.“⁸ Ernst May beschrieb 1928 die Wirkung der Leuchtreklame im Hinblick auf den Time Square noch drastischer: „Hier liest das Auge keine Schrift, hier unterscheidet es keine Form mehr, hier wird es nur noch geblendet durch eine Überfülle von Lichtgeflimmer, durch eine Überzahl von Lichtelementen, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung aufheben“.⁹ Entsprechend zog die Beleuchtung der Städte auch Kritik, zum Beispiel der Heimatschützer, auf sich.¹⁰

Gleichwohl, die Städte waren bestrebt, sich mit einer „großstädtischen Beleuchtung“ zu schmücken. Dunkelheit und fehlendes elektrisches Licht galten als provinziell: „Wo nachts keine Lichter brennen, ist finstre Provinz“¹¹, fasste Hugo Häring zusammen. Nur wenn das Leben „nachts genauso brause wie am Tage“, sei ein Stück „modernem, großstädtischen Geists und Lebens verwirklicht“.¹² Entsprechend hatten die Großstädte angefangen, in einen Wettbewerb um die Beleuchtung und spektakuläre Lichteffekte zu treten.

Wie das elektrische Licht gehörte auch die Straßenbahn zum Bild einer modernen Stadt, sie wurde zum Symbol für die Beschleunigung des großstädtischen Lebensrhythmus. Die Straßenbahnen, die die Pferdebahnen zu ersetzen begannen, stießen zwar – vor allem wegen der Oberleitungen aus stadtästhetischer Sicht – auf Kritik, doch wurden sie alsbald zum Inbegriff eines urbanen Lebens mit seinen Attributen der Beschleunigung, des Tempos und der effizienten Zeitökonomie. Sie beschleunigten die Fortbewegung in der Stadt; mit ihnen – und schließlich vor allem mit der Motorisierung – konstituierte sich eine neue Ordnung auf der Straße, indem die „Elektrische“ schon allein aufgrund ihrer Geschwindigkeit den Anspruch auf das Vorrecht auf der Straße erhob und langsamere Verkehrsteilnehmer zum Ausweichen zwang. Ihre quietschenden und ratternden Räder wurden Teil des städtischen Lärms.¹³ Galten sie somit einerseits als integraler Bestandteil des urbanen Lebensstils, schienen sie andererseits die Möglichkeit der Dezentralisierung, der Auflockerung städtischer Dichte zu bieten; vor allem Kommunalpolitiker und bürgerliche Sozialreformer richteten Hoffnungen auf die Dekonzentration von ge-

⁷ Birkefeld/Jung, Die Stadt, S. 166.

⁸ Ebd. S. 151f.

⁹ Zitiert nach Schivelbusch, Lichtblicke, S. 148.

¹⁰ Luxbacher, Das kommerzielle Licht, S. 46ff.; vgl. auch Binder, Elektrifizierung, S. 204ff.

¹¹ So Hugo Häring, zitiert nach Binder, Elektrifizierung, S. 357.

¹² Binder, Elektrifizierung, S. 355.

¹³ Birkefeld/Jung, Die Stadt, 30ff.

werblichen Arbeitsplätzen, auf die stadträumliche Differenzierung von Wohnen und Gewerbe bzw. die Möglichkeit, an den Stadträndern oder Dörfern zu wohnen,¹⁴ die Stadt also gewissermaßen zu entlasten. Auch Lewis Mumford hatte in den 1930er Jahren in der Elektrifizierung, genauer im Telefon, Radio und elektrischer Energie, die Chance gesehen, dass sich die Bevölkerung aus den ungesunden Städten wieder hinaus aufs Land verteilen würde,¹⁵ weil sie ja, so kann ergänzt werden, aufgrund der neuen Medien sowie der Verkehrs- und Kommunikationstechnologien mit der Stadt und deren Lebensstil verbunden blieb.

Auf diese ambivalente Weise waren Stadt und Elektrizität eng miteinander verzahnt; zur modernen Stadt gehörte die Elektrizität, die – gerade im Hinblick auf das Nachtleben – mit neuen städtischen Lebensformen einherging. Nicht nur hatte sich das Erscheinungsbild der Städte mit der Lichtreklame, der Straßenbeleuchtung, den beleuchteten Schaufenstern, Restaurants etc. verändert, nächtliche Betriebsamkeit, das Leben eines Nachtschwärmers zu führen, gehörte in bestimmten Kreisen zur Inszenierung eines großstädtischen Lebensstils.¹⁶ Die „Attacke auf die Sinne“¹⁷, die mit dem Einzug der Elektrizität in die städtische Lebenswelt einherging, war, so Birkefeld/Jung, „gewissermaßen schichtenunabhängig“.¹⁸ Alle Stadtbewohner waren ihr ausgesetzt, wenn sie sich in der Stadt bewegten. Doch bleibt zu fragen, inwieweit geschlechterspezifische Unterschiede zu beobachten waren. Wer war zum Beispiel des Nachts tatsächlich unterwegs?

Während um die Jahrhundertwende die Elektrifizierung des öffentlichen Stadtraums zwar die Stadtwahrnehmungen sowie den städtischen Alltag, zum Beispiel das Nachtleben für wohlhabendere Schichten, verändert haben mag, zeitigte die Einführung des elektrischen Lichtes sowie der elektrischen Straßenbahn für die Geschlechterbeziehungen innerhalb des Bürgertums zunächst keine nachhaltigen Wirkungen, weil der öffentliche Raum in der Vorkriegszeit kulturellen Zuschreibungen verhaftet blieb.

Gleichwohl begegnete den städtischen Bewohnern und Bewohnerinnen, den Flaneuren und Touristen im öffentlichen Raum im Kontext der Einführung des elektrischen Lichtes eine spezifische Frauenfigur, nämlich auf Plakaten, in der Werbung oder in Elektrizitätsausstellungen. War die Dampfmaschine noch klar männlich konnotiert, so wurde das elektrische Licht in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, wie vor allem Maria Osietzki aufgezeigt hat, in der Werbung über-

¹⁴ Schott, Elektrizität, S. 210, 222.

¹⁵ Vgl. Roman Sandgruber, Strom, S. 12.

¹⁶ Roman Sandgruber, Strom der Zeit. Das Jahrhundert der Elektrizität, Linz 1992, S. 33, 45.

¹⁷ Birkefeld/Jung, Die Stadt, S. 17.

¹⁸ Ebd.

höht und in Weiblichkeitsallegorien versinnbildlicht.¹⁹ Die weiblichen Figuren, die die Elektrizität symbolisierten, waren Göttinnen, Musen, Zauberinnen oder Herrscherinnen. Indem diese Allegorien Elektrizität als Göttinnen, häufig als Lichtgöttin verbildlichten,²⁰ stilisierten sie sie zu einem Symbol für ein neues Zeitalter: dem Zeitalter des Lichtes im metaphorischen Sinne. Bilder zeigten die „weibliche Lichtgestalt“, wie sie vom Himmel kommend, das Dunkel durchschritt, um der Erde das Licht zu bringen.²¹ Elektrizität wurde gleichgesetzt mit Aufklärung, ihre Verwendung signalisierte den Aufbruch in die moderne Zeit. Entsprechend gehörte zur modernen Stadt die Elektrizität, die in einer weiblichen Stilisierung den (männlichen) öffentlichen Raum erhellte.

Die zwanziger Jahre: Die Elektrifizierung des privaten Raums

Zwei bis drei Dekaden später hatte die Elektrizität zwar nicht ihre Verbindung zu Modernität und Fortschritt, jedoch ihren göttlichen Charakter verloren. Die Darstellung der Elektrizität in göttlichen Weiblichkeitsallegorien wurde bereits um die Jahrhundertwende unüblich. In den 1920er Jahren war elektrisches Licht in zahlreiche großstädtische Haushalte eingekehrt; die „Elektrische“ gehörte zum Stadtbild. Neben die Elektrifizierung des Lichts und des öffentlichen Verkehrs, mithin des öffentlichen Raums, traten nun die Bemühungen um die Elektrifizierung des städtischen Haushalts und damit des privaten Raumes und – so die historische Zuschreibung – der weiblichen Sphäre. Während die Verbreitung elektrischer Haushaltsgeräte in der Zwischenkriegszeit trotz massiver Bemühungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in den Städten bescheiden blieb und den Alltag der meisten Frauen noch nicht veränderte, so war die Elektrifizierung des Haushalts in den 1920er und 1930er Jahren Thema des städtischen Diskurses sowie Teil avantgardistischer Wohnreformbemühungen. Entsprechend begegnete sie den Stadtbewohnern und -bewohnerinnen im Wesentlichen an zwei städtischen Orten: dem virtuellen Ort der Werbung sowie einzelnen „Experimentierfeldern“ eines modernen, städtischen Lebensstils, wie beispielsweise den Neubausiedlungen in Frankfurt am Main.

¹⁹ Vgl. Maria Osietzki, Weiblichkeitsallegorien der Elektrizität als „Wunschmaschinen“, in: Technikgeschichte, 63 (1996), Nr. 1, S. 47-70.

²⁰ Ebd., S. 48, 54ff.

²¹ Vgl. Binder, Elektrifizierung, S. 126; Hermann Glaser, Das deutsche Bürgertum. Zwischen Technikphobie und Technikeuphorie, in: Michael Salewski/Ilona Stölken-Fitschen (Hg.), Moderne Zeiten. Technik und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1994. S. 37.

Der virtuelle städtische Ort der Elektrifizierung: Die Werbung

Die neuen elektrischen Haushaltsgeräte wie Kühlschrank, Herd, Staubsauger, Waschmaschine etc., waren in den zwanziger Jahren in den städtischen Schaufenstern zu betrachten, sie wurden mit Lichtreklame beworben, in Ausstellungen und in Haushaltsberatungsstellen präsentiert und vorgeführt, und vor allem waren sie im städtischen Alltag auf zahlreichen Werbeplakaten zu sehen. Die Zielgruppe dieses Elektrifizierungsschubs war klar geschlechtsspezifisch: der Ort der Elektrifizierung war der Haushalt, damit der private Raum. Entsprechend richtete sich die Werbung in der Regel an Frauen und zeigte vor allem Frauen.²² Im Vergleich zu den allegorischen Darstellung des Lichtes zu Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich die Weiblichkeitsdarstellungen allerdings nun verändert: Die Repräsentation der Elektrizität als weibliche Göttin verschwand um die Jahrhundertwende,²³ dagegen finden sich in der Werbung für elektrische Haushaltsgeräte nun Darstellungen aus dem städtischen Hausfrauenalltag.

Doch auch wenn mythisierende Konnotationen – nicht zuletzt aufgrund des zeitspezifischen Hintergrundes der Zwischenkriegszeit, der weniger religiös-antikisierend aufgeladen war und vielmehr rationale, alltagspraktische Bilder hervorbrachte – keine Rolle mehr spielten, wurde Elektrizität gleichwohl weiterhin ideell überhöht und mit weitreichenden Visionen verbunden. In dieser virtuellen Welt, die versprach, bald wie der städtische Haushalt auszusehen, war üblicherweise eine Mittelschichtsfrau zu sehen, die mit Leichtigkeit und ohne Anstrengung Hausarbeit

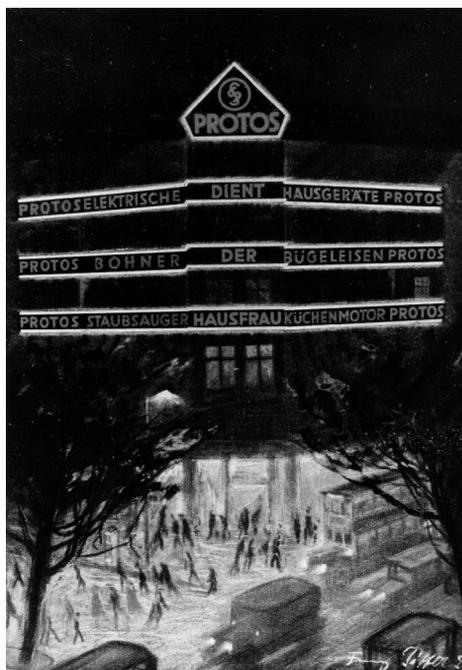


Abb. 1 Die Protos-Ecke am Kurfürstendamm in Berlin 1927.

²² Zum Folgenden vgl. Martina Heßler, *Mrs. Modern Woman. Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Haushaltstechnisierung*, Frankfurt a. M./New York 2001.

²³ Vgl. Osietzki, *Weiblichkeitsallegorien*.

erledigte und dabei sehr gepflegt, adrett und entspannt präsentiert wurde. In der Werbung kümmerten sich attraktive Hausfrauen um die Familie; statt sich während des Waschtages zu plagen, bedienten sie souverän die Waschmaschine, verwöhnten Gäste mit ihren im elektrischen Herd gebackenen Kuchen oder beeindruckten sie mit den neu erworbenen Geräten. Das Bild, das in der Werbung transportiert wurde, war in der Regel das eines (klein)bürgerlichen städtischen Haushalts, in dem die Frau als Hausfrau und Mutter für das Wohl der Familie sorgte.

Dabei wurde die Vorstellung transportiert, die Elektrifizierung des Haushalts sei verknüpft mit der Durchsetzung eines als modern bezeichneten Lebensstils, der sich durch eine rationalisierte, technisierte und funktionale Bewältigung des Alltags auszeichne. Ein städtischer Haushalt sei ohne die Attribute der modernen Zeit, nämlich „Licht, Telefon, Radio, Staubsauger, Bügeleisen“, kaum mehr denkbar.²⁴ Technisierung, Rationalisierung, die „wissenschaftliche Haushaltsführung“ in Anlehnung an die wissenschaftliche Betriebsführung bestimmten die Vorstellungen von einem modernen Haushalt.²⁵ Arbeitsmethoden und -geräte, die bislang nur mit der Produktionssphäre in Verbindung gebracht wurden, sollten Eingang in den Haushalt finden, alltägliche Verhaltensweisen an Effizienz- und Rationalitätskriterien, wie sie in der Produktionswelt vorherrschten, gemessen werden.²⁶ Die traditionelle Haushaltsführung wurde mit negativer Konnotation als letzte nicht-technisierte Oase in einer zunehmend technisierten Welt verstanden. Der städtische Haushalt musste mithin an die Zeit angepasst werden. Daher waren die Werbe-Diskurse flankiert von den Bemühungen vor allem der Hausfrauenverbände, die alltägliche Praxis nachhaltig in Richtung eines modernen Lebensstils zu transformieren, wobei sich die Modernität des städtischen Haushalts allein auf die Nutzung der elektrischen Geräte bezog; die Hausfrau sollte dabei traditionellen Werten verhaftet bleiben.

²⁴ Werbeleiter, Zeitschrift für die Deckung des Bedarfs an Licht, Kraft und Wärme durch Elektrizität, 15 (1940), S. 49.

²⁵ Carola Sachse, Anfänge der Rationalisierung der Hausarbeit. „The One Best Way of Doing Anything“, in: Barbara Orland (Hg.), Haushalts(t)räume. Ein Jahrhundert Technisierung und Rationalisierung im Haushalt. Königstein am Taunus 1990, S. 49-62 sowie Kirsten Schlegel-Matthies, „Im Haus und am Herd“: Der Wandel des Hausfrauenleitbildes und der Hausarbeit 1880-1930, Stuttgart 1995; Gisela Dörr, Der technisierte Rückzug ins Private. Zum Wandel der Hausarbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 80ff., 96ff.

²⁶ Peter Borscheid, Die „taylorisierte“ Hausfrau. Zu den Auswirkungen der Rationalisierungsbewegung auf den Privathaushalt der 20er Jahre, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl-Heinrich Kaufhold, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 477-484, hier S. 480.

Doch spiegelte sich in der virtuellen Welt der städtischen Elektrifizierung zugleich ein weiterer Frauentypus wider: die „neue“ Frau,²⁷ ein mondäner, extravaganter Frauentyp, Frauen, die dank des Technikeinsatzes elegant gekleidet ausgehen konnte, die die angekündigte Arbeitersparnis durch die Maschine zu mehr Freizeit, zum Amusement nutzten, in die Oper oder ins Varieté gingen, die den Typus der neuen Frau der 20er Jahre repräsentierten, der in das Klischee des modernen städtischen Lebensstils der „golden twenties“ passte. Die Elektrifizierung des städtischen Haushaltes war hierdurch auf zweifache Weise mit der „modernen“ Frau verbunden: der modernen Hausfrau sowie der „neuen“ Frau. Beide waren allerdings eher eine diskursive Konstruktion denn städtischer Alltag.



Abb. 2 AEG-Werbung 1920er Jahre.

Städtische Experimentierfelder der Elektrifizierung: Das Beispiel der Frankfurter Siedlungen

War die Elektrifizierung des städtischen Haushalts in der Zwischenkriegszeit in der Regel eine virtuelle, mit der die Stadtbewohner vor allem über die städtische Werbung in Berührung kamen, so finden sich – ausgerechnet am Stadtrand – einige Horte der „Modernität“, die Versuchsfelder der Elektrifizierung darstellten, wie die Frankfurter Neubausiedlungen, die unter der Ägide des Stadtbaurates Ernst Mays in der zweiten Hälfte der 1920er erbaut wurden. Die Frankfurter Siedlungen sind Teil der Wohnreformbemühungen, wie sie im Kontext des Neuen Bauens von der Forschung ausführlich beschrieben wurden. Dabei handelte es sich gewissermaßen um Experimentierfelder eines neuen urbanen Lebensstils, zu dem die Technisierung des Lebens und somit die Elektrifizierung gehörte. Ungewöhnlich war zu dieser Zeit gleichwohl die Vollelektrifizierung der Wohnungen, wie sie in Frankfurt zu finden

²⁷ Dirk Reinhardt, Von der Reklame zum Marketing. Geschichte der Wirtschaftswerbung in Deutschland, Berlin 1993, S. 408.

war. Zu nennen ist vor allem die „Siedlung Römerstadt“, die 1928 fertig gestellt wurde. Alle 1182 Wohnungen waren vollelektrifiziert: Beleuchtung, Warmwasser, Herd, teilweise Zentralheizung, Bad (einige sogar mit Heizsonne), und Radioanschluss.²⁸ Die Stadt Frankfurt war stolz auf diese Siedlungen und wollte den Namen der Stadt als Sinnbild für fortschrittlichen Wohnungsbau im Gedächtnis der Zeitgenossen festschreiben. Der Kontrast zu vielen städtischen Altbauwohnungen, die häufig noch nicht über Bäder, Zentralheizung und warmes Wasser verfügten, war zweifellos enorm.

Letztlich erwiesen sich diese Experimentierfelder der Moderne jedoch im Hinblick auf die Elektrifizierung als gescheiterte Experimente. Denn die Bewohner und Bewohnerinnen wehrten sich gegen die Nutzung der Elektrizität im Haushalt, die ihnen von Architekten und Stadtplanern aufgezwungen worden war. Sie lehnten sie aus Kostengründen ab; zudem machte die schlechte Funktionsweise der Geräte, beispielsweise die Langsamkeit des Herdes, ihre Nutzung im Alltag wenig komfortabel.²⁹ Und nicht zuletzt fanden sie sich isoliert am Stadtrand wieder, in suburbaner Atmosphäre, die noch dadurch verstärkt wurde, dass keine öffentlichen Verkehrsverbindungen zum Zentrum Frankfurts bestanden.

Der moderne Lebensstil, der vor allem ein technisierter und rationalisierter sein sollte, scheiterte mithin am Widerstand der Bewohner. Außerdem wurde der moderne Lebensstil am Rande der Stadt materialisiert, vor den Toren der Stadt in ländlicher Umgebung und suburbanem Ambiente im privaten Raum. Entsprechend war er auch im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse wenig „neu“. Vielmehr wurden traditionelle Geschlechtervorstellungen perpetuiert. Transportierte schon ein Großteil der zeitgenössischen Werbung herkömmliche Geschlechterrollen, so waren auch die Siedlungen für die traditionelle Kleinfamilie erbaut worden. Die Elektrifizierung des Haushaltes stabilisierte die Tendenz, Hausarbeit in den privaten Raum zu verbannen und in der Öffentlichkeit unsichtbar zu machen.

Die Forschung hat bereits mehrfach auf die „Privatisierung“ der Hausarbeit hingewiesen. Dies wurde vor allem für die Tätigkeit des Waschens betont. Denn während das vorindustrielle Wasche Waschen eine Verrichtung im öffentlichen Raum war, insofern es in aller Regel im Freien, am Tag und auf öffentlichen Plätzen geschah,³⁰ vollzog sich im Zuge der Industrialisierung nicht nur eine zunehmende

²⁸ Vgl. DW Dreyse, *May-Siedlungen. Architekturführer durch acht Siedlungen des neuen Frankfurts 1926-30*, Frankfurt 1987.

²⁹ Vgl. Gerd Kuhn, *Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880-1930*, Bonn 1998; Heßler, *Mrs. Modern Woman*, S. 293ff.

³⁰ Barbara Orland, *Das Private im Öffentlichen. Zur Technisierung des Wasche Waschens*, in: Sibylle Meyer/Eva Schulze (Hg.), *Technisiertes Familienleben. Blick zurück und nach vorn*, Berlin 1993, S. 59- 75, hier S. 63.

Trennung von privatem Wohnbereich und Arbeitswelt, sondern die Wäschepflege wurde zum Beispiel auch mit polizeilichen Verboten aus der Stadtöffentlichkeit verbannt.³¹ Darüber hinaus machte die Entwicklung der Städte das Waschen am Fluss rasch unmöglich, wie beispielsweise in Frankfurt, wo der Schiffsverkehr auf dem Main erheblich zugenommen hatte, die Kais schlechter zugänglich waren und das Wasser immer mehr verschmutzte.³² Häufig wurde die Wäsche dann in den ohnehin überbelegten Wohnungen, meist in der Küche auf dem Herd neben dem Kochtopf oder im Treppenhaus oder gar im Hof gewaschen. Brachte die Elektrifizierung des Haushalts schließlich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hier eine Verbesserung, so wurde in der Literatur auch deren „Verlustseite“, nämlich die Privatisierung der Hausarbeit beklagt, die gewissermaßen „Stätten praktizierenden Feminismus“ beseitigt hätte.³³

Hier wäre allerdings zu betonen, dass dieser „Verlust“ gesellschaftlich-kulturellen Vorstellungen entsprach, die durch die Elektrifizierung des Haushaltes allenfalls stabilisiert, jedoch nicht ausgelöst wurde. Denn kollektive Wohnformen und Wascheinrichtungen fanden im städtischen Umfeld wenig Anklang.³⁴ Am Ende des 19. Jahrhunderts war auch im Mietwohnungsbau eine abgeschlossene Etagenwohnung mit eigener Küche zur Selbstverständlichkeit geworden. Anders als im Dorf, wo Gemeinschaftsanlagen akzeptabel schienen,³⁵ setzte sich in der Stadt das Modell des individualisierten Familienhaushalts bürgerlicher Provenienz durch. Entsprechend zeigte sich auch in den Frankfurter Siedlungen, dass die elektrisch ausgestatteten Zentralwaschküchen kaum oder nur ungern genutzt wurden: die Frauen wollten ihre Wäsche nicht an einem „öffentlichen Ort“ waschen.³⁶

Frauen waren also im Kontext der Elektrifizierung in der Zwischenkriegszeit in der Öffentlichkeit vor allem als Werbefiguren zu sehen, während sich ihr – meist noch nicht elektrifizierter – Alltag im wesentlichen im privaten Bereich abspielte. Gleichzeitig ist auch eine andere Seite der Elektrifizierung der Städte zu bedenken: Während die virtuelle Welt der Haushaltstechnisierung in den 1920er und 1930er Jahren das Bild der städtischen Mittelschichts-Hausfrau zeichnete, schuf die Elektroindustrie – gerade für Frauen – neue, in der Regel schlecht bezahlte Arbeitsplätze. Darüber hinaus traten bürgerliche Hausfrauen, vor allem Mitglieder der Hausfrauenvereine, in die Öffentlichkeit, um für die Verbreitung elektrischer

³¹ Vgl. ebd., S. 67.

³² Stadtarchiv Frankfurt am Main, Stadtverordneten-Versammlung, Akte 1.558.

³³ Vgl. Kuhn, Wohnkultur, S. 35.

³⁴ Orland, Das Private, S. 67; Dörr, Der technisierte Rückzug.

³⁵ Beate Krieg, „Landfrau, so geht's leichter!“ Modernisierung durch hauswirtschaftliche Gemeinschaftsanlagen mit Elektrogroßgeräten im deutschen Südwesten 1930-1970, München 1996.

³⁶ Vgl. Heßler, Mrs. Modern Woman, 301f.

Geräte zu werben. Im öffentlichen bzw. im halböffentlichen Raum der Hausfrauenvereine, der Ausstellungen und Werbeveranstaltungen, verließen sie jedoch nie ihre Rolle als Hausfrau: sie warben gewissermaßen im öffentlichen städtischen Raum als Vertreterinnen des privaten Raums für dessen Elektrifizierung.³⁷

Die nationalsozialistische Elektro-Offensive: Ein weiterer virtueller Ort der städtischen Elektrifizierung

Während der Zeit des Nationalsozialismus fehlten die städtischen „Experimentierfelder“ sowie die realen Erfahrungen neuer Elektrifizierungsschübe.³⁸ Dafür wurde jedoch die Propaganda für elektrische Haushaltsgeräte massiv verstärkt. Die virtuelle Welt der Elektrifizierung wurde dichter, aufdringlicher, massiver. Elektroindustrie, Elektrizitätswerke, Elektroinstallateure und staatliche Stellen organisierten einen wohldurchdachten, „generalstabsmäßig geplanten Werbefeldzug“, um den Bedarf nach elektrischen Haushaltsgeräten zu wecken.³⁹ Auffallend ist hierbei der militärische Jargon, dessen sich die Werbung bediente. Als „Elektroanriff“ wurde die 1934/35 reichsweit durchgeführte Kampagne bezeichnet. Die so genannten „Elektrofronten“ starteten eine riesige Werbeaktion. Innerhalb von zwei Jahren wurden über 1,1 Millionen Flugblätter verteilt, rund 30.000 Plakate geklebt und 221 Kinowerbungen vorgeführt, Anzeigen in Zeitungen veröffentlicht, zwei Hörspiele und zwei Reportagen gesendet.⁴⁰ Die neu geschaffene Figur des Strommännchens, ein freundlich strahlender elektrischer Stecker, war als Schaufensterfigur, Anstecknadel, Pappfigur und dergleichen nahezu in allen Elektrogeschäften, in allen Straßen größerer Städte, auf Straßenbahnen etc. zu sehen. Das Strommännchen personifizierte den Strom und bat mit dem Slogan „Laß mich herein, Dir dienstbar zu sein“ um Einlass in die Haushalte.⁴¹ Auch wenn der elektrische Stecker als Strom*männchen* bezeichnet wurde, so kann man dennoch nicht den Schluss ziehen, die Werbung für Elektrizität bediente sich nun männlicher Figuren; eher könnte man dieses Werbeemblem so interpretieren, dass dienst-

³⁷ Vgl. ebd., S. 191ff.

³⁸ Während im Kontext des nationalsozialistischen Wohnungsbaus die Elektrifizierungsversuche der Weimarer Republik nun verurteilt und nicht weitergeführt wurden (vgl. Heßler, *Mrs. Modern Woman*, S. 307ff.), richtete das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft Versuchsdörfer ein. Vgl. Daniela Münkler, „Ein besseres Leben für die Landfrau?“ Technik im bäuerlichen Haushalt während der NS-Zeit, in: *metis*, (1995), H. 1, S. 41-59, hier S. 54.

³⁹ *Elektrotechnische Zeitschrift* (1933), H. 38, S. 925.

⁴⁰ *Elektrowärme* (1935), H. 10, S. 263.

⁴¹ *Elektrizitätswirtschaft* (1935), Nr. 4/5, S. 106ff.; vgl. dazu: Sven Tetzlaff, „Laß mich hinein ...!“ Die Eroberung der Haushalte durch die Elektrizitätswirtschaft, in: *Museum der Arbeit* (Hg.), „Das Paradies kommt wieder ...“, Hamburg 1993, S. 10-25.

bare Männer am besten als infantile Comic-Figuren gezeichnet werden konnten und damit mit dem männlichen (und weiblichem) Bild vom „richtigen“ Mann nicht konkurrierten.

Die „Werbefeldzüge“ glichen einem propagandistischen Trommelfeuer, das mit immensem Aufwand versuchte, „alle Volksgenossen“ zu erreichen. Im Hinblick auf die Geschlechterrollen, die dabei konstruiert werden, sind zweifellos Kontinuitäten zur Zeit der Weimarer Republik zu verzeichnen, die allerdings rassistische Implikationen erhielten: gemeint war nun die arische Hausfrau. Diese wurde, wie schon in der Weimarer Zeit, als „moderne“ Hausfrau inszeniert, die im souveränen Umgang mit der neuen elektrischen Technik den Haushalt managt. Die Elektrifizierung des Haushalts stand im Kontext des kleinbürgerlichen Familienideals, war eng verknüpft mit Vorstellungen von der Rolle der Frau als Hausfrau, die damit einen verantwortungsvollen Beitrag für „Familie, Volk und Vaterland“ leisten sollte. Nach 1936 ließen nicht nur die Werbekampagnen nach, zudem änderte sich das Frauenbild: Von nun an propagierte die NS-Werbung die Elektrifizierung im Kontext der Berufstätigkeit der Frau, um – so die Botschaft – ihre aus staatspolitischen Gründen notwendige Doppelbelastung als Hausfrau *und* erwerbstätige Frau zu erleichtern.⁴²

Kriege: De-Elektrifizierung

Deutete sich schon 1936 ein Wandel an, indem die mit ungeheurem Aufwand aufgebaute „virtuelle Welt der Elektrifizierung“ des städtischen Haushalts zunehmend aus dem öffentlichen Raum verschwand, so bedeutete vor allem der Krieg eine „De-Elektrifizierung“ der Städte. Bereits im Ersten Weltkrieg war die Bevölkerung mit Aufrufen zum sparsamen Umgang mit elektrischen Licht konfrontiert worden; der Kohlemangel und die Priorität kriegswichtiger Produktion hatten zu Einschränkungen der elektrischen Beleuchtung und schließlich zu ihrem Verbot geführt. Veranlasste dies einige Zeitgenossen zu poetischen Beschreibungen des wieder entdeckten städtischen Dunkels, der Schönheit der nächtlichen Stadt, des „reinen und geheimnisvollen“ Mondlichtes,⁴³ so dürften solchermaßen lyrische Verarbeitungen des Kriegsgeschehen im Zweiten Weltkrieg angesichts der Verdunklungen, des Verbots der Nutzung elektrischer Geräte, aber vor allem angesichts des Schreckens der Bombenangriffe, der Aufenthalte in Bunkern, des Anblicks brennender Städte, des Mangels an Lebensnotwendigem, der Sorge um Angehörige

⁴² Gleiches ist in jenen Jahren für die Elektrifizierung der Landwirtschaft zu beobachten, die dazu dienen sollte, die angeblich eingesparte Zeit in Hof- und Feldwirtschaft „zur Unterstützung der Autarkiebestrebungen des Regimes und damit dessen Kriegsführungsfähigkeit“ einzusetzen. Münkler, Ein besseres Leben, S. 58f.

⁴³ Vgl. Binder, Elektrifizierung, S. 352f.

sowie des Wissens um Verfolgungen und Terror keinen Platz mehr gehabt haben. Das Ausfallen von Verkehrsmitteln, von Strom und Gas, Hunger und Sorge um Angehörige stand in scharfem Kontrast zur angekündigten vollelektrifizierten Welt.⁴⁴

Die „Vollelektrifizierung“ der Städte nach dem Zweiten Weltkrieg – das Ende des urbanen Lebensstils?

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Elektrifizierung des städtischen Lebens zur Selbstverständlichkeit; ihre Geschichte ist eine der zunehmenden Technisierung: kaum ein städtischer Lebensbereich mehr, der ohne Strom noch funktionieren würde. Entsprechend lässt ein Stromausfall das städtische Leben völlig stillstehen. Die Haushalte sind mit allen erdenklichen elektrischen Geräten ausgestattet; die öffentlichen Verkehrsmittel basieren, zumindest in den größeren Städten, auf S-, U- und Straßenbahnen; die Arbeitswelt sowie die Sphäre der Freizeit und Großteile der alltäglichen Kommunikation sind elektrifiziert.

Doch steht die umfassende Elektrifizierung städtischen Lebens nicht nur als Chiffre für einen urbanen Lebensstil, denn sie war bereits um die Jahrhundertwende auch mit Hoffnungen auf ein Leben außerhalb der Stadt verbunden. Dem entsprach schließlich die nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Einsetzen der Massenmotorisierung rapide zunehmende Suburbanisierung, die vielfach auch das Geschlechterverhältnis konturierte: „Schlafstädte“ und „Grüne Witwen“ wurden – im Unterschied zu der Zwischenkriegszeit – nunmehr zu Synonymen für eine Ausfransung der Städte und einer de-urbanisierten Lebensweise in den Siedlungen der 50er und 60er Jahre, bei der die „Nur-Hausfrau“ weitgehend auf die Privatsphäre fixiert blieb. Die Gegenbewegung in den sechziger Jahren (Jacobs, Mitscherlich, Bahrdt), die wieder auf eine stärkere Verdichtung und damit eine größere Urbanität drängte, konnte den Trend zur zunehmenden Suburbanisierung und damit zur Privatisierung des Lebensstils jedoch nicht aufhalten.

Dieser Trend wurde von der Haushaltstechnisierung gestützt, die in der bundesdeutschen Nachkriegszeit dem in der Zwischenkriegszeit gelegten Pfad einer zunehmenden Privatisierung der Hausarbeit folgte. Axel Schildt verwies auf die Verhäuslichung und den Rückzug ins eigene Heim, die mit der Verbreitung von

⁴⁴ Vgl. Marie-Luise Recker, Wohnen und Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, in: Lutz Niethammer (Hg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Wuppertal 1979, S. 408-428.

Radio und Fernsehen in den 1950er und 1960er Jahren einhergingen.⁴⁵ Galten Radio und Fernsehen wie auch das Kino als Insignien der modernen Massenkultur und damit als urbanes Phänomen, so trugen sie auch zu einem Rückzug in den abgeschirmten, privaten Raum und zu einem Rückgang des Besuchs öffentlicher Veranstaltungen und Vergnügungen bei. Entsprechend wirft Joan-Anton Sánchez de Juan die Frage auf: „What is specifically urban about television?“⁴⁶ John Foot verweist darauf, dass „the urban aura of television (is based) in more ephemeral values of urban living, more ideological than real, more mythical than realist“⁴⁷. Die Realität des Rückzugs ins Private, wie sie in den meisten europäischen Ländern und vor allem in den USA zu beobachten war, entsprach dem traditionellen Familienmodell, in dem die herkömmlichen Geschlechterrollen weitergelebt wurden und in das die Elektrifizierung der Städte eingebettet wurde. Alternativentwürfe wie beispielsweise Konzepte zur Zentralisierung der Hausarbeit oder öffentliche Radio- oder Fernsehclubs, waren dagegen nur marginale und vorübergehende Erscheinungen.

Wurde die Elektrifizierung der Städte somit zum Inbegriff des großstädtischen Lebens, zum Ausweis einer modernen Urbanität, die von Anfang an den Keim deren Auflösung in sich trug? In jüngster Zeit wird den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ein Potential zur Auflösung der Städte nachgesagt. Arbeit, Kommunikation, Einkauf – alles scheint ortsunabhängig vom heimischen Internetanschluss aus möglich zu sein. Die Prophezeiungen, die daher die Auflösung des Städtischen ankündigen, bleiben allerdings keineswegs unwidersprochen. Bezogen auf die Rolle des Lokalen wird vielmehr in Ablehnung dieser These auf die zunehmende Bedeutung des Städtischen für Ökonomie, Politik und Gesellschaft hingewiesen.⁴⁸

Darüber hinaus erweisen sich die Informations- und Kommunikationstechnologien jedoch nicht nur bezüglich ihrer Auswirkungen auf das Städtische, auf das Verhältnis von öffentlichem und privatem Raum als Diskussionsobjekt. Nicht zuletzt lösen sie auch im Hinblick auf die Geschlechterrollen wiederum Debatten aus:

⁴⁵ Vgl. Axel Schildt, Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 458-476; ders., *Der Beginn des Fernsehzeitalters: Ein neues Massenmedium setzt sich durch*, in: ebd., S. 477-492.

⁴⁶ Joan-Anton Sánchez De Juan, *Writing Urban History for the Twentieth-Century City*, in: *Contemporary European History*, 12. (2003), H. 4, S. 573-584, hier S. 583.

⁴⁷ John Foot, *Milan since the Miracle, Culture and Identity*, Oxford 2001, S. 106; zitiert nach Sánchez de Juan, S. 183.

⁴⁸ Vgl. Martina Heßler, *Stadt als innovatives Milieu – Ein transdisziplinärer Forschungsansatz*, in: *Neue Politische Literatur*, 47. (2002), H. 2, S. 193-223, hier S. 215ff.

So glaubt beispielsweise Rosalind Williams im Hinblick auf Informations- und Kommunikationstechnologien eine scharfe Zäsur in den *Gender*-Beziehungen zu beobachten: „The male productive role is at least as much changed in the transition from an industrial to an information society as it was in the transition from a hunting to an agricultural society.“⁴⁹ Williams verbindet dies mit Hoffnungen auf eine emanzipatorische Weiblichkeit, insofern Frauen im Aneignungsprozess der neuen Techniken Männern gegenüber im Vorteil seien: „The advantages of masculinity in labor are not evident in the information age, when labor involve manipulating keyboards and buttons, reading, writing, calculating, and speaking.“⁵⁰ Saskia Sassen verweist dagegen darauf, dass auch die wenigen „global cities“ mit ihren weltweiten Vernetzungen einer lokalen Basis bedürfen, indem sie auf lokale Dienstleistungen und industrielle Produktion angewiesen sind, die als minderqualifizierte Tätigkeiten – wie schon in der Elektroindustrie der 1920er Jahre – vor allem von Frauen, und zwar häufig in Teilzeitbeschäftigung, ausgeübt werden.⁵¹

Betrachtet man schließlich die Werbung für diese neue Technologie, so findet man überwiegend attraktive, selbstbewußte, moderne Karrierefrauen, die souverän mit dem Computer oder dem Internet umgehen. Auch die Kommunikations- und Unterhaltungstechnologien, die seit den 1980er Jahren zunehmend miniaturisiert und als Walkman oder Handy als tragbare Geräte verkauft werden, arbeiten mit einem ähnlichen Frauentyp, den Heike Weber als „female cyborg“⁵² bezeichnete: ein unabhängiger, cooler Frauentyp, der völlig selbstbezogenen und verschmolzen mit der Technik nun den öffentlichen Raum erobert hat. Mithin hat die Frau in der Werbung der Informations- und Kommunikationstechnologien den privaten Raum verlassen, während auf der anderen Seite deren Potential zum Rückzug aus dem öffentlichen Raum betont wird.

Der Blick auf ein Jahrhundert Elektrifizierung verweist somit auf den historischen Wandel der Konstruktionen von Weiblichkeit, die jeweils eng mit Zuweisungen einer bestimmten Rolle im öffentlichen bzw. privaten Raum verbunden waren, ferner auf die Stadt als Ausgangspunkt der Elektrifizierung sowie ihre ambivalente Rolle in der Konstitution bzw. Auflösung eines urbanen Lebensstils.

⁴⁹ Rosalind Williams, *Retooling: A Historian Confronts Technological Change*. Cambridge/MA 2002, S. 213. Ich danke Heike Weber für diesen Hinweis.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Saskia Sassen, *The Global City*. New York, London, Tokyo, 2. Aufl., Princeton/Oxford 2001, Kap. 8 und 9.

⁵² Vgl. Heike Weber, *Female Cyborgs: Envisioning Women As Users of Everyday Technologies*, Vortrag gehalten März 2004, Konferenz „The Picturing Women“, Bryan Mawr College.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: Siemens-Forum, München.

Abb. 2: AEG-Archiv, Deutsches Technikmuseum Berlin.

Martina Heßler, Dr. phil., Historisches Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, e-mail: martina.hessler@rwth-aachen.de

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe

Die Historische Kommission für Westfalen bereitet zur Zeit in Kooperation mit dem Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster ein vierbändiges Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe vor, das 2005/2006 erscheinen soll. Es handelt sich hierbei um drei Teilbände für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Hinzu kommt ein Band mit Generalia, der Methodendiskussionen, jeweils ein Resümee des Forschungsstandes und der Überlieferungslage sowie Erörterungen landesgeschichtlicher Fragestellungen zur jüdischen Historiografie in Gesamtwestfalen ab 1806 beinhalten wird. Die insgesamt ca. 230 Ortsartikel werden von 180 Autorinnen und Autoren erarbeitet, die vielfach in Archiven und Museen sowie sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen tätig und mit der Materie bestens vertraut sind.

Die Historische Kommission hat die Herausgeberverantwortung für das Gesamtwerk an fünf ihrer Mitglieder – Prof. Dr. F. Göttmann/Paderborn, Prof. Dr. K. Hengst/Paderborn, Prof. Dr. F.-J. Jakobi/Münster, Prof. Dr. P. Johaneck/Münster, Prof. Dr. W. Reininghaus/Düsseldorf – übertragen und die Projektkoordination an Dr. Susanne Freund im Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster. Finanziert wird das Projekt durch Drittmittel. Die Schirmherrschaft hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. h.c. Paul Spiegel, übernommen.

Das Handbuch wird im Längsschnitt die gesamte westfälisch-jüdische Geschichte dokumentieren, ohne zeitliche Schwerpunkte oder inhaltliche Akzente zu setzen. Vielmehr soll das Zusammenleben der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung von den Anfängen bis zur Nachkriegszeit, einschließlich der heutigen Erinnerungskultur beispielsweise in Form von Gedenksteinen und -tafeln an den Plätzen der ehemaligen jüdischen Friedhöfe oder Synagogen, dokumentiert werden. Dies beginnt mit der ersten Erwähnung jüdischen Lebens, reicht über die rechtliche Lage, Vertreibungen und Konflikte, den Anteil der jüdischen Bevölkerung am Handel und wichtige Wirtschaftsfaktoren bis hin zur Integration in bürgerliche Vereine

oder zur Teilnahme jüdischer Soldaten am Ersten Weltkrieg, um nur einige Punkte zu nennen. Alle Beiträge folgen grundsätzlich einer einheitlichen Struktur, so dass Vergleiche gezogen, Parallelen und Divergenzen herausgearbeitet werden können. Besonders hervorgehoben werden die Kultuseinrichtungen, also die Bedeutung der Betstuben und Synagogen, der topografische Nachweis und die Beschreibung der Begräbnisplätze sowie das jüdische Unterrichts- und Schulwesen.

Jüdinnen und Juden waren von jeher ein aktiver Teil der jeweiligen lokalen beziehungsweise regionalen Gesellschaft. Vor allem im Wirtschaftssektor nahmen sie stets wichtige Funktionen ein, und spätestens seit dem 19. Jahrhundert partizipierten sie als Mitglieder in örtlichen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden oder Parteien am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben. Andererseits wurden sie immer wieder als Minorität diskriminiert und verfolgt. Pogrome und Übergriffe gab es bekanntlich bereits im Mittelalter, und der Jahrhunderte überdauernde virulent wirkende Antisemitismus bereitete schließlich den Boden für die Judenverfolgung und -vernichtung durch die Nationalsozialisten. Davon unabhängig waren aber im Jahre 1933 viele kleinere jüdische Landgemeinden, die lange Zeit selbständig existiert hatten, längst aufgehoben worden. Auf der einen Seite ergaben sich diese Auflösungstendenzen durch die flexiblen Organisationsformen der jüdischen Bevölkerung. Auf der anderen Seite bewirkte das preußische Gesetz vom 23. Juli 1847 „über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“ neue Konstellationen durch die Konstituierung von Synagogenhauptgemeinden, denen sich andere jüdische Gemeinden anschließen mussten. Bei den insgesamt 230 in den drei Teilbänden Regierungsbezirk Arnsberg, Detmold und Münster aufgenommenen Ortsartikeln handelt es sich also nicht um eine endgültige Zahl; vielmehr sind im Verlauf der Forschungen durchaus neue Ergebnisse und Hinweise auf noch unbekannte jüdische Gemeinden und Gemeinschaften zu erwarten. Auch sollen gegebenenfalls einzelne jüdische Familien über das Register nachgewiesen werden, so dass insgesamt ein umfassendes Nachschlagewerk zur westfälisch-jüdischen Geschichte entsteht.

Das Handbuch erfüllt demnach eine zweifache Funktion: Zum einen wird ein umfassender zeitlicher und inhaltlicher Überblick zur jüdischen Geschichte in der Region Westfalen und Lippe geboten, zum anderen ergibt sich als Zwischenbilanz durch den Nachweis der benutzten Archivalien bereits die Basis eines Spezialinventars, das in Zusammenarbeit mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem geplant ist. Das Handbuch versteht sich somit als „lebendes Buch“, das Perspektiven künftiger Forschungen aufzeigen und eine verlässliche Grundlage für künftige Arbeiten bieten wird.

**Susanne Freund, Dr. phil., Institut für vergleichende Städtegeschichte Münster
e-mail: freunds@uni-muenster.de**

Städte im Sozialismus (Tagungsbericht)

Die vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner und der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte der TU Berlin durchgeführte Konferenz „Städte im Sozialismus“ diente nicht nur der Bilanzierung der Ergebnisse des gemeinsam durchgeführten Projektes über Industriestädte in der DDR, sondern stellte diese in den weiteren Kontext der „Stadt im Sozialismus“ und öffnete damit den Blick in Richtung Mittel- und Osteuropa.

Wie der Tagungsleiter Heinz Reif von der TU Berlin in seinem Eröffnungsbeitrag hervorhob, könne Städtebau und Stadt-Politik in der DDR nicht einseitig als Ergebnis zentralstaatlicher Politik und Planung betrachtet werden, vielmehr müssten die konkreten Entscheidungskonstellationen und Handlungsspielräume kommunaler Akteure sowie der Einfluss der Stadtbevölkerung auf den Alltag und die Deutung der „sozialistischen Stadt“ verstärkt in den Blick genommen werden.

Im Zentrum des einführenden Vortrages von Adelheid von Saldern (Hannover) stand die Frage nach der Integration der DDR-Stadtgeschichte in eine internationale Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei müsse die DDR als Arbeitsgesellschaft wahrgenommen und die zentrale Rolle der Großbetriebe beachtet werden. Sie verwies zudem auf eine massive Hierarchisierung der DDR-Städte, die zu Lasten der Kleinstädte ging. Es zeige sich eine zunehmende Ökonomisierung der Kommunalpolitik sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Während in der DDR vor allem die Beziehungen nach oben eine maßgebliche Rolle gespielt hätten, habe in der Bundesrepublik eine Imagepolitik unter ökonomischen Gesichtspunkten eine zunehmende Rolle gespielt. Im Hinblick auf städtische Repräsentationen und Imagepolitik ließen sich zwar unterschiedliche Schwerpunktsetzung für die DDR und die Bundesrepublik ausmachen, es seien jedoch auch Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ein Verschweigen der Mitverantwortung im Nationalsozialismus sowie in der Hervorhebung großer Traditionen in einer „Großerzählung des Wiederaufbaus“ zu verzeichnen.

Das Spannungsverhältnis zwischen den Entwicklungsmustern einzelner DDR-Städte einerseits und übergreifenden städtebaulichen Paradigmenwechseln und politischen Entwicklungslinien andererseits stand im Zentrum des Vortrages von Christoph Bernhardt (Erkner). Am Beispiel der Wohnungsbaupolitik in Eisenhüttenstadt hob er den diskontinuierlichen Charakter der Stadtentwicklung, die

moderierende Rolle der Stadtplanung sowie der technischen Standardanhebungen als Gegenteil zur Rationalisierung im Wohnungsbau hervor. Über die Wohnungsbaukombinate griff der Rat des Bezirkes in die Wohnungsbauprogramme ein, die starken zyklischen Schwankungen in den einzelnen Kommunen unterlagen. Er verwies dabei auf ein zeitgenössisches Ranking des Sich-Heimisch-Fühlens in den Städten, dessen Bestimmungsfaktoren jedoch noch erforscht werden müssten.

Das Geflecht von Stadt und Betrieb nahm Peter Hübner (Potsdam) in seinem Vortrag über städtisches Leben in DDR-Industriestädten in den Blick. Dabei warf er die Frage nach einer „Verarbeiterlichung“ auf. Städtisches Leben habe Züge des Betriebsalltags angenommen, Wohnungsbau und Infrastruktur seien vor allem den Bedürfnissen der in den größeren Betrieben Beschäftigten bzw. der Betriebe selbst gefolgt.

Die Frage nach den Handlungsressourcen kommunaler Politik im zentralistischen System der DDR stand im Zentrum der folgenden Sektion. Am Beispiel der Kleinstadt Ludwigsfelde arbeitete Carsten Benke (Berlin) dabei die Spielräume der Kommunalpolitik im Spannungsfeld von zentralen und örtlichen Staatsorganen, ansässiger Industrie und den Erwartungen der Bevölkerung heraus. War der Stadtrat in Konfliktsituationen gegenüber der zentralen Ebene zwar weitgehend machtlos, so konnten in diffizilen Aushandlungsprozessen zwischen Stadt, Kreis, Bezirk und örtlicher Industrie teilweise durchaus städtische Interessen durchgesetzt werden. Nach 1965 setzte eine Professionalisierung der Stadtverwaltung ein und trotz der Einbindung in die Staats- und Parteibürokratie entwickelte diese ein ausgeprägtes Selbstverständnis als Interessenvertretung ihrer Stadt.

Albrecht Wiesner (Potsdam) plädierte in seinem Vortrag für einen Politikbegriff, der sich für eine Analyse zentraler wie peripherer Machtsphären gleichermaßen eigne. Notwendig sei eine Analyse der informellen Beziehungsnetzwerke, der Rolle einzelner Personen, der Motivationen und Mentalitäten der Stadtbürger um zu einem differenzierteren Verständnis der die politische Aushandlungsprozesse bestimmenden Machtressourcen zu kommen.

Frank Betker (Aachen) ging in seinem Beitrag auf die örtlichen Büros für Stadtplanung und die Rekrutierungswege der hier arbeitenden Experten für die räumliche Planung ein. Eine Struktur, die durch Paradoxien, Differenzierungs- und Entdifferenzierungsprozesse geprägt war, provozierte informelles und „eigensinniges“ Handeln der Akteure geradezu. Die Stadtplaner und Architekten zeichneten sich durch ein bürgerliches Handlungsprofil aus, wobei die Akkumulation sozialer und beruflicher Wertschätzung zentraler „Sinnbezug“ der Berufsausübung war.

Die letzte Sektion dieses Konferenztages widmete sich anhand der Fallbeispiele Rostock, Neubrandenburg und Jena der „Stadtplanung zwischen sozialistischen

Visionen und defizitärer Urbanisierung“. Mit Rostock wandte sich Thomas Wolfes (Berlin) einer Stadt zu, die in der Städtehierarchie der DDR weit oben stand. Durch die Ernennung zur Bezirkshauptstadt auch administrativ aufgewertet, wirkten bei der Umgestaltung zur sozialistischen Industriestadt langfristige Prägungen entscheidend mit. Stand auf der einen Seite der Versuch, bürgerliche Traditionen weitgehend zu beseitigen, so wurde gleichzeitig in städtebaulicher Hinsicht an diese angeknüpft, indem Rücksicht auf die überkommenden urbanen Strukturen genommen wurde. Aufgrund der nationalen Bedeutung der Stadt besaß die kommunale Ebene unter Ausnutzung informeller Kontakte zur Bezirksebene relativ große Handlungsspielräume bei der Ausgestaltung der Stadt.

Der Städtebau Neubrandenburgs war hingegen, wie Brigitte Raschke (Berlin) aufzeigte, vor allem durch Diskontinuitäten geprägt. Häufig fehlten gesicherte Zahlen als Basis für die Planungen, teilweise erfolgten keine klaren Funktionsbestimmungen. Hinzu kamen wechselnde politische Vorgaben. War zunächst ein Kulturhaus geplant, das sich gestalterisch an das Bremer Rathaus angelehnte, war dieses mit der Propagierung der sozialistischen Stadt nicht mehr opportun.

Rüdiger Stutz (Jena) wies in seinem Vortrag zur Jenaer Stadtplanung darauf hin, dass sich Konflikte zwischen Befürwortern einer bewahrenden Modernisierung des mittelalterlichen Stadtbildes und kompromisslosen „Neugestaltern“ nicht erst seit 1945 herausbildeten, sondern bereits seit 1938 bestanden. Die Konfliktlinie sei dabei inmitten der traditionellen Jenaer Universitäts- und Industriemilieus zu verorten. So formierte sich Ende der dreißiger Jahre eine Front von „Neugestaltern“, die sich aus profitbestimmten Bereichen der Universität sowie dem Unternehmensmanagement von Zeiss und regionalen Strukturpolitikern zusammensetzte.

„Zwischen Sanssouci des Sozialismus und Arbeiterintensivhaltung“ lautete der Titel des Vortrages von Philipp Springer (Berlin), der sich aus einer erfahrungsgeschichtlichen Perspektive mit dem Konsum als einem zentralen Bestandteil der städtischen Lebenswelt in Schwedt beschäftigte und damit die Sektion „Alltag und Öffentlichkeit“ am zweiten Kongresstag eröffnete. Schwedt entstand als drittes städtebauliches Neubauprojekt der DDR unter großem Zeitdruck und wurde zum Inbegriff eines grauen und monotonen Städtebaus, von Zeitzeugen als „Arbeiterintensivhaltung“ bezeichnet. Die Stadt verfügte jedoch über eine weitaus bessere Versorgung mit Konsumgütern als die meisten Städte der DDR. Der Konsum entwickelte so eine geradezu identitätsstiftende Wirkung. Das 1972 eröffnete Zentrum Warenhaus wurde zum zentralen Bestandteil der städtischen Selbstdarstellung, zum beliebten privaten Fotomotiv und trug zur Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt bei. Mit der Verschlechterung des Warenangebots seit Ende der siebziger Jahre büßte der Konsum jedoch zunehmend seine identitätsstiftende Funktion ein.

Lu Seegers (Gießen) arbeitete in ihrem Vortrag die enge Verflechtung von Festkultur und städtischem Alltagsleben heraus. Stellten städtische Feste einerseits inszenierte Ausnahmesituationen dar, mit denen Gemeinschaftlichkeit erzeugt werden sollte, so verwiesen sie doch gleichzeitig auf alltägliche Wahrnehmungen und Konfliktpotenziale. So konnte der Widerspruch zwischen Festtagsinszenierung und alltäglicher Realität, wie er z.B. durch eine Vielfalt des Warenangebots während der Leipziger Messe bei alltäglichem Mangel zum Ausdruck kam, durchaus zu Kritik und Ablehnung führen. Städtische Feiern wurden aber auch genutzt, virulente Konfliktpotenziale zu überdecken oder gezielt gegen diese vorzugehen, wie die Zerschlagung einer Clique von „auffälligen“ Jugendlichen im Vorfeld der 850-Jahrfeier von Zwickau zeigt.

Petr Lozoviuk (Prag/Dresden) stellte in seinem Beitrag Teilergebnisse eines ethnologischen Forschungsprojektes zur „Alltagskultur im Sozialismus“ vor. Basierend auf einem Sample von 109 Interviews, die zwischen 2001 und 2002 in der tschechischen Industriestadt Žďár nad Sázavou erhoben wurden, zeigte er die divergierenden Wahrnehmungsmuster von Einheimischen und Zugezogenen in einer Stadt auf, die während der fünfziger Jahre eine rasche Industrialisierung erfahren hatte und zur „modernen sozialistischen Musterstadt“ mit einer homogenen Kultur und Soziallandschaft umgewandelt werden sollte.

Mittel- bzw. osteuropäische Perspektiven standen dann auch im Zentrum der beiden folgenden Sektionen. Christiane Post (Berlin) referierte über die städtebaulichen Diskussionen in der Stalinära, in deren Zentrum die Planung der neuen Stadt Magnitogorsk sowie seit 1931 Konzeptionen zum Umbau vorhandener Städte, wie der Generalbebauungsplan Moskaus, standen. Diese Debatten zeichneten sich vor allem in der Anfangszeit durch die Radikalität der städtebaulichen Konzeptionen sowie durch eine breite Beteiligung internationaler Experten wie Ernst May, Le Corbusier und Albert Kahn aus. War das Spektrum der Planungen für den Stadtneubau extrem breit und mit einer radikalen Umgestaltung von Gesellschaft und Alltag verbunden, zeichnete sich ab 1931 mit einer stärkeren Einmischung der Führungsgruppe um Stalin ein Paradigmenwechsel ab, der radikale Experimente untersagte.

Thomas Bohn (Jena) ging in seinem Vortrag auf die Planungsgeschichte der Stadt Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg ein, die im Krieg vollständig zerstört wurde und in der Folgezeit durch eine extreme Zuwanderung geprägt war. Bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von mehr als 5% und einer Situation permanenten Mangels bauten zuwandernde Familien häufig ihre Holzhäuser im Heimatdorf ab und in Minsk wieder auf, was zu einer Dominanz von Barackensiedlungen und einer „Verbäuerlichung“ der städtischen Lebensbereiche führte.

Ivan Nevzgodine (Novosibirsk/Delft) stellte verschiedenen Planvarianten für die neuen bzw. erweiterten Industriestädte am Ural und in Sibirien vor und betonte hierbei ebenfalls die große Bedeutung internationaler Experten wie des Deutschen Ernst May, aber auch nordamerikanischer Planer in den dreißiger Jahren.

Dem wechselvollen Verhältnis von Industriestadt und Werk wandte sich in der Fortsetzung der Sektion Dagmara Jejesniak-Quast (Frankfurt/Oder und Kraków) anhand der Beispiele Kraków/Nova Huta und Ostrava/Kuncice zu. Beide Industriestandorte waren eng mit den Städten verflochten und diesen administrativ angegliedert, werden jedoch bis heute in der Bevölkerung als eigenständig empfunden.

Brigitte Mihok (Berlin) widmete sich in ihrem Vortrag dem Zusammenhang von forcierter Industrialisierung und Ethnopolitik im multi-ethnischen Siebenbürgen. Die Industrieförderung nach 1966 und die damit verbundenen Regulierungsmaßnahmen im Beschäftigungsbereich richteten sich auf eine forcierte Ansiedlung rumänischer Arbeitskräfte aus anderen Regionen sowie auf eine Dispersion ungarischer Fachkräfte und Intellektueller in andere rumänische Gebiete. Dies führte in Verbindung mit der Einschränkung des Bildungssystems der ungarischen Gruppe sowie der Auflösung von Minderheitenorganisationen nicht nur zur Schwächung der Ingroup-Solidarität der ungarischen Minderheit, sondern bis zum Ende der achtziger Jahre zu einem sichtbaren ethnischen Umschichtungsprozess.

Den Abschluss der Tagung bildete eine Diskussionsrunde (Christoph Bernhardt/Erkner, Harald Bodenschatz/Berlin, Adelheid von Saldern/Hannover, Thomas Schaarschmidt/Leipzig, Thomas Topfstedt/Leipzig), die nicht nur die Ergebnisse verschiedener Projekte zur Stadt bzw. Region in der DDR resümierte, sondern weitergehende Forschungsfragen aufwarf. Betont wurde die Notwendigkeit der Positionierung der Stadt in der Gesellschaftsgeschichte der DDR. So könne man durch die Stadt, als einem Ort der Integration, aber auch der Desintegration, zu einem genaueren Blick auf Gesellschaft und Herrschaft in der DDR kommen. Dabei wurde wiederholt die Bedeutung von Eliten und Netzwerken sowie die Notwendigkeit der genaueren Erfassung von Handlungsspielräumen betont, wobei der Begriff dynamisiert und vor dem Hintergrund der jeweiligen Akteurskonstellationen genauer bestimmt werden müsse.

Zudem verwiesen Adelheid von Saldern und Thomas Schaarschmidt auf die Bedeutung städtischer Inszenierungen und Diskurse. Metaphern wie Stadt- bzw. Heimatstolz könnten mit verschiedenen politischen Zielvorstellungen verbunden werden und so integrative Wirkung entfalten. Gefordert wurde zudem die Einordnung der Stadtgeschichte der DDR in eine internationale Perspektive sowie die Notwendigkeit von vergleichenden Untersuchungen hervorgehoben.

Damit – so das Ergebnis der lebhaft geführten Diskussion – erübrige sich in Anbetracht des gegenwärtigen Forschungsstandes jedoch eine monographische Zugangsweise keinesfalls.

Petra Behrens, Dipl.-Pol., Forschungsprojekt „Regionalbewußtsein und Regionalkulturen in Demokratie und Diktatur“ an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politikwissenschaft, e-mail: petrabeh@web.de

G E O R G W A G N E R - K Y O R A

Wiederaufbau-Politik und ihre Sinndeutungen (Projektbericht)

In einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt an der Universität Hannover¹ über “Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen” werden die “Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in bundesdeutschen Städten im Spannungsfeld von Experten-Politik und bürgerschaftlichem Engagement” im langen Zeitraum zwischen 1949–1989 analysiert.

Städtische Wahrzeichen behielten ihre identitätsprägende Wirkung für die Stadtbürgerschaft auch als Ruinen nach ihrer Kriegszerstörung bei. Ihr Wiederaufbau war dennoch keine Selbstverständlichkeit und beschwor in nahezu allen deutschen Städten kontroverse Debatten zwischen lokalen Eliten und der Öffentlichkeit herauf, welche die lokale Politik auf Jahrzehnte prägten. Lokale Wiederaufbau-Vereine versuchten – oft vergebens – gegen eine technokratische Macher-Mentalität aufzubegehren, welche die sentimentale Bindung an geschichtsträchtige Baudenkmale ignorierte und Neubauten an ihrer Stelle durchzusetzen versuchte. Seit den sechziger Jahren wurde dieses Konfliktfeld von den Bürgerinitiativen besetzt, sodass sich die Parameter kommunalpolitischen Politik-Managements dauerhaft verschoben.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, in einem ersten Schritt die kommunalpolitischen Entscheidungs- und Handlungsspielräume über den Wiederaufbau

¹ Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt der Universitäten Hannover und Hamburg sowie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg unter Leitung von Adelheid von Saldern und Axel Schildt, Bearbeiter ist der Autor.

wichtiger und umstrittener Baudenkmale zwischen lokalen Eliten, Vereinen, Bürgerinitiativen und Öffentlichkeit im Schnittpunkt divergenter Erwartungshaltungen zu analysieren. Damit leistet das Projekt einen Beitrag zur Erforschung der lokalen politischen Kultur der Bundesrepublik (synonym: der lokalen Kultur des Politischen). Zu beobachten sind lang anhaltende Aushandlungsprozesse zwischen Stadtplanern und Honoratioren, deren Experten-Charakter sich unter dem Einfluss von Bürgerinitiativen seit den sechziger Jahren zunehmend wandelte, indem er sich neuen Trägerschichten öffnete.

Partizipation und selbstbewusste Mitbestimmung, die in der Bewahrung oder in der Rekonstruktion von identitätsstiftenden Bauwerken ein ideales Betätigungsfeld entdeckten, veränderten das politische Klima in den Kommunen. So waren in den siebziger Jahren zwei Millionen Menschen in Wiederaufbau-Initiativen engagiert. Sie initiierten ein breitenwirksames bürgerschaftliches Engagement in Bürgerinitiativen, eine handlungsorientierte dezentrale Massenbewegung.

Mediale Öffentlichkeitswirkung und -inszenierung beförderten diesen Prozess einer Öffnung der lokalen politischen Kultur. Zu fragen ist, ob das kontinuierliche bürgerschaftliche Engagement zugunsten des Wiederaufbaus identitätsprägender Baudenkmale das Verständnis von Bürgerlichkeit und insbesondere von Stadt-Bürgerlichkeit gegenüber der lokalen Politik und ihren Eliten dauerhaft veränderte.

In einem zweiten Schritt sollen deshalb die Sinndeutungen der Baudenkmale thematisiert werden, ihre Diskurspraxen in der lokalen Öffentlichkeit. Wie wurde über die Baudenkmale geredet? Welche Elemente von bürgerschaftlicher Identitätsbildung waren mit ihnen verknüpft? Gab es eine bestimmte Richtung von lokaler Geschichtsdeutung, die mit den zerstörten Baudenkmalen verbunden wurde, und ließ sich diese in Hinblick auf partizipative Deutungsmuster erweitern? Kann in den Diskursen kollektiver Sinndeutungen von Wiederaufbau-Vorhaben ein Prozess zunehmender Partizipation lokalisiert werden oder entwickelten sich darin heterogene Deutungsweisen, die nostalgische und auch traditionell herrschaftsstabilisierende Deutungsmuster aktivierten?

Worin lagen überhaupt die Unterschiede der Deutungspraxen von Baudenkmalen in der lokalen Öffentlichkeit und von wem gingen sie aus? Waren sie an technische, an wirtschaftliche, an spezifisch stadtkulturelle, etwa an metropolitane oder mittelstädtische, oder auch an nationalgeschichtliche Identifikationsangebote gekoppelt? - Diese Fragen sollen in einer vergleichenden Analyse der Debatten um Wiederaufbau-Vorhaben beantwortet werden.

Das Projekt verfolgt keinen monographischen Ansatz, sondern zielt auf den Vergleich von Wiederaufbau-Politik und ihrer Kontroversen in acht bundesdeutschen Groß- und Mittelstädten. Lokale Politik und Diskurspraxen unterschiedlicher Ak-

teursgruppen sollen über den Zeitraum von vierzig Jahren diachron und synchron vergleichend analysiert werden, indem das Akteurshandeln und die Sinndeutungen von lokalen Eliten in Politik und Verwaltung, der herausgehobenen Wortführer in Altstadt-Vereinen und Bürgerinitiativen sowie in Sponsoren-Klubs, schließlich in der medialen Inszenierung von Wiederaufbau-Kontroversen in Lokalpresse und grauer Literatur analysiert werden.

Demzufolge rückt die Kontextualisierung lokal spezifischer Diskurse in sehr heterogenen Akteursgruppen, welche wiederum eine sehr unterschiedlicher Mobilisierungswirkung und eine möglicherweise disparate Politikmächtigkeit entfalten, in den Fokus der Projektarbeit. Das Quellenmaterial für eine solche Längsschnittuntersuchung besteht in der stellenweise sehr detaillierten Überlieferung der Stadtplanungs- und Stadtbauämter über die Konfliktgeschichten von Wiederaufbauten. Darüber hinaus soll eine autobiographische Überlieferung der Exponenten in diesen Kämpfen um lokale Macht und Ehre erschlossen werden. Sie soll durch die punktuelle retrospektive Oral History von Eliten-Angehörigen und Wortführern der Wiederaufbau-Debatten ergänzt werden. Medien und lokale Öffentlichkeiten wirkten interdependent auf die Mobilisierungs- und Aushandlungsprozesse ein und dokumentierten sie gleichzeitig. Innerhalb der Bürgerinitiativ-Bewegung motivierten diese Konflikte schließlich einen Selbstlaufmechanismus von Rekrutierung, Selbstdarstellung und Aktion, der in grauer Literatur festgehalten wurde.

Das Untersuchungssample erfasst Wiederaufbau-Politik und -Diskurse in acht Groß- und Mittelstädten in einer regionalen Streuung über das gesamte alte Bundesgebiet. Um die Rechercheleistungen nicht zu überdehnen, wurde die Auswahl auf eines oder wenige Baudenkmale in einer Vergleichsstadt beschränkt, die im Bautyp allerdings untereinander vergleichbar sind. Ausgewählt wurden Rathäuser, bürgerliche Repräsentationsbauten, Kirchen und Schlösser und bevorzugt diejenigen Projekte, die eine besonders lange Wiederaufbau-Geschichte haben. Das trifft etwa für das Hildesheimer Knochenhaueramtshaus und den Goldenen Saal des Augsburger Rathauses zu.

Ausgewählt wurden aber auch Baudenkmale, die trotz jahrzehntelanger Auseinandersetzungen nicht wiederaufgebaut wurden, wie das Dortmunder Rathaus oder das Bremer Kornhaus. Andere stimulierten innerstädtische und zwischenstädtische Lernprozesse, so etwa der Wiederaufbau des Aschaffener Schlosses den der Aschaffener Löwenapotheke; letzterer profitierte zudem von der überregional beachteten Auseinandersetzung um das Hildesheimer Knochenhaueramtshaus.

Umstrittene Wiederaufbauten der siebziger Jahre, so etwa der Erhalt der Altonaer Fischauktionshalle in Hamburg, waren stärker mit der Bürgerinitiativen-Bewegung verknüpft. Weniger umstrittene Baudenkmale wurden zeitgleich auch durch ein

breitenwirksames Kultur-Sponsoring gefördert, so etwa die Herrichtung des Bremer Doms in seiner zweiten Wiederaufbauphase. Die Wiederaufbauten der Frankfurter Alten Oper und der Ostzeile des Frankfurter Römerberges reflektierten demgegenüber den Übergang der Wiederaufbau-Initiative von den Bürgern zurück zur Stadtpolitik zwecks Imagepflege in der Stadtkonkurrenz. Insgesamt ergibt sich damit ein breites Spektrum von Auseinandersetzungen und Diskursen über identitätsstiftende Wiederaufbauvorhaben, das innerhalb sehr unterschiedlicher kommunalpolitischer Kräftefelder Fragen nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Stadt-Politik und Stadt-Deutung in der alten Bundesrepublik vor dem Hintergrund wachsender Partizipationschancen beantworten soll.

**Georg Wagner-Kyora, PD Dr., Im Moore 21, 30167 Hannover,
e-mail: Georg.Wagner-Kyora@gmx.de**

„Stadtformen. Bedingungen und Folgen". Graduiertenkolleg am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich (Projektbericht)

Seit dem Wintersemester 2002/2003 untersucht das Graduiertenkolleg "Stadtformen. Bedingungen und Folgen" der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich das komplexe Verhältnis zwischen der konkreten Stadtform, ihrer Wahrnehmung und den sie bedingenden Einflussfaktoren. Das Graduiertenkolleg wurde von Professor Dr. Vittorio Magnago Lampugnani (Professur für Geschichte des Städtebaus) initiiert, um die inter- und transdisziplinäre Forschung im Departement Architektur der ETH Zürich zu fördern und die wissenschaftliche Diskussion am Bereich der Architektur- und Städtebaugeschichte anzuregen. Unterstützt wird das Graduiertenkolleg durch zahlreiche Kollegen aus dem Departement Architektur und dem Departement Bau, Umwelt und Geomatik sowie durch die Professoren des Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur (gta).

Programm

Der Organismus Stadt ist zahlreichen Einflüssen ausgesetzt, die als ökonomische, politische oder administrative Interessen sowie als soziale, historische oder kulturelle Faktoren auf die Entstehung oder Entwicklung seiner Form wirksam werden können. Aus dem mit allen politischen und gesellschaftlichen Erwartungen konnotierten Entwurfsstadium in die gebaute Realität übersetzt, prägt die Stadtform das Leben ihrer Bewohner und Nutzer, unterliegt jedoch immer der direkten oder medialen Wechselwirkung mit diesen. Beschreibung, Analyse und Vergleich historischer Fallbeispiele sollen exemplarisch die Qualitäten spezifisch formal-ästhetischer Entwurfsentscheidungen sowie die gesellschaftlichen Folgen derselben sichtbar machen, aber auch die Wirksamkeit außerhalb der Architektur liegender Bedingungen aufzeigen. Auf diese Weise will das Graduiertenkolleg die Spannungen zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und architektonischen Entscheidungen im Städtebau und deren Relevanz auch für die heutige Stadtplanung aufzeigen.

Gefördert werden Dissertationsprojekte, deren Zuschnitt auf ein oder wenige Fallbeispiele eine hohe Dichte an detaillierten Informationen erbringen können; andererseits sollen die Themen übergeordnete Fragestellungen und methodisch innovative Ansätze erkennen lassen, die über den spezifischen Rahmen hinaus allgemeine Rückschlüsse über das "Funktionieren" der Städte erwarten lassen und damit eine Diskussion im Graduiertenkolleg jenseits objektspezifischer Fragestellungen ermöglichen.

Im Graduiertenkolleg arbeiten neben einer Historikerin und einem Kunsthistoriker – bedingt auch durch die spezifische Ausrichtung der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der Situierung des Graduiertenkollegs innerhalb des Departements Architektur – zurzeit überwiegend Architektinnen und Architekten, wobei eine stärkere Beteiligung anderer Disziplinen angestrebt ist. Neben drei Arbeiten zu konkreten städtebaulichen Maßnahmen in einem sowohl regional als auch zeitlich genau begrenzten Rahmen, sind drei weitere Dissertationen zu übergeordneten Themen des Städtebaus im medialen Kontext im Entstehen.

Die Arbeit zur „Ästhetik und Funktion urbaner Architektur im postmodernen Science-Fiction Comic“ (Diane Luther) widmet sich der Rolle und Darstellung der Architektur im Comic sowie deren Wechselwirkungen mit der realen Architektur der Stadt. Ausgehend von der Publikation „Learning from Las Vegas“ aus dem Jahr 1972 wird die Städtebauteorie von Denise Scott Brown und Robert Venturi auf ihre Leittheorie des postmodernistischen Städtebaus untersucht (Martino Stierli).

In einer weiteren Dissertation aus dem Bereich des Städtebaus und der Medien wird „Der Wiederaufbau von Berlin in den Massenmedien und in der Populärliteratur zwischen 1950-1970“ (Stephanie Warnke) eine Geschichte der bildlichen und schriftlichen Darstellung des städtischen Raumes und seiner architektonischen Elemente in den Massenmedien erzählen und auf diese Weise einen Beitrag zur Wahrnehmung und Rezeption der Stadt leisten. Die Arbeit „Lissabons Stadterweiterungen des Estado Novo (1926 – 1974)“ (Marion Steiger) wird das kontinuierliche Wachstum Lissabons in der Zeit der Diktatur thematisieren. Die Analyse der Planungen, Leitbilder und Repräsentationsformen geschieht vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Portugals. „Wohnungsbau und Städtebau in Zürich 1893-1934“ ist das übergeordnete Thema eines Dissertationsvorhabens, das die Faktoren untersuchen will, die nach der Zürcher Eingemeindung von 1893 zu einer breiten Bautätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus geführt haben (Tiziana Ugoletti-Serra). Anhand von drei prägnanten Beispielen sollen die Mechanismen städtischer Steuerung und Förderung des Wohnungsbaus in Zürich analysiert werden. Schließlich untersucht auch die Arbeit „Die Innere Kolonisation Spaniens zwischen 1907 und 1936“ das Verhältnis von Politik und Städtebau (Sara

Luzón). Die historische wie architekturhistorische Analyse der Planungen und ihrer Ausführungen steht dabei im Mittelpunkt des Forschungsprojektes, jedoch werden diese auch in einem internationalen Kontext gestellt. Zum Wintersemester 2004 werden weitere vier Stipendien vergeben.

Veranstaltungen und Lehre

Die Veranstaltungen des Graduiertenkollegs setzen sich aus einer wechselnden Folge von Gastvorträgen und sowohl regelmäßigen als auch blockartig strukturierten Seminaren zu übergeordneten methodischen Fragen zusammen. Dabei gilt es zunächst, unterschiedliche Ausbildungen und stark divergierende fachliche Ausrichtungen der Kollegiatinnen und Kollegiaten einander anzugleichen bzw. diese bewusst zu machen, um gemeinsame Diskussionsebenen zu definieren. Nach den ersten beiden Semestern, denen die übergeordneten Themen "Public Space" und "Bild der Stadt" zugrunde lagen, folgte 2003 ein Semester mit den Schwerpunkten Wissenschaftliches Arbeiten, Methodik und Textkritik. Als zentrale Veranstaltung des Kollegs dient zudem das Seminar, das während des Semesters einmal alle zwei Wochen stattfindet. Hauptbestandteil des Seminars ist die Vorstellung und Diskussion der Forschungsprojekte der Kollegiatinnen und Kollegiaten. Die Seminare verstehen sich im Gegensatz zu den Gastvorträgen als geschlossene Forschungsplattform.

Das Graduiertenkolleg beteiligt sich regelmäßig an Fachtagungen, die von der Professur für Geschichte des Städtebaus der ETH Zürich organisiert werden. Im Jahr 2003 waren dies eine Tagung zum Thema "Urbanität und Identität zeitgenössischer europäischer Städte" sowie eine Tagung zum Thema der „Städtischen Dichte in der Schweiz“, die zusammen mit der Wüstenrot-Stiftung bzw. der Avenir Suisse veranstaltet wurden. Vom 4. bis zum 9. Juli 2004 organisiert das Graduiertenkolleg selbst eine Fachtagung zu seinem titelgebenden Thema „Stadtformen.“ Die Tagung auf dem Monte Verità in Ascona wird in Form eines Workshops abgehalten, um dem wissenschaftlichen Austausch und der methodischen Diskussion möglichst breiten Raum zu geben. Die Strukturierung der Tagung folgt einer Einteilung in fünf mögliche Herangehensweisen an das weit gefasste Themenfeld „Stadtformen“, wobei sich die Sektionen sukzessive von der historischen und geisteswissenschaftlichen hin zur angewandten Stadtplanung verlagern. Die Vertreter der unterschiedlichen Disziplinen sollen auf dem Monte Verità, den komplexen Themen städtebauhistorischer Forschung angemessen, in einen transdisziplinären Diskurs treten. Die Ergebnisse dieser Tagung sowie die einer im Jahr 2005 zu organisierenden Folgetagung sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden und damit auch dem

Graduiertenkolleg und seinen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich mit neuen Forschungsthemen und geschärfter Methodik an die Fachöffentlichkeit zu richten. Weitere Informationen finden sich im Internet.

Programm: www.gta.arch.ethz.ch/d/kolleg

Forschungsthemen: www.gta.arch.ethz.ch/d/kolleg/mitarbeit

Tagungen: www.gta.arch.ethz.ch/d/kolleg/veranstaltungen

Matthias Noell, Dr., ETH Zürich, Institut für Städtebau, Graduiertenkolleg „Stadtformen. Bedingungen und Folgen“, e-mail: noell@gta.arch.ethz.ch

H E I N Z R E I F

Transatlantisches Graduiertenkolleg „Geschichte und Kultur der Metropolen im 20. Jahrhundert" (Projektbericht)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft/DFG hat auf ihrer Ausschußsitzung Ende April ein Transatlantisches Graduiertenkolleg zur „Geschichte und Kultur der Metropolen im 20. Jahrhundert“ genehmigt. Dieses Graduiertenkolleg, das seinen festen Platz an der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte der TU haben wird, ist ein gemeinsames Projekt von drei Berliner (TU, HU und FU) und zwei New Yorker Universitäten (Columbia University und New York University). Es wird 12 Berliner und 12 New Yorker Kollegen und Kolleginnen der Fachgebiete Geschichtswissenschaft, Kunstgeschichte, Semiotik, Europäische Ethnologie, Literaturwissenschaft, Stadtplanung, Politikwissenschaft und Sozialwissenschaft zur gemeinsamen Betreuung von 25 Stipendiaten und Stipendiatinnen in Lehre und Forschung zusammenführen.

Ein Drittel dieser Stipendiaten und Stipendiatinnen wird – von New Yorker Partneruniversitäten finanziert – aus den USA kommen. Sprecher und Sprecherinnen des Kollegs sind auf deutscher Seite Prof. Dr. Heinz Reif (TU/Sprecher), Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl (FU/stellvertr. Sprecherin) und Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba (HU/stell-

vertr. Sprecher), auf amerikanischer Seite Prof. Dr. Volker Berghahn (Columbia University/Sprecher) und Prof. Dr. Mary Nolan (New York University/stellvertr. Sprecherin). Das Ziel dieses Graduiertenkollegs ist es:

- a) auf dem Gebiet der kultur- und sozialwissenschaftlichen Metropolenforschung die Nachwuchsbildung zu fördern; und
- b) theoretische wie empirische Beiträge zur Diskussion über Möglichkeiten, Grenzen und Krisen urbaner Lebensformen in industriellen und postindustriellen Gesellschaften zu liefern. Das materiale und kulturelle Konstrukt „Metropole“ soll danach befragt werden, wie sich in ihm die Dialektik zwischen Integration und Separation, Identität und Differenz sowie Innovation und Tradition konkretisiert. Diese zentrale Problematik moderner Gesellschaften eignet sich ideal für eine koordinierte Nachwuchsförderung.

Das Kolleg regt interdisziplinäre und vergleichende Untersuchungen zu europäischen und nordamerikanischen Metropolen des 20. Jahrhunderts an und betreut diese mit dem Ziel der Promotion. New York und Berlin dienen paradigmatisch als Schlüsselstädte und Ausgangspunkte; angestrebt wird darüber hinaus die Betrachtung anderer Städte in differenzierender und transnationaler Perspektive. Grundlegende Intention ist die Nutzung eines erweiterten Konzepts von Kultur, ohne damit die bewährten wirtschafts-, sozial- und politikwissenschaftlichen Zugriffe auszuschließen. Das Kolleg thematisiert sowohl die (inter)-subjektive Perzeption der Metropole als auch deren materiale Konstruktion. Eine erste Themengruppe verfolgt die Veränderungen der Metropolen in den kulturellen Wandlungsprozessen der letzten hundert Jahre: den Aufstieg der Massenkultur, die Entwicklung der Informationsgesellschaft, die Entfaltung kultureller, ethnischer und sozialer Heterogenität. Eine zweite Themengruppe fokussiert die Produktion und Nutzung metropolitaner Räume im Hinblick auf die folgenden Schwerpunkte: transatlantischer Kulturtransfer, Transformation des öffentlichen Raums, Städtebau und Stadtpolitik.

Das Studienprogramm besteht aus interdisziplinären Seminaren, Workshops und Tagungen mit europäischen und amerikanischen Experten zur Geschichte und Kultur der Metropolen sowie stärker projektorientierten Forschungskolloquien. Im Einzelnen sind vorgesehen: gemeinsame Doktorandenbetreuung (jeder Stipendiat wird von einem Berliner und einem New Yorker Hochschullehrer betreut), gemeinsame Lehre (jedes Jahr lehrt ein Gastdozent aus Berlin in New York und ein New Yorker Kollege in Berlin für 2 Monate), ein obligatorisches Auslandshalbjahr der Stipendiaten, Ringvorlesung und Kolloquien (letzteres als zentrales Forum für die Arbeitsberichte und die interdisziplinäre Kritik der Einzelprojekte), regelmäßige Jahreskonferenzen und Workshops sowie Veranstaltungen in Selbstorganisation der Kollegiaten.

Das Kolleg wird seine Arbeit am 1.1.2005 aufnehmen. Die Stipendien werden Ende September 2004 ausgeschrieben. Nähere Auskünfte finden sich auf der Homepage: www.stadtgeschichte.tu-berlin.de

**Heinz Reif, Dr. phil., Prof. für Neuere Geschichte, Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte der Technischen Universität Berlin,
e-mail: heinz.reif@stadtgeschichte.tu-berlin.de**

H A R A L D H E P P N E R

Festung und Innovation (Tagungsbericht)

Es ist ebenso bekannt, dass Festungen oder vergleichbare Wehranlagen städtebildende Wirkung hervorrufen können, wie naheliegend, dass derartige militärisch genutzte Objekte nicht nur die Landschaft verändern, sondern aus ihrer Existenz und ihrem Funktionieren spezifische gesellschaftliche Beziehungen (Soldaten-Zivile, Landeskinder-Landfremde usw.) entstehen. Dies gilt für alle Epochen und Schauplätze und so auch für die Monarchia austriaca des 18. Jahrhunderts, als es galt, auf ungarischem Boden nach Zurückdrängung der Türken innovative Maßnahmen zu setzen oder in anderen neu erworbenen Provinzen die gewonnene Macht optisch und atmosphärisch zur Schau zu stellen.

Die Österreichische Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts hat sich daher entschlossen, eine Tagung mit dem Titel „Festung und Innovation. Beiträge zur Militär- und Kulturgeschichte des Habsburgerreiches im 18. Jahrhundert“ abzuhalten, die am 22.-23. April 2004 in Wien stattgefunden hat. Geplant war das Zusammenführen von Vertretern aus „West“ und „Ost“, nicht um das Thema auszuschöpfen, sondern überhaupt erst einmal anzuschneiden. Das Programm war offenbar anziehend genug, weshalb es mehr Zuhörer gab als erwartet, doch traf die Veranstalter das Unglück, dass mehrere Referenten überraschend ausfielen, wodurch das Vorhaben nur zum Fragment geriet. Ein solches Ergebnis rechtfertigt umso mehr, derartigen Zielen systematisch nachzugehen, da sie reichhaltige Ausblicke erwarten lassen.

Nach einleitenden Worten des Berichterstatters, der darauf verwies, dass die Festungsforschung nicht nur ein Thema der Militärgeschichte darstellt, sondern auch Gegenstand der Landschaftsgeschichte, Stadtgeschichte, Gesellschaftsgeschichte, Kulturgeschichte und auch der modern gewordenen Kulturwissenschaften werden kann, gab Robert Rill (Staatsarchiv Wien) einen Überblick über das Festungswesen jenes für die Habsburgermonarchie so wichtigen Zeitalters. Anschließend referierte der Kunsthistoriker Nicolae Sabau (Universität Klausenburg-Cluj/Rumänien) über die ikonographische Ausgestaltung der Festung Alba Iulia (Karlsburg) in Siebenbürgen, deren barock-imperiale Elemente für die Verbreitung der Kunst gleichwie der neuen Herrschaft symbolhafte Bedeutung bekommen haben. Ivan Mrva (Universität Tyrnau-Trnava/Slowakei), behandelte das Thema kritisch anhand des Schauplatzes der heutigen Slowakei, wo innovative Effekte nicht infolge des Baus von Festungen entstanden, wie dies zeitgleich auf kroatisch-serbisch-rumänischem Boden (Nähe des Osmanischen Reiches) der Fall war, sondern, im Gegenteil, kraft des Abbaus von Anlagen und der Rücknahme wehrpolitischer Notwendigkeiten. Étienne Rooms (Militärhistoriker aus Brüssel) brachte einen gänzlich anderen Blickwinkel ein und machte plausibel, welche Rolle die Befestigungen in den österreichischen Niederlanden spielten, damit Frankreich kein leichtes Spiel, auf das Land zuzugreifen, hatte (solange die Französische Revolution nicht andere Rahmenbedingungen geschaffen hat). Besonders hervorgehoben werden soll der Beitrag von Daniela Ferrari, Leiterin des Staatsarchivs in Mantova (Mantua), die anhand von mit elektronischen Mitteln projizierten alten Plänen (Kriegsarchiv Wien) veranschaulichte, wie die Klosterstadt Mantua infolge der habsburgischen Politik langsam zu einer Militärstadt geworden ist und ein gänzlich anderes Profil erhalten hat. Den Abschluss des unfreiwillig verkürzten Programms lieferte das Referat des jungen rumänische Historikers und Archivars Mihai Georgita, der am Beispiel von Großwardein (Oradea/Rumänien) vor allem baustellengeschichtliche Gesichtspunkte behandelt hat, aus denen u.a. zu entnehmen war, welche landschaftsverändernden Folgen aus den überdimensioniert angelegten Wehranlagen auf dem Boden des östlichen Ungarn erwachsen sind.

Das Hauptergebnis der Tagung bestand in der Einsicht, dass man anhand der Beiträge erst ansatzweise eine Vorstellung über das Gesamtthema gewinnen kann, weshalb es notwendig sein wird, in folgende Richtungen Schritte zu setzen: 1. auf breiter Basis Forschungsergebnisse über einzelne Lokalitäten zu sammeln; 2. Bestimmte Themen herauszufiltern, die sich für Vergleiche innerhalb der Habsburgermonarchie eignen; 3. die daraus gewonnenen Einsichten in den größeren zeitlichen, räumlichen und sachlichen Zusammenhang zu stellen.

Die städtegeschichtliche Rolle der Festungen jener Zeit ist jedoch allemal sichtbar geworden, weil eine Fülle innovativer Impulse baulicher, organisatorischer, künstlerischer, gesellschaftlicher und kommunikativer Art, die in kausalen Zusammenhang mit dem Festungswesen zu bringen sind, schrittweise einen Wandel herbeiführte, der jene einstige europäische Großmacht so eigenartig erscheinen lässt: als Mix aus Dominanz der Obrigkeit und zwischen Fortschritt und Beharrung steckender Vielfalt. Die für den Druck vorgesehenen Beiträge der Wiener Tagung sind nur ein Anfang, die Zusammenhänge zwischen Festung, Städtewesen, Landschaftswandel und Kulturtransfer sollten weiter erforscht werden, wobei dann auch die benachbarten südöstlichen Länder verstärkt in den europäischen Horizont eingebracht werden könnten.

**Harald Heppner, Prof. Dr. Dr. h.c., Karl-Franzens-Universität Graz,
e-mail: harald.heppner@uni-graz.at**

M I T T E I L U N G E N

Termine

2004

19. März - 24. Okt. Ausstellung „*Lave-toi...! - Sei sauber...! - Be clean...!*“
Eine Geschichte der Hygiene und öffentlichen
Gesundheitsvorsorge in Europa. Musée d' Histoire de
la Ville de Luxembourg
15. Sept. *Städte im europäischen Raum (19./20. Jahrhundert)*
Sektion des 45. Deutschen Historikertags in Kiel
Informationen:
www.historikertag.uni-kiel.de/sektionsnz4.html
17. Sept. *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20.
Jahrhundert*
Sektion des 45. Deutschen Historikertags in Kiel
Informationen:
www.historikertag.uni-kiel.de/sektionsnz21.html
17. Sept. *4. Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadt-
geschichte und Urbanisierungsforschung*
Im Rahmen des 45. Deutschen Historikertags in Kiel
18:00 Uhr in LM 6 R 10 (=Ludwig-Meyn-Str. 6, Raum 10)
22. - 25. Sept. *Bild und Wahrnehmung der Stadt.*
36. Jahrestagung des Kuratoriums für vergleichende
Städtegeschichte e.V. in Münster.
48. Réunion de la Commission internationale
pour l'Histoire des villes.
Das Programm wird rechtzeitig auf der Internet-
seite des ISTG bekanntgegeben:
www.uni-muenster.de/staedtegeschichte.html

25. - 28. Sept. *Der Hof und die Stadt. Konfrontation, Koexistenz und Integration im Verhältnis von Hof und Stadt in Spätmittelalter und Früher Neuzeit.*
 9. Symposium der Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt, dem Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg und dem Deutschen Historischen Institut Paris. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Alte Aula der Universität, Löwengebäude.
 Informationen: <http://resikom.adw-goettingen.gwdg.de> -
27. - 30. Okt. *European City in Comparative Perspective*
 7. Internationale Konferenz der European Association of Urban Historians in Athen-Piräus
 Informationen: www.le.ac.uk/ur/urbanconf/athens.html
25. Nov. 2004-
 13. März 2005 Ausstellung „*Alt-Wien, die Stadt, die niemals war*“
 Wien Museum im Künstlerhaus, A-1010, Karlsplatz 5
 Informationen: www.wienmuseum.at/1756.htm

2005

20. - 25. Sept. *Food and the City in Europe Since the Late Eighteenth Century: Urban Life, Innovation and Regulation*
 Symposium der International Commission for Research into European Food History in Berlin
 Informationen: www.vub.ac.be/SGES/Newsletterjune2002.html

DDR-Stadtgeschichte im Internet

Die Wissenschaftlichen Sammlungen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin besitzen umfangreiche Bestände zu zahlreichen Teilgebieten der DDR-Stadtgeschichte, die vom Vorgängerinstitut (Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR) übernommen wurden. Das IRS hat jetzt die Internetpräsentation dieser Bestände erheblich ausgeweitet. Seit kurzem können interessierte Nutzer unter www.irs-net.de/index.php (Institut-sprofil/Service/Wiss. Sammlungen) in der Beständeübersicht sowie in einer mit zahlreichen Abbildungen verknüpften Datenbank zur Geschichte der Ost-Berliner Stalinallee recherchieren. Unter der gleichen Adresse ist auch ein Katalog über umfangreiche, nunmehr zugängliche Buchbestände zur epochenübergreifenden und interdisziplinären Stadtgeschichtsforschung elektronisch erschlossen und nach verschiedenen Suchkriterien recherchierbar. Der etwa 3.000 Bände umfassende Bestand mit mehreren älteren, wertvollen Teilbeständen wurde mit einem kürzlich abgeschlossenen DFG-Projekt aufgearbeitet.

Ausstellung Lave toi...! - Sei sauber...! - Be Clean...! Musée d' Histoire de la Ville de Luxembourg

Seit 1900 ist die Lebenserwartung in den westlichen Industrienationen um ca. 35 Jahre gestiegen. Entgegen weitläufiger Meinungen sind davon 25 Jahre den Erfolgen der verstärkten Prävention durch Hygiene und öffentliche Gesundheit zuzuschreiben. Die Ausstellung (ca. 1.500 qm) widmet sich der Zeit vom 19. bis zum 20. Jahrhundert, mit einigen Verweisen auf frühere Zeiten, und betrachtet insbesondere die Stadt als Ausgangspunkt hygienischer Maßnahmen. Sie bedient sich verschiedenster Darstellungsmittel: historische Objekte und Dokumente, Filme, Tondokumente, künstlerische Installationen und Texte. Themen: Körperhygiene und Privatsphäre; Sozialhygiene – öffentliche Fürsorge und private Initiative; Angst und Objektivierung; Der Kampf gegen die Keime; Der Staat als Wächter der Gesundheit; Die Leitbilder der Attraktivität; Wasser.

Informationen: www.musee-hist.lu/FR/default.cfm

O R T S R E G I S T E R Z U R B I B L I O G R A P H I E

Die Bibliographie der Informationen zur modernen Stadtgeschichte findet sich ab dieser Ausgabe im Internet unter der Adresse www.stadtgeschichte.tu-berlin.de/IMS_Bibliographie_1_2004.htm. Die Ziffern hinter den Städtenamen verweisen auf die laufende Nummer in der Bibliographie.

a) lokal

Aachen 7955	Gelsenkirchen 7836, 7905, 7933
Bad Driburg 7910	Gmindersdorf 7936
Baden 7884	Halle/Saale 7934, 7939, 7951
Bayern 7844	Hamburg 7851
Bayreuth 7942	Karlsruhe 7889
Bergkamen 7875, 7954	Kempfen 7923
Berlin 7869	Kiel 7834
Bocholt 7922	Konstanz 7835
Böblingen 7876	Köln 7833, 7897, 7935, 7957
Brandenburg 7899, 7959	Krefeld 7941
Braunschweig 7871, 7913, 7930	Kurpfalz 7898
Bremen 7828, 7945	Langenberg 7965
Breslau 7890	Laufen 7932
Burgsteinfurt 7907	Lingen (Ems) 7904
Buxtehude 7861	Lingen 7918
Celle 7838, 7919	Ludwigshafen/Rhein 7879
Dresden 7927	Lübben (Spreewald) 7864
Duisburg 7961	Lüdenscheid 7960
Durlach 7841	Lüdinghausen 7888
Düsseldorf 7921, 7950	Mannheim 7948
Eisenach 7911	Mayen 7843
Erlangen 7832	Menden 7914, 7870
Esslingen 7859	Meppen 7830
Euskirchen 7855, 7912, 7928	Mosbach 7856
Frankfurt/Main 7909, 7947	Mühlhausen (Thüringen) 7872
Frankfurt/Oder 7824, 7873	Mülheim 7943
Freilassing 7865	München 7915
Freising 7829	Münster 7823, 7931, 7937, 7964
Freudenstadt 7860	Neumünster 7827

Niedenstein 7842
Nürnberg 7962
Paderborn 7882
Parchim 7858
Passau 7877
Peterzell 7867
Pforzheim 7868, 7896
Pfullingen 7903
Plauen 7874
Potsdam 7866
Radevormwald 7880
Rahden 7963
Ratingen 7839
Rauenberg 7862
Reutlingen 7840
Sayn 7938
Schwelm 7854
Siegen 7952
Slubice 7886
Spremberg 7852
Stadtlohn 7944

Stommeln 7893
Stuttgart 7885, 7956
Sulzbach-Rosenberg 7946, 7949
Taucha 7881
Troisdorf 7831
Werdau 7825
Wertheim 7878
Westfalen 7857, 7826
Wetzlar 7901
Wilhelmshaven 7863
Würzburg 7887, 7891

b) regional

Dahme-Spreewald 7940
Finnland 7846
Hinterpommern 7847
Oberschwaben 7892
Ruhrgebiet 7845, 7894, 7908, 7966
Schleswig-Holstein 7925



AUS DEM INHALT

A. v. Saldern: Herrschaft und Repräsentation in DDR-Städten • **L. Seegers:** Bühnen staatlicher Macht – Bühnen städtischer Selbstbehauptung • **A. v. Plato:** Bedeutsame Ereignisse vor Ort. Denkmalsenthüllung, Gartenbauausstellung und Stadtneugründung • **E. Rembold:** Staatsinteresse, Messegeist und Stadtkultur. Das Beispiel Leipzig • **A. v. Saldern:** „Alte und junge Stadt“. Zur Ambivalenz der Erinnerungsorte sozialistischer Utopie in den sechziger Jahren

Inszenierte Einigkeit

Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten

herausgegeben von Adelheid von Saldern
unter Mitarbeit von Alice von Plato, Elfie
Rembold und Lu Seegers

2003

420 Seiten mit 14 Abbildungen

Geb. € 68,- / sFr 108,80

ISBN 3-515-08301-4

Obwohl über die DDR schon viel geforscht worden ist, haben HistorikerInnen bislang kaum über Städte gearbeitet. Besonders auf Festen und Feiern wurde Herrschaft repräsentiert und Stadtöffentlichkeit aktiviert. Staat und Partei brauchten die Städte als sichtbares Zeichen der Leistungsfähigkeit des sozialistischen Systems. So dienten die großen Ereignisse dazu, Einigkeit zwischen Staat und Stadt zu inszenieren.

Dieser Band zeigt nun durch Einblicke in die Akten auch die zahlreichen Spannungen zwischen Staat und Stadt auf, besonders bei Fragen der Geschichtskultur, der Veranstaltungstypen, der Politisierung sowie der Sicherheit und Organisation.

Franz Steiner Verlag

Geschichte

Postfach 101061, D-70009 Stuttgart
Fon: 0711 / 2582-0, Fax: 0711 / 2582-390
www.steiner-verlag.de
service@steiner-verlag.de

Preisänderungen vorbehalten

Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Urbanistik

Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe

Verfahren der Verständigung über die Gestaltung der Stadt

Von Heidede Becker

2002. 874 S., 566 Abb., 3 Tab., 7 Übers., in 2 Teilbänden, Euro 49,-

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 88

ISBN 3-17-013216-4

In Zeiten kontroverser Zukunftsentwürfe für die Stadt und neuer gesellschaftlicher Herausforderungen wird stadtbaukulturelles Engagement zum Balanceakt zwischen öffentlichen und privaten Belangen, kulturellem und Preis-Wettbewerb, Laisser-faire und Gestaltdiktat, Laien- und Expertenurteil. Spielregeln zum Prozedere sind deshalb besonders gefragt.

In der Studie stehen Verfahren zur Debatte, die vielerorts Architektur- und Städtebauprojekte qualitativ begründen und legitimieren, anschaulich und beurteilbar machen sowie Forderungen nach mehr Demokratisierung im Planen und Bauen erfüllen sollen. Hierzu zählen Wettbewerbe aller Art, konkurrierende Gutachten, Entwurfswerkstätten, Bauberatung, Stadt(teil)foren, 1:1-Modelle, mediale Präsentationen, Architekturzentren und -museen.

Untersuchungen der aktuellen Verfahren und der Tradition, in der diese Verfahren verankert sind, zeigen deren Beitrag zur Stadtbaukultur; diese wird hier als Chiffre gesetzt für eine hohe Qualität stadtgestalterischer Prozesse hinsichtlich Aufgabenformulierung, Lösungsentwicklung, Verfahrenswahl und Umsetzungsmanagement sowie der eigentlichen Bau- und Planungsergebnisse.

Vertrieb: W. Kohlhammer GmbH

70549 Stuttgart • Telefon (0711) 78 63-0 • Fax (0711) 78 63-8204

www.kohlhammer.de

Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Urbanistik

◆ Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe

Verfahren der Verständigung über die Gestaltung der Stadt. Von Heidede Becker • 2002. Bd. 88. 874 S., 566 Abb., 3 Tab., 7 Übers., in 2 Teilbänden, Euro 49,-
ISBN 3-17-013216-4
(Bezug dieses Titels nur über den Buchhandel und den Verlag W. Kohlhammer GmbH:
www.kohlhammer.de)

Stadt & Region – Kooperation oder Koordination?

Ein internationaler Vergleich. Hrsg. von Werner Heinz • 2000. Bd. 93. 568 S., Abb., Tab., Übers., Euro 37,50
ISBN 3-17-016621-2

Zukunft der Arbeit in der Stadt

Von Dietrich Henckel, Matthias Eberling und Busso Grabow • 1999. Bd. 92. 416 S., 37 Abb., 20 Tab., 14 Übers., 2 Karten, Euro 34,90
ISBN 3-17-016363-9

**Die „Schriften des Deutschen
Instituts für Urbanistik“ sind
erschienen im Verlag W.
Kohlhammer GmbH.**

◆ Difu-Beiträge zur Stadtforschung

ÖPNV im Wettbewerb

Management-Planspiel in der Region Berlin • Von Tilman Bracher, Volker Eichmann, Gerd Kühn und Michael Lehmbrock • 2004. Bd. 39, 248 S., 56 Abb., 7 Tab., Euro 27,-
ISBN 3-88118-364-7

Interkommunale Kooperation in baden-württembergischen Stadtregionen

Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg
Von Werner Heinz, Paul von Kodolitsch, Nicole Langel und Michael Reidenbach • 2004. Bd. 38, 228 S., 5 Abb., 13 Tab., 2 Übers., 13 Karten, Euro 25,-
ISBN 3-88118-357-4

Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung

Hrsg. von Jens Libbe, Stephan Tomerius und Jan Hendrik Trapp • 2002. Bd. 37. 260 S., Euro 28,-
ISBN 3-88118-333-7
ISBN 3-88118-326-4

Verlag und Vertrieb: Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 12 03 21 • 10593 Berlin • Telefon (030) 3 90 01-253
Telefax (030) 3 90 01-275 • E-Mail: verlag@difu.de • www.difu.de

Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Urbanistik

◆ Difu-Materialien

Flächenrecycling – Projektmanagement und Marketingstrategien

Workshop-Dokumentation • Hrsg. von Stephan Tomerius u.a. • 4/2004. 174 S., Schutzgebühr Euro 20,- ISBN 3-88118-363-9

Monitoring und Bauleitplanung – neue Herausforderungen für Kommunen bei der Überwachung von Umweltauswirkungen

Fachtagungsdokumentation • Von Arno Bunzel, Franciska Frölich und Stephan Tomerius • 3/2004. 148 S., Schutzgebühr Euro 18,- ISBN 3-88118-362-0

Hauptprobleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2003

Von Michael Bretschneider • 2/2004. 110 S., Schutzgebühr Euro 18,- ISBN 3-88118-361-2

Förderung von Wohneigentum in deutschen Städten

Von Claus-Peter Echter und Hasso Brühl • 1/2004. 164 S., Schutzgebühr Euro 20,- ISBN 3-88118-358-2

◆ Umweltberatung für Kommunen

Energiemanagement in der Praxis

Fachkongress-Dokumentation Hrsg. von Annett Fischer • 2002. 146 S., Schutzgebühr Euro 15,- ISBN 3-88118-331-0

Flächenrecycling als kommunale Aufgabe

Potenziale, Hemmnisse und Lösungsansätze in den deutschen Städten – Mit einem Exkurs über die US-amerikanische Praxis • Von Stephan Tomerius und Thomas Preuß • 2001. 152 S., Schutzgebühr Euro 18,- ISBN 3-88118-307-8

◆ Aktuelle Information

Raus aus der Stadt?

Zur Erklärung und Beurteilung der Suburbanisierung. • Von Heinrich Mäding • 2004. 12 S., Schutzgebühr Euro 5,-

◆ Difu-Arbeitshilfen

Budgetierung in der Stadtverwaltung

Von Birgit Frischmuth • 2001. 366 S., Schutzgebühr Euro 30,10 ISBN 3-88118-308-6

Verlag und Vertrieb: Deutsches Institut für Urbanistik
Postfach 12 03 21 • 10593 Berlin • Telefon (030) 3 90 01-253
Telefax (030) 3 90 01-275 • E-Mail: verlag@difu.de • www.difu.de